# KO Präambel

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Präambel

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

am 18. September 2016 treten wir bei den Wahlen fürs Berliner Abgeordnetenhaus an. Weil wir an das glauben, was Berlin ist: pulsierend und entspannt, Sehnsuchtsort und Zuhause, reich an Kreativität, Leidenschaft und Verstand, an Humor und Hilfsbereitschaft. Berlin, das ist für uns eine Stadt, in der sich Vielfalt zu einer gemeinsamen Identität verbindet – die sich ihrer Geschichte bewusst und neugierig auf die Welt ist. Eine Stadt, die nicht vergisst, dass aus ihr einmal Menschen fliehen mussten, um ihr Leben zu retten, und die deshalb denjenigen hilft, die jetzt Schutz in ihr suchen. Eine Stadt, die so viel Freiraum wie keine andere europäische Metropole bietet, um sich auszuprobieren und den eigenen Lebensentwurf zu

leben. Für dieses Berlin und seine offene Gesellschaft stehen wir ein, gemeinsam mit vielen

anderen in der Stadt.

Damit Berlin so bleiben kann, wie wir es lieben, muss sich einiges ändern. Denn gerade eine Stadt, die so schnell wächst, braucht ein tragfähiges Fundament und eine Idee von der Zukunft. Das ist die Kernaufgabe einer Regierung, und der rot-schwarze Senat ist an ihr gescheitert. SPD und CDU hinterlassen eine kaputt gesparte Infrastruktur, marode Schulen, Straßen und Krankenhäuser. Menschen stehen sich in den Bürgerämtern die Beine in den Bauch und erhalten über Monate nicht die Leistungen, die ihnen zustehen. Das LaGeSo ist zum bundesweiten Symbol für Politik- und Verwaltungsversagen geworden, genauso wie der BER für Steuerverschwendung und organisierte Verantwortungslosigkeit.

Wir arbeiten dafür, dass das anders wird. Für eine Stadt, die stolz auf ihre einmalige Mischung ist und deshalb Verdrängung und Wohnraumspekulation entschieden bekämpft. Eine Stadt mit einer bürgernahen Verwaltung, echter Mitbestimmung und schnellem Internet. Eine Stadt mit guter Bildung und Betreuung für unsere Kinder und weniger Stress für Familien. Eine Stadt, in der das Geld der Steuerzahler\*innen nicht länger für Prestigeprojekte verschwendet, sondern in die Zukunft investiert wird. Bei all dem kann die Politik von den Ideen und dem Engagement der Menschen in der Stadt viel lernen, denn sie sind die eigentlichen Berlin-Macher\*innen.

Wir glauben, dass Berlin mehr sein kann: Europas grünste Metropole, in der nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Lebensqualität wächst. Eine Stadt der modernen Mobilität, in der man zuverlässig von A nach B kommen kann – ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Nahverkehr. Eine Stadt mit einer echten Energiewende, mit mehr Grün auf den Dächern und mehr Bäumen in den Straßen. Das alles gibt es nur mit uns.

Wir wollen, dass Berlin eine Stadt der Möglichkeiten bleibt – und dass das endlich auch für die Menschen gilt, die bislang nicht von der wirtschaftlichen Dynamik profitieren. Eine Stadt, in der die Integration der vielen Neuberliner\*innen gelingt. Eine Stadt, die auch als Vier-Millionen-Metropole sozial zusammenhält und nicht in Arm und Reich zerfällt. Eine Stadt, in der lebendige Stadtviertel und Nachbarschaften entstehen und keine Wohnsilos oder Schlafstädte.

Am 18. September werden dafür die Weichen gestellt. Wir Grüne waren und sind anders als die anderen Parteien, passend zu einer Stadt, die anders ist. Wir wissen um die großen

- Herausforderungen in Berlin und wollen Verantwortung in einer Regierung übernehmen. Berlin und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wir finden, das ist eine ziemlich gute Idee.

K1 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

- 1. Berlin gemeinsam machen
- 1.1. Neue Demokratie: Die Stadt gehört uns allen
- Beteiligung Demokratie neue politische Kultur
- 4 Berlin das sind wir alle, die hier leben. Die Berliner\*innen wollen ihre Stadt
- mitgestalten, jetzt und für die Zukunft. Sie sind bereit, loszulegen und Verantwortung zu
- 6 übernehmen wenn man sie nur lässt. Die Berliner\*innen prägen mit ihrem Erfindungsreichtum
- und ihrem Engagement die Stadt. Sie wollen vollkommen zu Recht mitreden und mischen sich
- 8 ein. Und das ist gut, denn eine lebendige Zivilgesellschaft lebt vom Austausch und dem
- 9 Ringen um die besten Lösungen.
- Deswegen ist es an der Zeit für eine neue politische Kultur der echten Mitsprache. Von
- Großprojekten wie Olympia bis zum Bauvorhaben im eigenen Kiez bereichern Bürgerbeteiligung
- und Direkte Demokratie die Stadt und die parlamentarische Demokratie. Engagierte
- Bürger\*innen sind Berlins wertvollste Ressource. Regieren bedeutet heute, die eigene Politik
- im Dialog mit den Menschen weiterzuentwickeln, unterschiedliche Positionen anzuerkennen und
- s für einen gerechten Interessenausgleich zu sorgen.
- Wir sind dazu bereit: Wir haben uns für das Tempelhofer Feld stark gemacht und gemeinsam mit
- 230.000 Berliner\*innen das Volksbegehren "Neue Energie für Berlin" für ein Stromnetz in
- Bürgerhand unterstützt. Nun wollen wir die Direkte Demokratie in Berlin auf neue Füße
- 19 stellen: zum Beispiel indem wir Volksentscheide mit dem nächstmöglichen Wahltermin
- zusammenlegen. Zudem soll Initiativen ein Teil ihrer Kosten erstattet werden. Wir wollen die
- Rechte der Bürger\*innen stärken und bürgerschaftliches Engagement gezielt fördern.
- 22 Beteiligung geht aber viel weiter: Wir brauchen einen "Stadtvertrag Beteiligung", in dem die
- 23 Mindeststandards und Spielregeln der Verfahren verbindlich festgehalten sind. Das gibt allen
- Seiten Gewissheit. Dazu gehört auch eine zentrale Plattform im Internet, auf der alle Bau-
- und Planungsvorhaben veröffentlicht werden und zu finden sind. Ein neues Gesetz sorgt
- 26 endlich und verbindlich für mehr Transparenz und Informationsfreiheit.
- 7 1.2. Wir lieben die Berliner Mischung
- Mieten/Bauen/Wohnen Tourismus
- Jeder der 12 Berliner Bezirke mit den über 90 Ortsteilen und Kiezen hat seine eigene
- 30 Urbanität, seinen besonderen Charme. Diese Stadtteile und ihre Bewohner\*innen machen Berlin
- aus. Die Stadt wächst und verändert sich: Jedes Jahr kommen zehntausende Neuberliner\*innen
- hinzu. Berlins vielfältige Kulturlandschaft und Geschichte ziehen immer mehr Tourist\*innen
- und Gäste an. Das alles ist eine Bereicherung und fordert gleichzeitig heraus. Denn auf dem
- umkämpften Wohnungsmarkt verlieren allzu oft Geringverdienende, Familien mit Kindern, Ältere
- und auch die kleinen Geschäfte.
- 36 Wohnen ist ein Grundbedürfnis und das Recht auf angemessenen Wohnraum steht in Berlin sogar
- in der Verfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir brauchen deshalb eine neue
- 38 Wohnungs- und Mietenpolitik. Eine Politik, die neuen Wohnraum schafft und den ökologischen
- Umbau der Stadt voranbringt. Eine Politik, die für bezahlbare Mieten sorgt,

- Immobilienspekulation eindämmt und Verdrängung verhindert. Denn die Lebensqualität Berlins bemisst sich daran, dass alle Bürger\*innen gleichermaßen daran teilhaben.
- Wir wollen in einem Berlin leben, in dem für jeden Geldbeutel, für Familien und Singles, für
- 43 Jüngere und Ältere, für Alteingesessene und Zugezogene ausreichend Wohnraum vorhanden ist –
- innerhalb wie außerhalb des S-Bahn-Rings, sowohl im Westen als auch im Osten der Stadt. Die
- 45 Berliner\*innen haben mit einem Volksbegehren die rot-schwarze Koalition zu einigen
- 46 Fortschritten in der Mietenpolitik gezwungen. Aber es bleibt noch viel zu tun: Wir wollen
- 47 Sozialwohnungen, die nicht nur so heißen, sondern deren Mietpreise tatsächlich sozial sind.
- Wir wollen die Spekulation mit Wohnraum, die die Mieten massiv nach oben treibt, wirksam
- 49 ausbremsen. Deshalb möchten wir das Vorkaufsrecht der Bezirke mit einem Ankauffonds
- absichern und die Grunderwerbssteuer zur Antispekulationssteuer umbauen. Die Verdrängung
- aufgrund von Luxussanierungen wollen wir eindämmen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür
- ein, dass die derzeitige Modernisierungsumlage entfällt. Um die Energiekosten zu senken,
- treiben wir die energetische Sanierung voran mit klaren sozialen Leitplanken.
- Gerade Alleinerziehende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen brauchen
- bezahlbaren Wohnraum. Dafür braucht es eine stärkere Förderung des Wohnungsneubaus, die
- 56 ausreichend und vor allem bezahlbaren Wohnraum schafft. Energiesparendes Bauen mit
- 57 ökologischen Baumaterialien ist nachhaltig und sozial: Denn was wir heute bauen, wird für
- viele Jahrzehnte nutzbar sein und dafür sorgen, dass die Energie- und Heizkosten nicht durch
- 59 die Decke gehen. Wir wollen insbesondere Genossenschaften und gemeinwohlorientierten
- 60 Baugruppen ermöglichen, an einer ökologischen und sozialen Stadtentwicklung mitzuwirken.
- 61 Mittelfristig wollen wir den Anteil der Non-Profit-Wohnungswirtschaft am gesamten Berliner
- Wohnungsbestand von heute knapp 30 Prozent auf mindestens 40 Prozent erhöhen.
- Sozial verträglich und energetisch nachhaltig: Das sind grüne Maßstäbe für neues Bauen, die
- in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden müssen. Unser Ziel sind 30 Prozent
- kostengünstiger Wohnraum bei privaten und 50 Prozent bei öffentlichen Bauvorhaben. Das
- 66 Mietenbündnis mit den Berliner Wohnungsbaugesellschaften wollen wir weiterentwickeln und den
- 67 Milieuschutz ausbauen.
- 68 Wir stehen für einen nachhaltigen Berlin-Tourismus, der auf einen Interessenausgleich mit
- den Anwohner\*innen setzt. Wir wollen die Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen eindämmen
- und die Ansiedlung von Hotels und Hostels besser steuern. Nur wenn Berlin beim Tourismus
- stärker auf Qualität statt reiner Masse setzt, kann die Stadt auch langfristig für
- 72 Besucher\*innen aus aller Welt attraktiv bleiben.
- 1.3. Mit Verantwortung investieren statt Steuern verschwenden
- 74 BER Verwaltung Bezirke Haushalt/Investitionen
- 75 Wir Berliner\*innen lieben unsere Stadt. Aber Berlin ist auch eine Stadt mit etlichen
- 76 Problemen, die endlich angegangen werden müssen. Wir wollen, dass die Menschen beim
- 77 Bürgeramt wieder zeitnah einen Termin bekommen und die Jugendämter nicht mehr die weiße
- 78 Fahne hissen müssen. Wir wollen, dass für alle Kinder ausreichend Schulplätze vorhanden sind
- 79 und ihnen nicht die Schuldächer über dem Kopf einstürzen. Wir wollen eine gute
- 80 Verkehrsinfrastruktur, die für alle bezahlbar ist, ohne S-Bahnchaos im Frühjahr, Sommer,
- 81 Herbst und Winter. Die Infrastruktur unserer Stadt wurde zu lange auf Verschleiß gefahren.
- Der massive Personalabbau hat Berlin in die Krise getrieben. Die Berliner\*innen brauchen und
- erwarten eine moderne Verwaltung und Infrastruktur. Momentan haben wir es mit einem Politik-
- und Verwaltungsversagen auf breiter Front zu tun. Der Senat verzettelt sich in
- Prestigeprojekte uns geht es darum, dass der Berliner Alltag von Bürgeramt bis S-Bahn
- 86 endlich wieder funktioniert.

- Sinnbild für eine gescheiterte Infrastrukturpolitik ist das Kürzel BER. Der 87
- Hauptstadtflughafen steht für Kostenexplosion, Intransparenz, Missmanagement und
- organisierte Verantwortungslosigkeit. Das hat die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger
- Steuergelder in Milliardenhöhe gekostet. Wir wollen das Verschwenden beenden. Der BER muss
- ohne weitere Kostenexplosionen, ohne teure Umplanungen oder Erweiterungen an den Start
- gehen. Wir werden keinen Billigflugbetrieb mit Steuergeldern subventionieren. Und wir
- bleiben dabei: Tegel schließt, sobald der BER öffnet!
- Auch die Angestellten im öffentlichen Dienst Berlins verdienen Besseres als die unzumutbare
- Überlastung, zu der eine verfehlte Personalpolitik, ein hoher Krankenstand und unterbesetzte
- Stellen geführt haben. Damit muss Schluss sein. Wir setzen auf eine intelligente
- Personalentwicklung, die Mitarbeiter\*innen motiviert und fördert. Und auf eine moderne
- Verwaltung, die sich die Chancen der Digitalisierung endlich zu Nutze macht. Vor allem in
- den Bezirksverwaltungen braucht es neues Personal, denn sie erbringen einen Großteil der
- Leistungen für die Berliner\*innen. Wir wollen die Bezirke stärken und ihre finanzielle
- Gängelung beenden.
- Wir stehen für eine verantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik und gegen die Verschwendung
- öffentlicher Mittel. Angesichts des Berliner Schuldenbergs und mit Blick auf die
- Schuldenbremse ist dies auch in Zukunft unerlässlich. Aber die städtische Infrastruktur darf
- nicht länger auf Verschleiß fahren. Denn jede marode Straße oder kaputte Schultoilette kommt
- Berlin und das öffentliche Vermögen auf lange Sicht teuer zu stehen.
- Finanzielle Gestaltungsspielräume und steigende Steuereinnahmen setzen wir für
- Zukunftsinvestitionen ein. Statt Reformstau und Wahlkampfgeschenken brauchen wir
- Investitionen in die Energiewende und ein Berliner Klima-Stadtwerk, in eine nachhaltige
- Wasser- und Abfallwirtschaft, in den öffentlichen Nahverkehr, die Sanierung und den Neubau
- von Kitas, Schulen, Krankenhäusern und in mehr Stadtgrün. Kurzum: in eine lebenswerte Stadt
- mit einer modernen Infrastruktur.
- 1.4. Solidarisches Berlin: Armut bekämpfen und Daseinsvorsorge sichern
- Armut/Soziales soziale Infrastruktur Daseinsvorsorge
- Die Wirtschaft wächst, doch nicht alle profitieren vom Aufschwung. Berlin ist immer noch die
- Hauptstadt der Kinderarmut, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und der prekären Jobs.
- Und auch in unserer Stadt ist Armut oftmals weiblich. Wir wollen nicht akzeptieren, dass
- Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Miete
- nicht mehr leisten können oder krank sind. Unser Ziel ist eine gute öffentliche Versorgung
- für alle. Der Berliner Senat beschränkt sich seit Jahren auf die Dokumentation der sozialen
- Ungerechtigkeiten, mit der Folge, dass die soziale Spaltung weiter voranschreitet. Wir
- wollen Armut nicht länger in der Statistik verstecken, sondern frühzeitig bekämpfen und
- wirksam vermeiden: Mit einer Bildungsoffensive für junge Menschen, die Förderung brauchen;
- Und mit sinnstiftenden Beschäftigungsangeboten für Langzeitarbeitslose, die dem Gemeinwohl
- zu Gute kommen und die das Land selbst anbietet.
- Wir unterstützen die duale Ausbildung. Sie verbindet Schule und Betrieb und ist damit für
- junge Menschen ein gutes Sprungbrett ins Berufsleben. Außerdem brauchen wir mehr gezielten
- Sprachunterricht und Ausbildungsangebote in der Jugendhilfe. Mehr als ein Drittel aller
- Berliner Kinder lebt von Sozialleistungen. Darum werden wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut
- schaffen, in dem alle Institutionen gemeinsam Hilfe organisieren. Das Prinzip der
- Sozialraumorientierung gilt für uns ganz generell: Hilfe direkt vor Ort, aus einer Hand, nah
- bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse. Um Wohnungsverlust, Zwangsräumungen und

- Obdachlosigkeit zu verhindern, regeln wir die so genannten "Kosten der Unterkunft" grundlegend neu.
- Eine gute Grundversorgung ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und Teilhabe. Unser Ziel
- ist eine moderne, ökologische Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu bezahlbaren Preisen.
- 137 Die öffentlichen Unternehmen leisten viel für die Lebensqualität in unserer Stadt. Die
- 138 Privatisierungen der Vergangenheit waren schwere Fehler, die die Berliner\*innen teuer zu
- stehen gekommen sind. Für die Zukunft wollen wir unsere öffentlichen Unternehmen fit machen,
- damit sie ihre Aufgaben gut und bürgernah erfüllen können ganz gleich ob es dabei um die
- 141 Krankenversorgung, um Wohnen, Wasser, Strom oder die Abfallwirtschaft geht.
- 1.5. Berlin in Europa, Berlin in der Welt
- 143 Geflüchtete/Integration Europa Internationales
- 144 Die Berliner\*innen erfinden sich und ihre Stadt immer wieder neu. Das macht Berlin so
- lebenswert. Das Berliner Herz schlägt europäisch und international. Berlin ist
- 146 Schmelztiegel, "Maschinenraum" und politisches Zentrum der Republik. Wir werden darauf
- hinwirken, dass die Bundesministerien endlich vollständig umziehen.
- Aus der deutschen Geschichte, die ganz besonders auch Berlins Geschichte ist, erwächst die
- 149 Verantwortung, sich mit der eigenen Vergangenheit bewusst auseinanderzusetzen. Wir wollen
- 50 die Erinnerung aufrechterhalten: an die Zeit des Nationalsozialismus, an die Geschichte
- 151 Berlins als Hauptstadt der DDR, auch an Berlins koloniale Vergangenheit als Hauptstadt des
- Deutschen Reiches. Geschichte sichtbar machen: Dazu braucht unsere Stadt ein umfassendes und
- mit dem Bund abgestimmtes Gedenkstättenkonzept. Wir setzen uns für die Bewahrung des Archivs
- der DDR-Opposition ein und unterstützen die Entwicklung des "Campus der Demokratie" auf dem
- 155 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Als Weltstadt hat Berlin auch eine
- 156 globale Verantwortung. Wir wollen Berlin zur "Fair Trade Town" machen, zum Beispiel, indem
- wir bei der öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass die Produkte nachhaltig sind und
- 158 nicht aus Kinderarbeit stammen.
- 159 Aus der deutschen Geschichte erwächst auch unsere Verantwortung, Flüchtlingen Hilfe und
- 160 Unterstützung, aber auch eine neue Heimat in Berlin zu geben. Die menschenunwürdigen
- <sup>161</sup> Zustände am LaGeSo sind eine Schande für Berlin. Auch in den nächsten Monaten und Jahren
- werden Menschen bei uns Schutz suchen. Wir wollen eine Willkommensbehörde schaffen, die sich
- 163 vom ersten Tag an und bis zur gelungenen Integration um die Menschen kümmert. Unser Ziel ist
- ein Landesamt für Migration und Flucht, in dem die zuständigen Abteilungen aus dem LaGeSo,
- der Ausländerbehörde und die für Integration zuständigen Stellen zusammenarbeiten. Dann kann
- die Prüfung des Aufenthaltsrechts von vornherein mit Beratung verbunden werden. Arbeit und
- Bildung sind die Schlüssel für Integration. Wir sehen die Unternehmen und Kammern als
- Partner, wenn es darum geht, die zu uns kommenden Menschen mit ihren Kompetenzen möglichst
- rasch einzubeziehen auch unabhängig von formalen Abschlüssen. Gemeinsam starten wir eine
- 170 Ausbildungsoffensive für junge Geflüchtete. Mit der Bundesagentur für Arbeit und den
- 171 Jobcentern organisieren wir systematisch Sprach- und Orientierungskurse die auf eine
- 472 Ausbildung oder Beschäftigung vorbereiten und sie auch begleiten. Die Ausländerbehörde soll
- iungen Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung, die einen Ausbildungs- oder
- 174 Studienplatz haben, ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss garantieren. Kinder wollen
- wir so rasch wie möglich in Regelklassen bringen. Willkommensklassen sehen wir nur als einen
- ersten Schritt. In den Oberstufenzentren sollen sie junge Geflüchtete an unser
- Ausbildungssystem und verschiedene Berufe heranführen.
- Auch wir können die jahrelangen Versäumnisse der Berliner Politik nicht von einem auf den anderen Tag beheben. Aber wir werden eine gemeinsame Task-Force mit den Bezirken einrichten,

- die Unterkünfte findet und ihre Qualität überprüft. Frauen und besonders schutzbedürftige
  Flüchtlinge bringen wir in eigenen Unterkünften unter. Und wir sorgen dafür, dass neue
  Flüchtlingsunterkünfte gut an das Stadtleben angebunden sind. Wir führen verbindliche
  Schulungsangebote für die Verwaltung ein und werden die Bedingungen für ehrenamtliche
  Helfer\*innen verbessern. Auch Zuziehende aus dem europäischen Ausland heißen wir Willkommen
  und setzen uns für die unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und
  Qualifikationen ein.
- Berlin hilft den Geflüchteten. Weil wir es können und weil wir es wollen. Tausende hilfsbereiter, ehrenamtlich engagierter Berliner\*innen haben das weltoffene Gesicht unserer Stadt geprägt. Ihr unermüdlicher Einsatz für die Geflüchteten hat eine humanitäre Tragödie verhindert. Auf Dauer kann und darf ehrenamtliches Engagement aber nicht als Ersatz für das Regierungs- und Verwaltungshandeln dienen. Das ist klar. Umso mehr sagen wir allen, die geholfen haben: Danke für diese gelebte Willkommenskultur.

K2 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

- 2. Stadt der Möglichkeiten
- 2.1. Unsere Großprojekte sind die Kleinen
- Familie Betreuung/Kita Vereinbarkeit Sport
- 4 Die Kleinsten liegen uns besonders am Herzen. Wir wollen den Kindern Berlins eine Welt
- voller Möglichkeiten eröffnen. Das gelingt aber nur, wenn wir die Situation von Familien
- insgesamt betrachten. Für uns ist Familie da, wo Menschen dauerhaft und über Generationen
- 7 hinweg füreinander Verantwortung übernehmen.
- 8 Es gibt unzählige Angebote und Hilfen, auf die Familien zurückgreifen können. Leider
- yerhindert der Behördendschungel, dass sie auch in Anspruch genommen werden. Gerade Familien
- leiden unter dem schlechten Service und der kaputtgesparten sozialen Infrastruktur. Wir
- wollen das ändern. Durch mehr qualifiziertes Personal in den Jugendämtern und ein einfaches
- Lotsensystem. In den Jugendämtern der Bezirke wollen wir "Familien-Service-Büros"
- etablieren. Ob Elterngeld, Kita-Gutschein, Berlin-Pass oder Förderangebote unser Ziel für
- die Familien-Service-Büros heißt: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten! Häufig ist es
- der Austausch mit anderen jungen Familien, der weiterhilft. Darum wollen wir ein Netzwerk
- von Familienzentren schaffen, die Familien verbinden und beraten. Wir wollen auch das
- Regenbogenfamilienzentrum erhalten und das Netzwerk Kinderschutz finanziell stärken.
- Kitas und Kindertagespflege können Kindern Chancen eröffnen, wenn wir sie als Lern- und
- 19 Bildungsorte verstehen. Höchste Priorität hat für uns die Qualität der Betreuung. Wir
- unterstützen deshalb die Forderungen der Eltern im Berliner Kitabündnis nach einem besseren
- 21 Betreuungsschlüssel, damit eine Fachkraft nicht mehr als vier Kinder betreuen muss. Und wir
- streiten für eine bessere Entlohnung der Erzieher\*innen. Gleichzeitig braucht Berlin in den
- nächsten Jahren mehr als 20.000 zusätzliche Kita-Plätze, um den gesetzlichen Rechtsanspruch
- 24 zu erfüllen. Diesen Kraftakt wollen wir mit Landes- und Bundesmitteln schaffen. Uns ist
- 25 wichtig, dass auch für Flüchtlingskinder ausreichend Plätze geschaffen werden, damit
- 26 Integration frühzeitig gelingen kann.
- 27 Einige Familien brauchen flexible Betreuung über die Kita-Öffnungszeiten hinaus, seien es
- 28 Alleinerziehende oder Eltern im Schichtdienst. Wir wollen daher die ergänzende
- 29 Kindertagespflege ausbauen und einen Bring- und Abholservice einrichten. Über ein
- 30 Gutscheinsystem sollen alle Familien davon profitieren, unabhängig vom Geldbeutel. Chancen
- eröffnet man Kindern, indem man ihnen etwas zutraut. Wir wollen, dass die Stimmen von
- Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft gehört werden. Darum wollen wir die
- 33 Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken finanziell besser ausstatten.
- 34 Auch beim Sport lernen Kinder Selbstvertrauen und Teamgeist. Die Förderung des Vereins- und
- des Breitensports ist für uns ein wichtiges Instrument, um Kindern und Jugendlichen Chancen
- im Leben zu eröffnen. Sport braucht Platz! Dafür werden wir sorgen.
- 2.2. Schule fürs Leben
- 38 Schule Jugend
- Wir verstehen Schulen als Lern- und Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte
- 40 erweitern. Schule bereitet Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vor und

- 41 hilft ihnen, ihre Potenziale zu entfalten. Alle Kinder können und wollen lernen.
- Chancengleichheit entsteht, wenn Lernen mit Zutrauen und einem lernfreundlichen Klima
- verbunden ist.
- 44 Für all das müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Unterrichtsausfall,
- Lehrkräftemangel, marode Schulen, immer mehr Schüler\*innen seit Jahren sind die Baustellen
- bekannt. Der Senat schiebt die Probleme auf die lange Bank. Wir packen sie an. Schulen
- sollten Orte sein, wo Eltern ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Doch viele Schulen sind in
- einem miserablen baulichen Zustand. Den Schulneubau hat die Große Koalition fatal
- vernachlässigt. Wir wollen die Schulsanierung auf neue Füße stellen, indem wir dauerhafte
- Investitionen sicherstellen und Mittel bündeln. Außerdem wollen wir ein Programm für den
- 51 Neubau von Schulen auflegen.
- 52 Schule braucht ausreichend Platz. Das ist auch eine der Voraussetzungen auf dem Weg zur
- Ganztagsschule. In jeder Schule, egal ob Grundschule, Sekundarschule oder Gymnasium, soll es
- ein warmes Mittagessen mit gesunden Lebensmitteln aus der Region geben und am Nachmittag
- Musik, Sport oder soziales Engagement. Dazu werden wir Jugendarbeit und schulische
- Aktivitäten eng verzahnen. Unser Ziel ist eine Schule, in der Kinder individuell gefördert
- werden und jedes Kind die gleichen, gerechten Chancen erhält. In der Grundschule werden die
- entscheidenden Weichen gestellt. Deshalb wollen wir Grundschullehrkräfte besser bezahlen.
- 59 Längeres gemeinsames Lernen sorgt für mehr Gerechtigkeit und kann die Zahl der
- Schulabbrecher\*innen verringern. Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammen zu legen, war
- daher richtig. Aber wenn die Sekundarschule neben dem Gymnasium nicht zu einer Schule
- zweiter Klasse werden soll, müssen wir allen Sekundarschulen den Weg zum Abitur ebnen mit
- einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder in Schulverbünden. Die Gymnasien wollen wir in die
- Lage versetzen, zukünftig alle Schüler\*innen zu einem Abschluss zu bringen, um das Probejahr
- und Sitzenbleiben abzuschaffen. Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu
- schaffen. Die erfolgreichen Gemeinschaftsschulen in Berlin zeigen, wie man diesen Weg
- gemeinsam mit Schüler\*innen, Lehrer\*innen und Eltern gehen kann. Damit ist auch klar, dass
- die Schule der Zukunft die inklusive Schule ist, in der alle Kinder und Jugendliche
- unabhängig von ihren physischen und psychischen Voraussetzungen gemeinsam lernen. Das geht
- 70 nur mit genügend Geld und gualifiziertem Personal.
- Freie Schulen fördern die Vielfalt, sie sind oft Impulsgeber für neue Wege im Schulalltag.
- Sie sind für uns ein wichtiger Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft, wie es etwa die
- Bürgerplattform "Wir sind da!" in Mitte vormacht. Freie Schulen brauchen Planungssicherheit.
- 74 Gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft, die eine ausgewogene soziale Mischung
- 75 nachweisen und auf Schulgeld verzichten, stellen wir eine bessere finanzielle Förderung in
- 76 Aussicht. Wir wollen Kindern mit Migrationshintergrund den Weg an die Bildungsspitze öffnen
- 77 und mehr Lehrer\*innen mit Migrationshintergrund an die Schulen bringen. Willkommensklassen
- 78 für geflüchtete Kinder dürfen nur eine erste Ankommensstation vor dem Wechsel in die
- 79 Regelklassen sein. Wir brauchen zudem eine geschlechtersensible Erziehung, die traditionelle
- 80 Rollenbilder hinterfragt und Mädchen wie Jungs neue Chancen eröffnet. Für Diskriminierung
- darf an Berlins Schulen kein Platz sein.
- 2.3. Wissen ist mehr wert
- 33 Übergang Schule-Beruf Ausbildung/Weiterbildung Hochschule/Wissenschaft Forschung
- 84 Jede\*r Berliner\*in hat einen ganz eigenen Lebensweg. Darum wollen wir die Bildungswege so
- 85 flexibel machen, dass sich in jeder Lebenslage neue Bildungschancen und Möglichkeiten
- auftun. Berlin braucht ein transparentes System, in dem Abschlüsse leichter anerkannt und
- 87 Perspektiven flexibel aufgezeigt werden. Wir wollen mit Universitäten, Hochschulen,

- Oberstufenzentren und Kammern daran arbeiten, diese Übergänge zu glätten, um Bildungsbiografien ganz individuell anzuerkennen und zu ermöglichen.
- Die Möglichkeiten, die eine Berufsausbildung bietet, sind vielfältig. Leider kommen
- 91 Schulabgänger\*innen und Ausbildungsplätze viel zu selten zusammen. Stellen bleiben unbesetzt
- und Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Neue Chancen bietet eine bessere Kooperation
- aller Beteiligten: Jobcenter, Jugendhilfe oder berufliche Schulen. In einigen Bezirken haben
- 94 wir gute Erfahrungen mit Jugendberufsagenturen gemacht, die alle wichtigen Stellen
- 25 zusammenbringen. Der nächste Schritt sind Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Ziel der
- Vernetzung ist die "Berliner Ausbildungsgarantie". Es gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss.
- Die Übergänge von der Berufsschule zur Hochschule werden einfacher. Es soll nicht länger um
- ein "Entweder oder" gehen, sondern um das "Sowohl als auch".
- 99 Berlin ist die deutsche Hauptstadt der Wissenschaft und die forschungsstärkste Region in
- Deutschland. Die vielfältige Hochschullandschaft werden wir weiter stärken. Angesichts der steigenden Zahl junger Menschen, die nach Berlin kommen, wollen wir die Zahl der
- ausfinanzierten Studienplätze erhöhen. Dazu gehört auch eine bessere Ausstattung der
- 103 Studierendenwerke. Die Möglichkeit zum Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern
- abhängen. Studiengebühren oder Studienkonten lehnen wir deshalb grundsätzlich ab. Wir
- branch on index Konf. 100 000 Ct. diagonal a sind file una sina 100 000 fe alsa lavoretitica and
- brauchen jeden Kopf: 160.000 Studierende sind für uns eine 160.000-fache Investitionen in
- die Zukunft der Stadt, gerade wenn wir es schaffen, die Absolvent\*innen mit guten
- 107 Jobangeboten in Berlin zu halten.
- Die Anforderungen an Universitäten und Hochschulen wachsen damit weiter. Entsprechend muss
- sich ihre Finanzierung verbessern. Das wollen wir schon beim Abschluss der nächsten
- Hochschulverträge angehen. Außerdem muss der enorme Investitionsstau bei den Gebäuden
- 👊 aufgelöst werden.
- Gute Lehre und gute Forschung an den Berliner Hochschulen und Universitäten ist nur möglich,
- wenn wir auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht
- eine langfristige berufliche Perspektive mit angemessener Bezahlung, sicheren
- Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Dazu werden wir mehr unbefristete
- 116 Stellen im Mittelbau schaffen.
- 117 Um selbst gute Forschungsergebnisse zu erzielen, sind Wissenschaftler\*innen darauf
- angewiesen, Zugang zu den Ergebnissen anderer zu erhalten. Offener Austausch schafft neue
- 119 Möglichkeiten. Darum wollen wir alle Ergebnisse aus öffentlich geförderten
- Forschungsprojekten auch öffentlich zugänglich machen ("Open Access"). Wir setzen uns weiter
- für Zivilklauseln und gegen öffentlich geförderte militärische Forschung ein.
- 2.4. Anders Wirtschaften und gute Arbeit
- 123 Wirtschaft/Innovation solidarische Ökonomie Arbeitsmarkt/Beschäftigung
- Exzellente Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die besten Investitionen in die Zukunft
- Berlins und Voraussetzung für die Wirtschaftskraft unserer Stadt. Berlin hat so viele gut
- ausgebildete, kreative Menschen; sie alle machen die Stadt zu einem Motor für Innovationen
- und zum Labor der Zukunft. Das wollen wir durch eine Politik des Weitblicks fördern, die
- insbesondere grüne Technologien, einen klimafreundlichen Energiemix, nachhaltige
- Ressourcennutzung und innovative Mobilitätskonzepte voranbringt. Dabei wollen wir das
- Potenzial etablierter Unternehmen ebenso nutzen wie die Innovationskraft von Startups,
- Forschung und Wissenschaft. So wird Berlin zu einer Metropole, die nachhaltig wirtschaftet
- 132 und grün wächst.

Berlin ist die Hauptstadt der Gründer\*innen. Sie bringen frische Impulse in die Unternehmenslandschaft. Neben persönlichen Erfolgen, geht es den meisten auch darum, die Gesellschaft zu verändern. Wir wollen diesen neuen Gründungsgeist unterstützen und Menschen ermutigen, sich selbstständig zu machen oder ein eigenes Unternehmen aufzubauen. Wir werden daher Förderprogramme so ausgestalten, dass innovative Unternehmensgründungen gezielt unterstützt werden, auch im Sinne einer "Kultur des Scheiterns". In der Verbindung von Klima- und Wirtschaftspolitik liegt Berlins große Chance: in einer konsequente Energiewende, neuen Mobilitätskonzepten und einer Abfallwirtschaft, die zur Kreislaufwirtschaft wird. Der grüne Weg führt hin zum "Teilen und Wiederverwenden" und weg vom "Nutzen und Wegwerfen". Genau wie bei den erneuerbaren Energien bringt Recycling der Stadt ein enormes Potenzial an Rohstoffen, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Wir werden die ökologische Modernisierung mit Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur sowie in neue Technologien unterstützen. Nicht nur für die wachsende Internetwirtschaft Berlins ist ein offenes und freies Internet wichtig. Der vollständige Glasfaserausbau ist überfällig: für die "Industrie 4.0", vernetzte Mobilität, digitale Bildung und eine gleichberechtigte digitale Teilhabe. Den Mittelstand werden wir beim Umgang mit dem digitalen Wandel unterstützen.

Die Gemeinwohlökonomie, die nicht auf Bilanzgewinne sondern auf nachhaltige Wertschöpfung baut, ist bereits heute ein wichtiger Bestandteil der Berliner Wirtschaft – mit Luft nach oben. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Förderung von Genossenschaften zu. Gerade für ihre Expansion fehlen aber häufig die passenden Finanzierungsmodelle. Wir wollen die Erfahrungen gemeinwohlorientierter Banken nutzen und diese Lücke schließen. Ein weiteres Pfund, mit dem Berlin wuchern kann sind die vielen Betriebe, die Berliner\*innen mit Migrationshintergrund führen. Sie machen mittlerweile rund 20 Prozent aller Unternehmen dieser Stadt aus. Ihnen den Zugang zu den bestehenden Fördermöglichkeiten zu erleichtern, ist uns wichtig. Gerade für kleinere Unternehmen und Neugründungen werden knappe Gewerberäume und steigende Mieten zum existenziellen Problem. Dem wollen wir mit Maßnahmen gegen spekulativen Leerstand, der Einführung eines Gewerbemietspiegels und einer Mietpreisbremse entgegenwirken. Zur Offenheit und wirtschaftlichen Vielfalt Berlins gehört für uns auch die Späti-Kultur – und das auch sonntags.

Der Berliner Arbeitsmarkt wird auch von Unsicherheit und drohender Prekarisierung geprägt.
Viele Berliner\*innen, gerade Frauen, haben den Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert,
dass sie zurück in reguläre Arbeit kommen. Diese Rückkehr wollen wir gezielt fördern. In den
Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessenspielräume zu Gunsten der Betroffenen
auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Unser Ziel ist eine
Arbeitsmarktpolitik, die motiviert und Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig wollen wir für
alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue
Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Die öffentliche Hand werden wir
zum Vorbild für gute Arbeit machen – "prekär im öffentlichen Auftrag" darf es nicht mehr
geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert
wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.

Mit den Gewerkschaften, Kammern und Wirtschaftsverbänden werden wir den intensiven Austausch fortsetzen. Die Attraktivität der Berufe und Ausbildungsplätze im Handwerk wollen wir erhalten und damit das Handwerk stärken. Die gemeinsam mit Brandenburg aufgebauten Wirtschaftscluster, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Mobilität, wollen wir ausbauen und die Berliner Wirtschaft weiter mit dem Umland vernetzen. Berlin kann in den folgenden Jahren zur Pionierin neuen Wirtschaftens und guter Arbeit werden und so "Made in Berlin" weltweit zum Markenzeichen ausbauen. Dafür stehen die Innovationszentren der Stadt:

Der Clean Tech Park in Marzahn Hellersdorf, die Innovationsschmiede Adlershof oder der geplante Zukunftspark Tegel

### 2.5. Selbstbestimmt! Im Alter und in allen Lebenslagen

Demografischer Wandel – Pflege – Menschen mit Behinderung

Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt ihre Möglichkeiten nutzen können und ihre
Potenziale voll zur Geltung kommen. Das gilt gerade für ältere Menschen oder Menschen mit
Behinderung. Es geht um Teilhabe, von der letztlich alle etwas haben.

Wir wollen die Chancen des demographischen Wandels nutzen. Um die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern, stärken wir Orte der Begegnung wie die Stadtteilzentren und achten bei der Stadtplanung darauf, dass generationenübergreifendes und barrierefreies Wohnen sich stärker durchsetzen. Gerade gute Pflege wird in einer alternden Gesellschaft immer zentraler. Uns ist wichtig, dass ältere Menschen weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen können. Gleichzeitig wollen wir Angehörige unterstützen und entlasten. Wir werden die verschiedensten Möglichkeiten erweitern, die sich im Pflegefall bieten: Um die Pflege zu Hause einfacher zu machen, wollen wir Mobilitätshilfedienste ausbauen. Viele ältere Menschen setzen heute auf Pflege-WGs, bislang mangelt es jedoch an Qualitätsstandards und Kontrollen. Das wollen wir ändern und Transparenz für die älteren Menschen und ihre Angehörigen schaffen. Für gute Oualität auch in den klassischen Pflegeheimen brauchen wir vor allem mehr und besser qualifiziertes Personal. Um das zu erreichen, wollen wir die Pflegeausbildung reformieren und das Schulgeld abschaffen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir ermutigen, in die Altenpflege zu gehen, da der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund stark ansteigt. Nur wenn wir das Problem ernst nehmen und an vielen Stellen gleichzeitig anpacken, können wir einen absehbaren Pflegenotstand in Berlin verhindern.

Menschen mit Behinderung dürfen nicht länger ihrer Chancen und Möglichkeiten im Leben beraubt werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist unsere Richtschnur, leider wird sie in Berlin kaum umgesetzt. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können, beispielsweise, dass nicht nur acht, sondern alle 34 Schwimmbäder das Siegel "Berlin barrierefrei" erhalten. Wir wollen einen Umbauplan für Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Verkehr. Menschen mit Behinderung müssen auch bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Den öffentlichen Dienst wollen wir hier zum Vorbild machen. Unser Leitgedanke: Inklusion in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

K3 Wahlprogramm Kapital 3: L(i)ebenswerte Stadt

- 3. L(i)ebenswerte Stadt
- 3.1. Berlin wächst grün
- 3 Ökologie Luft/Lärm/Wasser Stadtgrün Tierschutz
- 4 Flanieren am Wasser, Sport machen im Park, oder Durchatmen im Grünen: Starke Umweltpolitik
- ist die Basis einer lebenswerten Stadt. Berlin ist eine der grünsten Großstädte Europas.
- Dieses grüne Berlin werden wir erhalten, gerade weil sich die Stadt so rasant verändert. Wir
- wollen, dass Berlin grün wächst, statt wie bisher grau und monoton. Deshalb fördern wir
- 8 begrünte Dächer und grüne Hinterhöfe. Wir wollen mehr Bäume für Berlin, das Trinkwasser
- schützen und den Bienen in unserer Stadt ihren Lebensraum erhalten.
- 10 Umweltschutz ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Oftmals leben Menschen mit kleinem
- Einkommen an den Hauptverkehrsstraßen voll Feinstaub, Stickoxid und Lärm. Sie sind ganz
- besonders auf Grünflächen, frei zugängliche Flüsse, Seen und Parks angewiesen. Baden in der
- Spree mit Blick auf die Museumsinsel, Schwimmen und Sonnenbaden in der Rummelsburger Bucht
- und Spaziergänge am Havelufer sind Werte, für die wir Politik machen. Wuhle, Panke, Spree
- und Berlins zahlreiche Seen dürfen nicht länger als Auffangbecken für die überlaufende
- Kanalisation oder als Endlager für den Sulfat-Dreck des Brandenburger Braunkohleabbaus
- missbraucht werden. Eine moderne Kanalisation und eine nachhaltige Wasserwirtschaft der
- 18 Berliner Wasserbetriebe sind darum dringend notwendig. Berlin braucht endlich einen grünen
- 19 Weg für sein Wasser.
- Alle Berliner\*innen sollen frei und entspannt durchatmen können, egal wo sie wohnen. Deshalb
- 21 streiten wir für saubere Luft und nehmen besonders belastete Räume in den Außenbezirken in
- die Umweltzone auf. Damit sich die Emissionen aus Baumaschinen, Schiffen und
- 23 Holzfeuerungsanlagen weiter verringern, machen wir strengere Auflagen und fördern so den
- 24 umweltgerechten Umstieg. Der Fuhrpark der Berliner Verwaltung bekommt einen blauen Engel und
- 25 wird zum Vorbild für saubere Mobilität. Wir übernehmen Verantwortung für die Gesundheit der
- 26 Berliner\*innen. Auch Lärm macht Menschen krank. Der Lärmaktionsplan muss seinen Namen
- endlich verdienen. Wir wollen mehr Straßen mit Flüsterasphalt, senken die
- Durchfahrgeschwindigkeit in Wohnvierteln rund um Kitas, Schulen und Seniorenheime, erweitern
- 29 Fußgängerzonen und bauen den öffentlichen Nahverkehr aus. An der Bekämpfung von Fluglärm
- darf nicht gespart werden: Die betroffenen Menschen erwarten, dass ihr Senat das
- 31 Schallschutzprogramm ohne Tricks und Verzögerungen umsetzt. Berlin braucht ein
- Nachtflugverbot. Zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr muss Ruhe sein!
- Grüne Oasen gehören von vornherein in die Baupläne. Denn: Der notwendige Wohnungsneubau
- führt zu mehr innerstädtischer Verdichtung. Umso klüger müssen wir den vorhandenen Raum
- nutzen, Dachgeschosse und Parkplatzflächen grün umbauen. Wo neu gebaut wird, muss auch grüne
- 36 Infrastruktur entstehen. Deshalb wollen wir auch in der Historischen Mitte das Rathausforum
- als Freiraum erhalten und die Grünflächen neu gestalten. 1.000 grüne Dächer und Höfe: Das
- ist unser Programm für mehr Grün überall in der Stadt. Wir wollen mehr Bäume pflanzen. Denn
- bisher werden mehr Stadtbäume gefällt als gepflanzt. Die über 2.500 Parks in unserer Stadt
- brauchen bessere Pflege und mehr Personal. Denn: Berlins Vielfalt ist auch die Vielfalt
- seiner Tier- und Pflanzenwelt. Die wollen wir schützen und Biodiversität gezielt fördern.
- Damit Berlin Metropole und Großstadtwildnis zugleich bleiben kann.

- Wir wollen, dass es Tieren in Berlin besser geht. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu
- suchen! Auf landeseigenen Flächen wird es keine Zirkusse mehr geben. Wir wollen den
- schnellstmöglichen Ausstieg aus Tierversuchen und Berlin zum Zentrum von Alternativmethoden
- machen. Statt der unsinnigen Rasseliste für Hunde, setzen wir uns für mehr Fachkunde bei
- Tierhalter\*innen ein. Die wichtige Arbeit der Tierheime wollen wir besser würdigen und
- 48 finanzieren. Tierschutzorganisationen stärken wir mit einem neuen Verbandsklagerecht.
- 49 3.2. Mobilität für Menschen: Entspannt von A nach B kommen
- 50 Mobilität Radverkehr ÖPNV Flugverkehr
- Berliner\*innen wollen mobil sein: mit Bus und Bahn, dem Fahrrad oder zu Fuß. Nur ein Drittel
- der Bevölkerung besitzt ein eigenes Auto. Fahrzeuge werden immer häufiger geteilt. Diese
- 53 Entwicklung wollen wir weiter unterstützen und dabei auch auf vernetzte Mobilität setzen.
- Wir Grüne treten an für eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur mit Straßen statt
- 55 Buckelpisten. Vor allem wollen wir Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen mehr Raum geben. Eine
- autofixierte Stadt, die der Senat mit Projekten wie dem Weiterbau der A 100 oder der
- Tangentialverbindung Ost vorantreibt, lehnen wir ab.
- Wir machen Berlin zur Fahrradstadt: mit einem Netz von Fahrradstraßen, das sofort umsetzbar
- ist, und mit Fahrradschnellstraßen quer durch die Stadt. Wir wollen Fahrradstreifen auf
- allen Hauptstraßen, die genügend Platz lassen, um auch zu zweit nebeneinander herfahren oder
- stressfrei überholen zu können. Wir wollen gefährliche Kreuzungen umbauen und so markieren,
- dass die Verkehrssicherheit für alle steigt. Auch Fußgänger\*innen haben ein Recht darauf,
- sich frei und sicher durch die Stadt zu bewegen. Gehwege dürfen keine Hindernisparcours
- sein, auf denen Werbeaufsteller, Müllcontainer oder parkende Autos Familien mit Kinderwagen
- oder älteren Menschen mit Rollator den Weg verstellen. Dort, wo es technisch möglich ist und
- 66 Akzeptanz findet, wollen wir verkehrsberuhigte Wohn- und Einkaufsstraßen durchsetzen.
- Bus und Bahn sind für uns das zentrale Bindeglied zwischen den vielen Formen der Mobilität.
- Deshalb bauen wir das Angebot konsequent weiter aus und verbessern die Qualität des
- 69 öffentlichen Nahverkehrs. Modernisierte Busse und eine funktionierende, zuverlässige,
- 70 saubere und sichere Bahn gehören dazu. Statt S-Bahn-Chaos brauchen wir endlich eine
- ambitionierte Verkehrspolitik. Das Straßenbahnnetz muss erweitert werden, auch in den
- 72 Westteil der Stadt. Zusätzliche Parkangebote an zentralen Knotenpunkten von S- und U-Bahn
- machen das "Umsteigen" leichter und attraktiver. Wir möchten noch mehr Menschen für Busse
- vund Bahnen begeistern. Alle Berlinerinnen und Berliner sollen mobil sein und das möglichst
- 75 kostengünstig. Um dieses Ziel Realität werden zu lassen, wollen wir unsere Idee einer
- 76 "Bärenkarte" weiter vorantreiben. Bewegungsfreiheit ist soziale Teilhabe und mit einer
- 577 Stärkung des ÖPNV wird Berlin als Ganzes gewinnen: durch saubere Luft, mehr Ruhe und
- schnelleren Verkehrsfluss.
- 3.3. Gut und gesund leben, besser essen
- 80 Gesundheit Verbraucherschutz gesundes Essen
- Äpfel aus dem Hinterhof, Kartoffeln vom gemeinsam bestellten Feld in Brandenburg, Honig von
- den Bienen auf dem Hausdach immer mehr Berliner\*innen suchen nach Alternativen zu
- Massentierhaltung und Lebensmittelindustrie. Unsere Vision ist, einen großen Teil des
- 84 Berliner Lebensmittelbedarfs durch regionale Produkte und über kurze Transportwege zu
- 85 decken, in engerer Abstimmung mit dem Brandenburger Umland. Ökologische und soziale
- 86 Standards und mehr Transparenz schützen Verbraucher\*innen und ermöglichen einen bewussteren
- 87 Konsum. Gentechnik und Pestizide haben auf dem Teller nichts zu suchen!

Auch Kinder und Jugendliche lernen einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln, wenn sie wissen, wie sie entstehen und woher unser Essen kommt. Strengere Vorgaben bei der Kennzeichnung von Produkten schaffen Transparenz. Und es braucht wirksamere Sanktionen bei Verstößen, insbesondere bei Lebensmitteln. Dazu gehört die Einführung eines berlinweiten Verbraucherschutz-Systems in Restaurants und Gaststätten nach dänischem Vorbild.

Die öffentliche Hand soll zum Vorbild für nachhaltigen Konsum werden. Vom Bleistift bis zum Kantinenessen bestellt und beauftragt das Land Berlin jedes Jahr für mehrere Milliarden Euro Waren und Dienstleistungen. Wir wollen, dass im Vergabegesetz sozial-ökologische Kriterien stärker als bisher eine Rolle spielen. In Kindertagesstätten, Schulen, Kantinen, Mensen und beim Catering in öffentlichen Einrichtungen soll der Anteil an regionalen und ökologischen Lebensmitteln steigen; ebenso das Angebot an vegetarischen und veganen Mahlzeiten.

Gesundheitliche Prävention ist gut für die Menschen und unsere Gesellschaft. Der hohe
Krankenstand an den Schulen und die wachsende Anzahl von psychischen Erkrankungen bei
Jugendlichen zeigen, wie bedeutend es ist, damit schon in der Schule zu beginnen. Wir wollen
die Gesundheit fördern, indem wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und die Arbeit
dort attraktiver machen. Durch mehr Aufklärung und Beratung möchten wir den Berliner\*innen
ermöglichen, giftfrei zu leben!

Menschen sind auf ärztliche Hilfe und eine gute medizinische Versorgung angewiesen. Deshalb muss Berlin in seine Krankenhäuser investieren und den augenblicklichen Investitionsstau schnellstmöglich auflösen. Das Personal im Gesundheitswesen verdient bessere Arbeitsbedingungen. Wir stärken damit auch Berlins gesamte Gesundheitswirtschaft mit hunderttausenden Arbeitsplätzen. In vielen Bereichen spielt sie bereits an der Weltspitze mit. Gleichzeitig fehlen in einigen Bezirken Facharztpraxen. Damit Patient\*innen nicht ewig auf einen Termin warten oder durch die ganze Stadt fahren müssen, verfolgen wir eine dezentrale Bedarfsplanung: Neue Praxen sollen zuerst dort entstehen, wo Unterversorgung herrscht, nicht dort, wo die höchsten Umsätze gemacht werden.

14 3.4. Neue Energie für Berlin: 100 Prozent erneuerbar

# 115 Energie – Klimaschutz

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Wir schulden es deshalb den nachkommenden Generationen, das Klima wirksam zu schützen. Deshalb müssen wir die Energieerzeugung schnellstmöglich umstellen, auch damit Energie langfristig bezahlbar bleibt. Mit Investitionen an den richtigen Stellen kann Berlin international zum Vorreiter beim Klimaschutz werden. Die gemeinsamen Ergebnisse der Enquete-Kommission "Neue Energie für Berlin" zeigen, welche Maßnahmen wirken. Sie müssen nur endlich umgesetzt werden.

Wir Grüne streiten für ein starkes Klima-Stadtwerk in öffentlicher Hand, das massiv in
Energieeffizienz und in erneuerbare Energien investiert. Nur auf Druck des Volksentscheids
"Neue Energie" und der Grünen wurde die Gründung eines Stadtwerks beschlossen. Aber die
Pläne des Senats sind erschreckend unambitioniert: Sein Bonsai-Stadtwerk besteht bisher
lediglich aus zwei Windrädern. Wir wollen unser grünes Stadtwerk schrittweise mit
Eigenkapital von mindestens 500 Millionen Euro für nachhaltige Investitionen in die
Energiewende ausstatten. Mit den öffentlichen Gebäuden fangen wir an. Das grüne Stadtwerk
soll innovative Energiegewinnung beispielsweise aus Klärschlämmen oder Abwässern
vorantreiben und öffentliche Dach- und Freiflächen für Solaranlagen erschließen. Als
Energiedienstleister soll es die Berliner\*innen beraten und vor Energiearmut schützen. Klar
ist: Wir wollen keine großen Energiekonzerne. Wir setzen auf eine Energiewende von Unten,
auf Energiegenossenschaften und die Zivilgesellschaft. Klar ist auch: Wir brauchen eine

- Heizkostenbremse. Energetische Sanierung darf nicht dafür missbraucht werden, dass Menschen ihre Wohnung verlieren!
- Zurück in die Kommune! Berlins Stromnetz gehört wieder in die Hand der Berliner\*innen. Und
- wenn es aus ökologischer Sicht sinnvoll ist, gilt das auch für die Gas- und Wärmenetze.
- Dabei muss sowohl die Finanzierbarkeit als auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmen. Die
- Genossenschaft "BürgerEnergie Berlin" sollte am Stromnetz beteiligt werden.
- Die Berliner Kohlekraftwerke schädigen das Klima erheblich. Ihr Rauch enthält Quecksilber
- und Stickoxide und setzt die Gesundheit der Berliner\*innen aufs Spiel. Wir Grüne wollen die
- 142 Braunkohleverstromung im Kraftwerk Klingenberg sofort einstellen. Wir fordern den kompletten
- Ausstieg Berlins aus der Braunkohle bis 2020 und zehn Jahre später aus der Steinkohle. Als
- 144 Stromimporteur sind wir auch über unsere Stadtgrenze hinaus in Verantwortung. Wir kämpfen
- für den Kohleausstieg in der Lausitz bis spätestens 2030. Damit stoppen wir auch den Sulfat-
- Anstieg in der Spree und im Berliner Trinkwasser. Mit dem Land Brandenburg und den
- 147 Gewerkschaften suchen wir den Austausch, um den Strukturwandel zu unterstützen und neue
- 148 Arbeitsplätze zu schaffen.
- Die Klimakonferenz von Paris war für alle ein Einschnitt, auch für Berlin. Darum wollen wir
- endlich ein verbindliches Klimaschutzkonzept und den Ausstieg aus Investitionen in Kohle-,
- 151 Öl- und Gaskonzerne. Wir wollen, dass sich Berlin Städten wie Münster oder San Francisco
- anschließt und nicht mehr in die CO2-Konzerne von gestern investiert. Wir wollen
- "Divestment" pro Klimaschutz statt Investment in Umweltsünden.
- 154 3.5. Für lebendige Nachbarschaften: Quartiere der Zukunft bauen
- 155 Stadtentwicklung Planungskultur Neues Bauen
- 156 In den letzten zehn Jahren hat Berlins Stadtentwicklungspolitik brach gelegen. Die Stadt
- wird verwaltet, aber nicht gestaltet. Großinvestoren geben die Linie vor, eine eigene
- Planungskultur existiert nicht mehr. Mieterschutz wird auf Wahlplakaten versprochen, aber im
- Abgeordnetenhaus mit Füßen getreten. Daran muss sich etwas ändern. Eine andere
- 160 Planungskultur ist die Grundlage dafür.
- 161 Wir suchen den klugen Interessensausgleich zwischen dem Gemeinwohl, den Anwohner\*innen und
- 162 Investoren. Damit die Stadt grün wachsen und ihre soziale Mischung erhalten kann. Bei der
- Planung von neuem Wohnraum müssen Infrastruktur, Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,
- 164 Grünflächen und Parks schon berücksichtigt werden. Damit Berlin lebenswert bleibt. Es
- braucht gemischte Wohn- und Arbeitsquartiere und ein Umfeld, in dem all das, was wir
- täglichen brauchen, auch zu Fuß erreichbar ist. Dafür setzen wir auf städtebauliche
- 167 Wettbewerbe und offene Ausschreibungen.
- 168 Wenn die Erdgeschosse von Neubauten für Läden, Kitas, Cafés vielfältig genutzt werden und
- ihre Architektur offen und innovativ ist, dann wächst auch die Attraktivität der
- Stadtviertel. Damit sie trotz ökologisch höchster Standards auch für Geringverdienende
- erschwinglich bleiben, schreiben wir eine ökologische Bauleitplanung für Berlin fest, wie es
- andere Städte bereits machen. Dadurch kommen auch grüne Technologien aus der Wasser-,
- 173 Energie- und Abfallwirtschaft und Dach- und Fassadenbegrünungen häufiger zur Anwendung.
- Neue Stadtquartiere können zu Orten für neue Wohn- und Arbeitsformen der Zukunft werden:
- 175 Indem wir die Herausforderungen des demografischen Wandels mit flexiblen Grundrissen,
- gemeinschaftlich genutzten Räumen, Barrierefreiheit, Mehrgenerationenwohnen und kurzen Wegen
- mitdenken. Auch in bestehenden Wohngegenden steigern wir die Attraktivität, indem wir
- behutsam nachverdichten und die Nutzungsmischung stärken.

- 179 Von der Großsiedlung am Stadtrand bis in die Historische Mitte gilt unsere besondere
- Aufmerksamkeit dem öffentlichen Raum. Damit sich Menschen auch außerhalb der eigenen vier
- Wände gerne aufhalten und begegnen. Mit jedem Schritt sorgen wir dafür, dass Berlin noch
- grüner und l(i)ebenswerter wird.

K4 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

- 4. Freies Berlin!
- 4.1. Alles Berlinerinnen und Berliner
- Vielfalt Partizipation Religion
- 4 Berlin ist weltweites Sinnbild für Freiheit, Offenheit und Toleranz. Die Berlinerinnen und
- Berliner haben es gemeinsam geschafft, die Mauer einzureißen. Das prägt das Lebensgefühl der
- 6 Stadt und macht sie so anziehend. Jede\*r zweite Mensch, der in Berlin lebt, ist in die
- Hauptstadt gezogen. Jede\*r vierte Mensch hat Wurzeln außerhalb Deutschlands. Miteinander
- 8 leben wir eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung. Die Anerkennung unseres Grundgesetzes
- und das Recht jeder Person, sich frei zu entfalten, sind die Grundlage für unser friedliches
- Zusammenleben in Vielfalt. So können wir alle unseren Traum von Berlin leben.
- 11 Wir wollen Vielfalt, Teilhabe und Integration gezielt fördern: den Karneval der Kulturen
- erhalten, die hervorragende Arbeit der Stadtteilmütter sichern, die Initiativen und
- Organisationen von Migrant\*innen unterstützen und vieles mehr. Vielfalt im Alltag sichtbar
- zu machen heißt auch, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst
- einzustellen, gerade in den Berliner Polizeidienst. Der Wissens- und Talentschatz der vielen
- Menschen, die nach Berlin kommen, liegt brach. Wir wollen ihn heben: Abschlüsse
- unkompliziert anerkennen, Wege in den Arbeitsmarkt öffnen und die migrantische Ökonomie
- stärken. Und wir sorgen dafür, dass es endlich wieder eine\*n unabhängige\*n
- 19 Integrationsbeauftragte\*n gibt.
- 20 Noch immer sind Menschen mit Migrationshintergrund strukturell benachteiligt und
- Diskriminierung ausgesetzt: Sie haben schlechtere Chancen auf einen guten Bildungsabschluss
- oder auf eine Wohnung und erleben auch Nachteile bei der Gesundheitsversorgung. Wir sind
- alle Berlinerinnen und Berliner. Wir Grünen wollen ein Antidiskriminierungsgesetz einführen,
- das die Gleichbehandlung aller sicherstellt.
- In Berlin sollen alle Menschen nach ihrer Fasson selig werden. Religionsfreiheit bedeutet
- <sup>26</sup> für uns nicht, Religion so weit wie möglich ins Private und in die Hinterhöfe zu verbannen.
- Im Gegenteil: Wir wünschen uns, dass sich Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften am
- gesellschaftlichen Leben beteiligen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Seelsorge auch in
- 29 Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten. Zugleich wollen wir gemeinsam weiter daran
- arbeiten, das Wahlfach Religion besser in den Stundenplan einzubeziehen und das Pflichtfach
- Ethik weiter zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, einen Lehrstuhl für islamische
- Theologie in Berlin einzurichten. Mit den großen christlichen Kirchen treten wir in einen
- Dialog darüber, wie wir die Staatsleistungen ablösen können, die Berlin seit der
- Säkularisierung jedes Jahr an die Kirchen zahlt.
- 4.2. Hauptstadt der Kultur und Kreativen
- Kultur Medien Clubkultur/Kreativwirtschaft
- Ob Musik, Theater, Tanz, ob Film und Literatur oder bildende Kunst: Berlin ist
- Weltkulturstadt und Magnet für Kulturschaffende wie Besucher\*innen. Um diese Lebendigkeit
- und Vielfalt werden wir beneidet. Die Berliner Mischung aus renommierten Kultureinrichtungen
- 40 und freier Szene ist einzigartig. Damit das in einer wachsenden Stadt so bleibt, muss
- Politik Freiräume für Kunst und Kreativität erhalten. Zu ihren Kernaufgaben gehört eine neue

- Liegenschaftspolitik. Wir wollen einen Teil der öffentlichen Liegenschaften grundsätzlich
- 43 für Kultur vorhalten und dazu ein öffentliches Kulturkataster erstellen. Mit Hilfe einer
- 44 Agentur, die vermittelt, ermöglichen wir, dass Räume auch temporär für Kunst und Kultur
- 45 genutzt werden können.
- 46 Berlin ist international berühmt für seine Clubkultur. Sie ist typischer Teil der urbanen
- 47 Vielfalt und bedeutender Wirtschaftsfaktor. Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur
- 48 erhalten, Standorte sichern und bei Konflikten mit Anwohner\*innen für einen fairen
- Interessenausgleich sorgen.
- 50 Gute Kultur gibt es nur, wenn sich die Lebens- und Arbeitssituation der Künstler\*innen
- verbessert. Wir machen uns für generelle Honoraruntergrenzen bei der öffentlichen
- 52 Kulturförderung und für angemessene Tarifabschlüsse stark. Der Mindestlohn muss auch für
- 53 Kultur- und Medienschaffende gelten.
- Insbesondere für die freie Szene ist ein Zuwachs der Mittel zum Beispiel aus der City-Tax
- längst überfällig. Wir überarbeiten die Förderstrukturen und richten sie neu aus. So
- stärken wir beispielsweise Ankerinstitutionen, an denen die freie Szene projektbezogen
- andocken kann. Teile des ehemaligen Flughafengebäudes in Tempelhof wollen wir langfristig zu
- einem Kultur- und Kreativhafen umbauen, in dem Proberäume, Studios und Künstlerateliers
- ebenso Platz finden wie Film- und TV-Produktionsfirmen, Startups oder
- 60 Forschungsreinrichtungen aus dem Kreativbereich.
- 61 Berlins Stadtteilbibliotheken wollen wir erhalten, die Zentral- und Landesbibliothek an
- einem Standort vereinen und die Gedenkstättenpolitik aufgrund steigender
- 63 Besucher\*innenzahlen zusammen mit dem Bund neu ausrichten. Um EU-Fördermittel besser
- 64 einwerben zu können, stellen wir mehr Mittel zur Kofinanzierung bereit. Den
- 65 Hauptstadtkulturfonds wollen wir bei den Regelförderungen entlasten, einen zusätzlichen
- 66 Festivalfonds schaffen und Literatur noch gezielter fördern.
- Berlin soll ein Medienstandort des 21. Jahrhunderts werden. Immer öfter ziehen Verlage und
- 68 Sender mit ihren Redaktionen in unsere Stadt. immer mehr Filme. Serien und Dokumentationen
- werden hier produziert. Wir wollen die crossmediale Medienpolitik für unsere Stadt stärken.
- Das bedeutet, den digitalen Aufbruch ernst zu nehmen und als Chance zu betrachten, egal ob
- 71 für Zeitungen, Radio, Fernsehen oder neue Medien. Wir streiten für Medien-Startups genauso
- wie für eine Stärkung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) und der Medienanstalt Berlin-
- 73 Brandenburg. Die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen wir weiter
- 74 vorantreiben.
- 4.3. Geschlechter? Gerechtigkeit!
- 76 Frauen Gleichstellung Queer
- 77 Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen können.
- 78 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, Lohngerechtigkeit, gleiche
- 79 Berufschancen, Unabhängigkeit und sexuelle Selbstbestimmung sind Werte, die unseren Weg
- 80 bestimmen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach aber noch ein uneingelöstes
- 81 Versprechen. Grüne Berlin-Politik steht für konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-
- 82 Budgeting. Das heißt: Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die
- 83 Lebenssituation und Interessen aller berücksichtigen. Und: Wir setzen uns dafür ein, dass
- 84 Gleichstellung sich auch im Haushaltplan als gerechte Verteilung der Mittel niederschlägt.
- 85 Die landeseigenen Unternehmen und den Öffentlichen Dienst werden wir zum Vorbild für gleiche
- 86 Chancen und gerechte Entlohnung machen. Damit Ungerechtigkeiten abgebaut werden, setzen wir
- uns für Klagerechte im Landesgleichstellungsgesetz ein. Damit Frauen frei wählen können, wo
- 88 sie ihr Kind zur Welt bringen, regeln wir die Hebammenversorgung bundesweit neu.

- Wir Grüne bekennen uns klar zur Ehe für alle. Alle Liebenden verdienen die gleichen Rechte.

  Berlin muss bei der Öffnung der Ehe eine Vorreiterrolle einnehmen und darf nicht wie der
  rot-schwarze Senat durch seine Enthaltung im Bundesrat das Gegenteil bewirken. Um die
  Benachteiligung queerer Menschen in Berlin weiter abzubauen, verankern wir das Thema künftig
  fest im Lehrplan der Berliner Schulen und entwickeln die "Initiative Sexuelle Vielfalt"
  weiter vor allem mit Blick auf die Arbeitswelt, ältere Menschen und Geflüchtete. In Berlin
  darf niemand diskriminiert werden. Jede\*r hat einen Platz, unabhängig vom Geschlecht oder
  der sexuellen Identität.
- Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Das hat mit überkommenen
  Geschlechterrollen zu tun sowie mit der Verharmlosung von Alltagssexismus. Beim Schutz vor
  sexualisierter und häuslicher Gewalt kann Berlin deutlich mehr tun: In den meisten
  Bundesländern gibt es bereits die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung. Berlin ist
  Schlusslicht. Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser und ein
  flächendeckendes und kultursensibles Angebot, das die Rechte der Opfer stärkt. Gerade um die
  Ausbeutung ausländischer Zwangsprostituierter zu bekämpfen, wollen wir sie vor Gericht
  stärken. Zudem werden wir einen Runden Tisch Sexarbeit einrichten, um den Dialog mit allen
  Beteiligten zu führen. Sexismus hat in Berlin keinen Platz. Auch sexistische Werbung wollen
  wir schon in den Verträgen, die das Land Berlin oder seine Unternehmen machen, nach
  österreichischem Vorbild ausschließen.
- 4.4. Offene Gesellschaft verteidigen
- Bürger\*innenrechte Justiz Drogenpolitik Gegen Rechts Sicherheit
- Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir Grüne sind die Partei der Bürger\*innenrechte. Wir teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, erteilen jedoch dem Wettbewerb um immer schärfere Maßnahmen eine Absage. Symbolpolitik schafft keine Sicherheit. Wir setzen auf Vorbeugung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Der Schutz unserer Grundrechte steht an oberster Stelle. Auch öffentliche Sicherheit ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Angsträume, gerade für Frauen, sind inakzeptabel. Wir wollen, dass sich alle Berliner\*innen bei sich zu Hause und in der ganzen Stadt sicher fühlen.
- 117 Unser Leitbild ist eine bürgernahe Polizei. Wir wissen um die herausfordernde Arbeit der
  118 Berliner Polizist\*innen. Und auch, dass nur eine gut ausgestattete Polizei in der Lage ist,
  119 Straftaten schnell aufzuklären und Gefahren abzuwehren. Berlin braucht aber auch eine
  120 unabhängige Beschwerdestelle für Konflikte mit und innerhalb der Polizei. Die Ausstattung
  121 der Ambulanz- und Rettungsdienste wollen wir verbessern, damit im Notfall die Hilfe schnell
  122 bei den Menschen ist.
- Eine freie und unabhängige Justiz ist der Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Hier beheben wir den Personalmangel, um wieder angemessene Verfahrenszeiten zu erreichen. In den Berliner Gefängnissen rücken wir die Resozialisierung wieder stärker in den Vordergrund. Gefängnisinsass\*innen wollen wir den Zugang zum Internet ermöglichen und Maßnahmen wie "Arbeit statt Strafe" ausbauen.
- Der Berliner Verfassungsschutz ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen Teile der Aufgaben an andere Behörden oder Einrichtungen übertragen und das System der V-Leute abschaffen. Der beste Schutz für unser Grundgesetz ist eine lebendige und couragierte Zivilgesellschaft.
- Auch in Berlin steigt die Bedrohung durch Rechtsextreme und radikale Islamisten. Egal in wessen Namen: Bei uns haben Gewalt und Menschenfeindlichkeit keinen Platz. Zivilcourage und politische Bildung, Prävention, eine weltoffene Großstadtpolizei und moderne Sicherheitskonzepte sind dabei die wesentlichen Säulen. Die Arbeit der vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen schätzen und fördern wir.

- Neue Wege werden wir in der Drogenpolitik gehen. Gerade für junge Menschen müssen wir die Drogenprävention stärken. Aber die strafrechtliche Verfolgung des Cannabis-Konsums halten wir für falsch und faktisch gescheitert. Wir wollen soweit in Berlin rechtlich möglich eine Legalisierung des Cannabis-Konsums für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt austrocknen stärken wir gleichzeitig den Jugend- und Gesundheitsschutz.
- 141 4.5. Berlin digital
- 142 Digitalisierung Netzpolitik Datenschutz
- Berlin und der digitale Aufbruch waren bisher eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen: mit einer öffentlichen Verwaltung, die noch immer auf Windows XP angewiesen ist, und einer Stadt, der seit bald zehn Jahren öffentliches W-LAN versprochen, aber nicht eingeführt wird. Dabei lebt Berlin am digitalen Puls, viele Startups entstehen in unserer Stadt, Gründer\*innen treiben die Digitalisierung unserer privaten Kommunikation und Arbeitswelt
- Gründer\*innen treiben die Digitalisierung unserer privaten Kommunikation und Arbeitswelt voran.
- Digitale Chancen nutzen heißt, in Berlin das Thema digitaler Wandel anzugehen. Die
  Veränderungen, die damit verbunden sind, sind in ihrem Ausmaß aktuell kaum abschätzbar,
  weder für die Wirtschaft, die Bildungslandschaft, noch für unsere Demokratie. Wir wollen die
  digitale Zukunft unserer Stadt langfristig gestalten, statt auf kurzfristige Trends
  aufzuspringen. Wir schaffen eine Koordinierungsstelle im Senat, die den digitalen Aufbruch
  politisch steuert und die einsamen Pilotprojekte der einzelnen Senatsverwaltungen
  zusammenführt, vernetzt und massiv ausbaut. Und wir stärken gezielt
  Wissenschaftseinrichtungen, die themenübergreifend den digitalen Wandel erforschen.Wir
  wollen ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen
  und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken oder Museen. Dafür werden wir
  mit bestehenden Initiativen verstärkt zusammenarbeiten, auch um ihre Erfahrungen zu nutzen.
- Berlin braucht schnell eine IT-Strategie für die Verwaltung mit vorausschauender Planung und einem zentral koordinierten Controlling. Grundlage muss zukünftig Open-Source-Software sein sie schafft Unabhängigkeit, Sicherheit und eine größere Flexibilität. Der digitale Aufbruch in der Berliner Verwaltung ist eine Mammutaufgabe, er ist aber zentral, um das bisherige Chaos zu überwinden und wieder mehr Service, Effektivität und Transparenz zu erreichen.
- Die Vermittlung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien ist wichtig, um an einer digitalisierten Welt teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der technologischen Entwicklung umfassender in Schulen vermitteln und Fähigkeiten wie Programmieren unterrichten. Gewalt wie Hate Speech und Mobbing im Internet akzeptieren wir nicht. Bilder von sexuellem Missbrauch an Kindern über das Internet zu verbreiten ist eine Straftat, die wir verfolgen werden. Wir wollen die Staatsanwaltschaften stärken und fortbilden und ein stärkeres Bewusstsein für diese Themen schaffen.
- Selbstbestimmung hängt auch vom Umgang mit unseren Daten ab. Datenschutz ist wichtiger denn je. Wir wollen jede und jeden Einzelnen vor Missbrauch schützen. Daher werden wir die Datenschutzaufsicht in Berlin personell aufstocken. Verwaltung und Unternehmen müssen stärker sensibilisiert werden. Gerade für die Sicherheitsbehörden muss gelten: Nicht alles was technisch möglich ist, darf auch umgesetzt werden. Wir lehnen anlasslose Speicherorgien wie bei der Vorratsdatenspeicherung und der Funkzellenabfrage ab und wollen die Videoüberwachung öffentlicher Räume nicht ausweiten. Mit uns bleibt Berlin die Stadt der Freiheit.

### Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin, 16. April 2016

P1 Projekt 1: Mitreden und mitmachen: Stadtvertrag Beteiligung und zentrale Vorhabenplattform

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

veröffentlicht werden.

Mitreden und mitmachen: Stadtvertrag Beteiligung und zentrale Vorhabenplattform

Die Berliner\*innen haben ein Recht darauf, die Veränderungen in der wachsenden Stadt mitzugestalten und ihre Vorschläge ebenso wie ihre Bedenken in den Entscheidungsprozess einzubringen. Anderswo gibt es gute Erfahrungen mit einem Stadtvertrag, der mehr Beteiligung ermöglicht. Wir verwirklichen einen solchen Stadtvertrag auch in Berlin: Auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz sollen alle großen öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben von Land und Bezirken veröffentlicht werden, einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung. In den Bezirken und Senatsverwaltungen benennen wir Beteiligungsbeauftragte, die alle konsultativen Verfahren begleiten, die Verwaltung beraten sowie als Ansprechpartner\*innen für die Bevölkerung dienen. Auf Regierungsebene wollen wir eine\*n Staatssekretär\*in für die Koordination und den Ausbau von Beteiligung berufen. Wir stehen für eine Stadtentwicklungspolitik von unten, die sich am Gemeinwohl orientiert, die Rolle der Bürger\*innen und Bezirke gegenüber dem Land und privaten Investor\*innen stärkt und auch die leisen Stimmen anhört. Bürger\*innenentscheide auf Bezirksebene machen wir durch eine 14 Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes verbindlich. Das Netz der Kiez- und Stadtteilzentren als Orte niedrigschwelliger Beteiligung bauen wir aus. Außerdem machen wir die Digitalisierung für die Demokratie nutzbar. Berlin soll eine Stadt des modernen E-Government werden, in der alle nicht personenbezogenen Verwaltungsdaten in offenen Formaten

P2 Projekt 2: Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

künftig auch in leichter Sprache vorliegen.

Mitentscheiden dürfen: Direkte Demokratie besser machen und kommunales Wahlrecht einführen

Direkte Demokratie ist ein wichtiges Korrektiv der parlamentarischen Demokratie. Das zeigte sich zuletzt bei den erfolgreichen Volksentscheiden zum Tempelhofer Feld und den Berliner Wasserbetrieben sowie dem Beinahe-Erfolg bei der Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung. Wir wollen daran anknüpfen und die direkte Demokratie weiter stärken, indem wir Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen ziehen. Wir senken die Quoren und orientieren uns dabei an dem, was in Bayern, Hessen und Hamburg bereits erfolgreich praktiziert wird. Volksentscheide sollen auf Wunsch der Initiator\*innen innerhalb bestimmter 8 Fristen gemeinsam mit allgemeinen Wahlen oder anderen Entscheiden stattfinden. Für den Fall, dass das Abgeordnetenhaus Volksgesetze wieder ändert, führen wir ein sogenanntes Einspruchsreferendum ein und geben den Berliner\*innen dadurch die Möglichkeit, erneut darüber abzustimmen. Das Abstimmungsrecht wollen wir auf Berlinerinnen und Berliner mit oder ohne deutschen Pass erweitern, die mindestens 16 Jahre alt und mit alleiniger Wohnung oder Hauptwohnung im Berliner Melderegister verzeichnet sind. Außerdem setzen wir uns für das Wahlalter 16 und als ersten Schritt für das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger\*innen ein. Um das Zusammenwirken von repräsentativer und direkter Demokratie zu verbessern, ermöglichen wir es Initiator\*innen eines Volksbegehrens, nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Stufe in den zuständigen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses angehört zu werden und im Anschluss daran das Begehren nachzubessern, wobei sein ursprünglicher Kern erhalten bleiben muss. Die Gründe für die Ungültigkeit von Unterschriften müssen den Initiator\*innen erklärt werden. Schließlich sorgen wir dafür, dass die Abstimmungsunterlagen

P3 Projekt 3: Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz

- Öffentliche Entscheidungen gehören veröffentlicht: Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz
- 3 Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und
- 4 Verwaltungshandeln sind Voraussetzung für die Verständlichkeit politischen Handelns, das
- 5 Vertrauen in demokratische Strukturen und effektive Mitbestimmung. Bislang ist es schwer für
- 6 Bürger\*innen, die für sie relevanten Informationen zu bekommen. Mit unserem Transparenz- und
- 7 Informationsfreiheitsgesetz führen wir eine weitgehende Veröffentlichungspflicht der
- 8 Verwaltung ein und ergänzen so das Recht auf Akteneinsicht. Die Auskunft auf Antrag bleibt
- aber möglich, gerade für die Informationen, die nicht veröffentlicht werden müssen. Die
- 10 Veröffentlichungspflicht soll für Behörden gelten, aber auch für Landesbetriebe und private
- 11 Unternehmen, an denen das Land maßgeblich beteiligt ist. Das gilt insbesondere für alle
- 12 Verträge, an denen ein öffentliches Interesse besteht vor allem Privatisierungsverträge –
- sowie Gutachten und Studien, die beispielsweise der Vorbereitung behördlicher Entscheidungen
- dienen. Dabei achten wir darauf, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie der
- Entscheidungsprozess von Regierung und Verwaltung soweit wie nötig geschützt und der
- Datenschutz gewahrt werden. Der Zugang zu den Informationen soll frei und anonym und die
- Nutzung und Weiterverarbeitung kostenlos möglich sein. Die Berliner Datenschutzbeauftragte
- wird als Beauftragte für Datenschutz, Transparenz und Informationsfreiheit in Zukunft auch
- iber die Einhaltung dieses Gesetzes wachen.

P4 Projekt 4: Offene Türen für Helfer\*innen: Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Offene Türen für Helfer\*innen: Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement fördern

Das ehrenamtliche Engagement der Berliner\*innen für die Geflüchteten ist zu einer tragenden Säule der Berliner Willkommenskultur geworden. Gleichwohl stehen die Helfer\*innen mit ihren Angeboten immer wieder vor verschlossenen Türen. Wir sorgen für die Anerkennung und Einbindung der Freiwilligen und verbessern die Rahmenbedingungen für ihr Engagement. Im neuen Landesamt für Flucht und Migration schaffen wir eine Ombudsperson als "Türöffner" für die Ehrenamtlichen. Bei der Auswahl der Träger von Unterkünften verankern wir Standards und Regelungen zur Zusammenarbeit mit Ehrenamtler\*innen in den Verträgen. Gleichzeitig wissen 8 wir: Für funktionierendes Verwaltungshandeln und professionelle Sozialarbeit ist der Staat zuständig; das kann zivilgesellschaftliches Engagement nicht dauerhaft ersetzen. Unser Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und freiwillig Engagierten auf eine neue Grundlage zu stellen. Die bezirklichen Freiwilligenagenturen und die Nachbarschaftsheime versetzen wir in die Lage, Flüchtlingshelfer\*innen gezielt zu unterstützen. Dazu gehören insbesondere dezentrale Supervisions- und Coaching-Angebote, die den Freiwilligen helfen, ihre Erlebnisse zu verarbeiten und sie befähigen, mit ihren Ressourcen schonend umzugehen. Die aktuelle Situation hat grundsätzliche Mängel der Berliner Ehrenamtsförderung sichtbar gemacht. Wir wollen daher für alle Bezirke Ehrenamtsbeauftragte; denn Engagement ist zumeist wohnortnah und sozialräumlich.

P5 Projekt 5: Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten

- Verdrängung aus dem vertrauten Umfeld verhindern: Bezahlbare Mieten
- 2 Wir tun alles um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Wohnumfeld wegziehen
- müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Die noch vorhandenen
- 4 Sozialwohnungen halten wir endlich wieder für Mieter\*innen mit kleinen Einkommen vor. Dazu
- senken wir die überhöhten Kostenmieten im "alten" sozialen Wohnungsbau und führen für diese
- 6 Wohnungen eine soziale Richtsatzmiete ein, die spürbar unter der ortsüblichen
- 7 Vergleichsmiete liegt. Bei neuen Sozialwohnungen sorgen wir für dauerhafte Preis- und
- 8 Belegungsbindungen, indem wir beispielsweise eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen.
- Um Mieter\*innen besser vor Umwandlung und Luxussanierung zu schützen, weiten wir
- 10 Stadtgebiete mit einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) deutlich aus.
- Außerdem schaffen wir einen Ankauffonds für die Bezirke, um das in diesen Gebieten gültige
- 12 Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand auch nutzen zu können etwa zugunsten städtischer
- Gesellschaften oder sozialer Träger. Die Zweckentfremdung von Wohnraum und den spekulativen
- Leerstand begrenzen wir mit strengeren Vorgaben und einer effektiveren Wohnungs- und
- Bauaufsicht. Aber auch auf der Bundesebene muss Berlin sich stärker für ein sozialeres
- Mietrecht einsetzen. Dazu gehören weniger Ausnahmen bei der Mietpreisbremse, niedrigere
- Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und die Berücksichtigung aller Mieten im Mietspiegel.
- Auch treten wir dafür ein, die Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und
- 19 die bewährten Mietobergrenzen in Milieuschutz- und Sanierungsgebieten wieder einzuführen.

P6 Projekt 6: Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und keine Ware. Unser Ziel ist es, die Spekulation mit

Wohnraum einzudämmen und die private Immobilienwirtschaft stärker an der Finanzierung einer

sozial gerechten Stadtentwicklung zu beteiligen. Eine Möglichkeit sehen wir in einer

Staffelung der Höhe der Grunderwerbsteuer, die beim Kauf von Wohnungen und Grundstücken

anfällt. Wir wollen diese Steuer gemäß dem Zweck des Erwerbs unterschiedlich ausgestalten.

Wenn es um den Einzelerwerb weniger Wohnungen oder Häuser geht, bleibt es bei der derzeit

gültigen Höhe von sechs Prozent des Kaufpreises. Auch für Gesellschaften mit öffentlichen

Zwecken, insbesondere für kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere

10 gemeinwohlorientierte Akteur\*innen, bleibt es bei diesem Steuersatz. Bei primär

gewinnorientierten Käufen größerer Grundstücke, Immobilien und Wohnungsbestände etwa durch

2 Großinvestoren und Fondsgesellschaften dagegen wollen wir künftig einen abhängig vom

13 Immobilienwert gestaffelten Steuersatz über sechs Prozent erheben. Damit bremsen wir

14 Immobilienspekulationen und stärken die nicht-profitorientierte Wohnungswirtschaft, da Fonds

und Konzerne einen bedeutenden Teil ihres Gewinns aus dem Immobilienhandel erwirtschaften.

Besonders wichtig ist, der Praxis der sogenannten "Share Deals" einen Riegel vorzuschieben.

Denn bislang können Großinvestoren mit solchen Deals Grunderwerbsteuer in Millionenhöhe

sparen, während Immobilienkäufe von Familien und Einzeleigentümer\*innen immer

steuerpflichtig sind. Das muss aber auf Bundesebene geregelt werden.

### Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin, 16. April 2016

P7 Projekt 7: Energetische Sanierung sozial: Förderprogramm Heizkostenbremse

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Energetische Sanierung sozial: Förderprogramm Heizkostenbremse

- Die Hälfte der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen entsteht in Berlin im Gebäudebereich.
- Wenn fossile Energien knapper werden, steigen außerdem die Heizkosten. Wir wollen eine
- 4 energetische Sanierung, von der Mieter\*innen rasch profitieren und die nicht zu sozialer
- Verdrängung führt. Unser "Förderprogramm Heizkostenbremse" fördert deshalb die
- Energiesparmaßnahmen, die sich schnell bezahlt machen, zum Beispiel das Abwracken der
- 7 Ölheizung, wenn gleichzeitig die Heizungsanlage effizient eingestellt wird (hydraulischer
- 8 Abgleich). Eine wirklich warmmietenneutrale Sanierung wollen wir besser belohnen. Unser
- Programm verbindet Klimaschutzmittel des Bundes mit einer vergünstigten Finanzierung durch
- die Investitionsbank Berlin. Das bringt Fördermittel nach Berlin, die bei lokalen
- Handwerker\*innen und Betrieben investiert werden. Aber auch die vielen ökologisch
- eingestellten Besitzer\*innen von Einfamilienhäusern in den Außenbezirken wollen wir bei der
- energetischen Modernisierung stärker unterstützen und insbesondere die Verwendung
- ökologischer Baustoffe fördern. Das Plusenergiehaus machen wir im Neubau zum Standard und
- den Energienachweis wieder zum regulären Teil des Bauantragsverfahrens. Wir sorgen dafür,
- dass Klimaschutzvorschriften künftig auch eingehalten werden. Die Möglichkeit, Vorgaben für
  - rerneuerbare Wärmeenergie zu machen, sollte Berlin nutzen, um für alle Gebäude einen
- Sanierungsfahrplan zu erstellen, wie es die Enquete-Kommission "Neue Energie für Berlin" im
- 19 Abgeordnetenhaus einvernehmlich empfohlen hat.

P8 Projekt 8: Verantwortlich mit Geld umgehen statt verschwenden: Grüne Investitionsoffensive

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Verantwortlich mit Geld umgehen statt verschwenden: Grüne Investitionsoffensive

Der Senat hat die Infrastruktur jahrelang verkommen lassen – mit der Konsequenz, dass überfällige Sanierungen jetzt umso teurer werden. Wir werden mit dem Geld der Steuerzahler\*innen sorgsam umgehen und es dort investieren, wo wir es am dringendsten brauchen: Wir werden den öffentlichen Gebäudebestand gründlich sanieren. Wir brauchen neue Kitas und Schulen und müssen allein in den nächsten fünf Jahren bezahlbaren Wohnraum für bis zu 300.000 Menschen schaffen. Das Klimastadtwerk bekommt genug Eigenkapital, um Verwaltungsund Wohngebäude mit Blockheizkraftwerken und Solaranlagen auszustatten. Die im Landeshaushalt verstreuten Mittel für Elektromobilität bündeln wir, um die Attraktivität von BVG, S-Bahn und Radverkehr deutlich zu erhöhen. Wir tun deutlich mehr für den Radverkehr und beginnen damit, die gefährlichsten Kreuzungen umzugestalten. Das Radwegenetz bauen wir aus und ermöglichen auf speziellen Radrouten schnelles und sicheres Fahren quer durch die Stadt. Und wir bauen Fahrradparkhäuser an allen Verkehrsknotenpunkten. Um die steigenden Fahrgastzahlen zu bewältigen, erneuern wir bis 2025 den Wagenpark der U-Bahn komplett, 14 setzen kontinuierlich zusätzliche Busse ein und bauen neue Straßenbahnlinien – angefangen mit der Verlängerung der M10. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode sollen endlich

alle U-Bahnhöfe mit Aufzügen ausgestattet sein. Um wieder in der Spree baden zu können, brauchen wir leistungsfähigere Klärwerke. Schließlich wollen wir 1.000 grüne Dächer für

Berlin, mehr Straßenbäume, grüne Innenhöfe fördern und 200 neue Trinkwasserbrunnen bauen.

P9 Projekt 9: Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben: Landesvermögen schützen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Nachhaltige Haushaltspolitik betreiben: Landesvermögen schützen

Ab 2020 gilt die Schuldenbremse. Es ist gut, wenn sich die Haushaltpolitik in Zukunft an den Grundwerten von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit orientiert. Wir wollen aber sicherstellen, dass nach dem Inkrafttreten der Schuldenbremse der Haushalt nicht auf Kosten der öffentlichen Unternehmen und Gebäude entlastet wird. Denn seit der Wiedervereinigung wurde ein Sanierungsstau im Gebäudebestand von 12 Milliarden Euro zugelassen. Obendrein wurde unter wechselnden Regierungen aus SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert von circa 16,5 Milliarden Euro privatisiert und verbraucht. Dieser Plünderung des öffentlichen 8 Eigentums wollen wir in Zukunft einen Riegel vorschieben. Wir schlagen eine Änderung der Berliner Landesverfassung vor, die Berlins Vermögenswerte und die Instandhaltung der Infrastruktur umfassend sichert, der Überforderung der Landesunternehmen entgegenwirkt und als Privatisierungsbremse wirkt: "Das Grundstockvermögen des Landes darf in seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Bestandteile des Grundstockvermögens dürfen nur aufgrund eines Gesetzes erworben oder veräußert werden. Erlöse sind zum Erhalt 14 und Aufbau dieses Vermögens zu verwenden. Wertminderungen sind aus dem Haushalt auszugleichen. In außergewöhnlichen Notsituationen, die die Finanzlage des Landes erheblich beeinträchtigen, kann durch Beschluss der Mehrheit der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Satz 3 und 4 abgewichen werden. Das Nähere bestimmt ein Gesetz."

P10 Projekt 10: Damit sich Leistung wieder lohnt: In die Bezirke investieren

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Damit sich Leistung wieder lohnt: In die Bezirke investieren

Berlin wächst, doch die Bezirke sind dafür nicht gerüstet. Nach 15 Jahren "Sparen bis es quietscht" mangelt es an allen Ecken, Personal und Finanzmittel fehlen. Das Ergebnis bekommen die Berliner\*innen zu spüren: monatelange Terminsuche in den Bürgerämtern und marode Schulgebäude. Dafür ist auch das komplexe und intransparente Finanzierungssystem für die Bezirke verantwortlich. Dieses System setzt die Bezirke einem ruinösen Wettbewerb untereinander aus und bestraft Oualität: Der Bezirk, der viele Schüler\*innen in einem maroden Gebäude unterbringt, wird finanziell belohnt, während der Bezirk, der genügend Raum pro Schüler\*in in gepflegten Schulen bereitstellt, dafür finanzielle Einbußen hinnehmen muss. Wir stellen dieses Finanzierungssystem vom Kopf auf die Füße und ersetzen es durch ein Modell, das Anreize schafft für Leistung und Qualität. Für die Sanierung und den Bau von Schulen und Kitas, Spiel- und Sportplätzen, Straßen und Radwegen erhöhen wir die bezirklichen Investitionsmittel massiv. Wir verzichten künftig auf die zahlreichen und hoch bürokratischen Sonderprogramme und stecken diese Gelder direkt in die Bezirkshaushalte. 14 Unser Ziel ist ein Finanzierungsmodell, das es den Bezirken ermöglicht, ihren gesetzlichen Aufgaben wieder uneingeschränkt nachzukommen, das eine Planung auf lange Sicht sowie eine nachhaltige Personalentwicklung erlaubt, und das darüber hinaus Gestaltungsspielräume und politische Schwerpunktsetzungen zulässt. Denn erst zwölf starke Bezirke machen zusammen ein starkes Berlin!

P11 Projekt 11: Für motivierte Mitarbeiter\*innen und zufriedene Kund\*innen: Verwaltung fit

machen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Für motivierte Mitarbeiter\*innen und zufriedene Kund\*innen: Verwaltung fit machen

Berlins Verwaltung ist in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe

Krankenstand. Kein Wunder, wenn der Senat Stellen streicht trotz wachsender Bevölkerung und

die Personalführung bremst statt motiviert und Potentiale nicht nutzt. Wir wollen den

5 öffentlichen Dienst attraktiver und leistungsfähiger machen. Davon profitieren die

6 Mitarbeiter\*innen ebenso wie die Bürger\*innen der Stadt. Den öffentlichen Dienst machen wir

zu einem Modellprojekt für betriebliches Gesundheitsmanagement und wertschätzende

Personalführung. Dafür richten wir eine anonyme telefonische Beratung ein, die auch

Empfehlungen erarbeitet. Führungskräfte bilden wir fort und bieten ihnen Supervision an.

Jede Verwaltung bekommt einen Etat für Gesundheitsangebote. Arbeitsplatzwechsel und

Entlastungen werden bei Bedarf kurzfristig ermöglicht. Einstellungsverfahren in den

öffentlichen Dienst vereinfachen wir, so dass eine durchschnittliche Stellenbesetzung

weniger als 100 Tage dauert und damit halb so lang wie heute. Dafür bauen wir E-Recruiting

aus. Beteiligungsverfahren sollen zeitgleich und nicht nacheinander stattfinden. Wir führen

Musterausschreibungen für identische Aufgabenbereiche ein, die nach einer Musterzustimmung

durch den Hauptpersonalrat keine Einzelzustimmung mehr benötigen. Stellenbesetzungen mit

Befristungen von bis zu 24 Monaten sollen mit deutlich eingeschränkten Anforderungen an die

Auswahl- und Beteiligungsrechte ermöglicht werden. Das geht nur, wenn gleichzeitig klar ist,

dass flexible Personalmittel kein Ersatz für notwendige Planstellen sind.

# Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Berlin, 16. April 2016

P12 Projekt 12: Schneller, transparenter und serviceorientiert: Digitale Verwaltung vorantreiben

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Schneller, transparenter und serviceorientiert: Digitale Verwaltung vorantreiben

2 Wir treiben die Digitalisierung der Verwaltung voran – für mehr Service, höhere Transparenz

und schnellere Bearbeitungszeiten. Auf Basis von einheitlichen Arbeitsprozessen führen wir

die elektronische Aktenführung (eAkte) verbindlich ein. Dabei machen wir den Einsatz von

offener und freier Software sowie ressourcenschonender Informationstechnik (Green IT) bei

hoher IT-Sicherheit zum Standard. Die Bürger\*innen können dann verschlüsselt mit allen

7 Berliner Behörden kommunizieren. Wie beim Onlinebanking sollen Verwaltungsverfahren komplett

8 online möglich sein. Dazu richten wir ein Bürgerservicekonto nach dem Vorbild des

9 Einheitlichen Ansprechpartners ein. Damit das alles klappt, braucht es einen CIO (Chief-

Information-Officer), der mit einem starken Lenkungsgremium die Zusammenarbeit zwischen

Senat und Bezirken steuert. Als Grundlage verabschieden wir ein Berliner E-Government-

Gesetz, das klare Regeln für die IT-Kompetenzen enthält. Die Mitarbeiter\*innen der

13 Verwaltung wollen wir mit ihren Erfahrungen und Ideen bei der IT-Planung beteiligen. Ihnen

wird zukünftig mit einem modernen Arbeitsplatz das "Handwerkszeug" für guten Service

bereitgestellt. So steigern wir die Wettbewerbsfähigkeit Berlins und sorgen für zufriedene

6 Kund\*innen.

# P13 Projekt 13: Gemeinsam gegen Armut

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Gemeinsam gegen Armut

Mehr als 700.000 Menschen leben in Berlin unterhalb der Armutsrisikogrenze. Sie treffen die steigenden Kosten für Wohnraum, Nahverkehr und Freizeitangebote besonders hart. Sie profitieren nicht von der wachsenden Stadt und auch die wirtschaftliche Dynamik geht an ihnen vorbei. Besonders schlimm ist die hohe Kinderarmut in Berlin. Jedes vierte Kind wächst in Berlin unterhalb der Armutsgrenze auf, oft verbunden mit geringeren Bildungschancen. Immer öfter melden sich sogar wohnungslose Familien mit Kindern bei der Wohnungslosenhilfe. Wir nehmen das nicht länger hin. Der Kampf gegen Armut muss endlich zur gemeinsamen Aufgabe aller Behörden und Ressorts werden. Uns ist dabei die Prävention von Armut besonders wichtig. Gegen Kinderarmut schlagen wir ein Netzwerk vor, in dem Behörden mit Jobcentern und Freien Trägern zusammenarbeiten, um arme oder von Armut bedrohte Familien frühzeitig und wirkungsvoll zu unterstützen. Außerdem starten wir eine Bildungsoffensive für junge Menschen mit hohem Förderbedarf. Dazu gehören spezielle Förderinstrumente in Schule und Ausbildung wie Praxislerngruppen und mehr Produktives Lernen. Die Arbeit von Bundesagentur und 14 Jobcentern hat sich in den letzten Jahren viel zu stark auf die Vermittlung von aussichtsreichen Kandidat\*innen in den ersten Arbeitsmarkt konzentriert. Wir bauen in der nächsten Legislatur Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose aus: Sie brauchen Zugang zu aktivierender und qualifizierender Förderung.

P14 Projekt 14: Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern

- Weil alle ein Recht auf die eigenen vier Wände haben: Wohnungslosigkeit verhindern
- Bis zu 15.000 Menschen sind in Berlin wohnungslos Tendenz steigend. Damit nicht noch mehr
- Menschen ihre Wohnung verlieren, sorgen wir dafür, dass die Kosten für Unterkunft und
- 4 Heizung bei Transferleistungsbezieher\*innen künftig in ihrer tatsächlichen Höhe übernommen
- werden. Mieter\*innen, die von Räumung bedroht sind, brauchen aufsuchende Hilfe und
- frühzeitige Beratung durch soziale Träger und Sozialämter. Die landeseigenen
- 7 Wohnungsbaugesellschaften sehen wir als wichtige Partner zur Vermeidung von Räumungen und
- 8 bei der Schaffung von sozialem Wohnraum. Wir versetzen sie in die Lage, mehr Wohnungen im
- 9 Rahmen des geschützten Marktsegments bereitzustellen. Die Einrichtungen der
- Wohnungslosenhilfe brauchen mehr sozialpädagogische Fachberatung, auch damit die Vermittlung
- von weiteren Hilfsangeboten wie z.B. der Suchthilfe funktioniert. Dringend erforderlich sind
- außerdem spezielle Ängebote in der Wohnungslosenhilfe für Frauen und Familien mit Kindern.
- Um mehr Möglichkeiten für vorübergehende Unterbringung zu schaffen, wollen wir mit den
- 14 Trägern aus der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Stadtteilunterkünfte
- für Geflüchtete und andere Gruppen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum errichten.
- Damit die Wohlfahrtsverbände investieren, bieten wir ihnen eine mehrjährige
- 17 Belegungsgarantie an. Ziel bleibt der Umzug in die eigene Wohnung. Die Unterkünfte sollen
- über die Stadt verteilt entstehen und an die etablierten Stadtteilzentren angebunden sein,
- um einen guten Kontakt zu den Anwohner\*innen und Initiativen vor Ort herzustellen.

P15 Projekt 15: Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete

Stellen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag: Mindesthonorare und mehr unbefristete Stellen

Die berufliche Existenz zahlreicher Künstler\*innen und Kreativer ist prekär. Gleiches gilt

für einen Großteil des wissenschaftlichen Nachwuchses und für viele Beschäftige in der

Bildungs- und Kulturarbeit. Schlechte Bezahlung, Lohndumping, Zeit- oder Honorarverträge

sind an der Tagesordnung. Würde künstlerische Arbeit nach geleisteten Stunden abgerechnet,

wäre schnell klar: Mehr als die Hälfte der freischaffenden Künstler\*innen in Berlin arbeitet

praktisch im Niedriglohnsektor. Sehr oft handelt es sich dabei um prekäre Arbeit im

8 öffentlichen Auftrag. Das wollen wir nicht länger hinnehmen und führen deshalb ein

9 Mindesthonorar ein – eine Art Mindestlohn für die freie Kunst- und Kreativszene.

Hochschulen, Unis und Forschungseinrichtungen gehören zu Berlins größten Arbeitgeber\*innen.

Schlechte Bezahlung und unsichere Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung sind hier

besonders beim wissenschaftlichen Nachwuchs die Regel. Wir schaffen mehr unbefristete

Stellen in Forschung und Lehre, nicht nur für Professor\*innen. In den Bezirken wird der

Betrieb in den Musik- und Volkshochschulen hauptsächlich durch Honorarkräfte

15 aufrechterhalten. Im Vergleich zu den Festangestellten ist ihr Verdienst gering, für

Krankheit und Alter kann keine Vorsorge getroffen werden. Das wollen wir ändern. Die

Honorarkräfte sollen Tarifverträge erhalten, die den Tarifverträgen für feste freie

Mitarbeiter\*innen in den Rundfunkanstalten entsprechen – damit auch die Kultur- und

Weiterbildungseinrichtungen vor Ort weiterhin ein bedarfsgerechtes, attraktives Angebot und

zukunftsfähige Arbeitsplätze bieten.

P16 Projekt 16: Für eine Willkommenskultur von Anfang an: Grünes Landesamt für Migration und

Flucht

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Bürgerämtern angesiedelt werden.

Für eine Willkommenskultur von Anfang an: Grünes Landesamt für Migration und Flucht

Wir schaffen eine Willkommensbehörde, die Berlin als Einwanderungsstadt für die Zukunft gut aufstellt. Dafür bündeln wir alle nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und Unterbringung bis zur Integration – in einem neuen Landesamt für Migration und Flucht. Die Pläne des Senats für ein Landesamt sind viel zu klein gedacht. Mit dem grünen Landesamt gewährleisten wir, dass ausländerrechtliche Regelungen in Zukunft möglichst Integration erleichtern anstatt zu erschweren und dass Spielräume zugunsten der Betroffenen genutzt werden. Die Ausländerbehörde soll nicht länger ein Angstraum für Menschen sein, die hier vorsprechen, sondern kundenfreundlich beraten. Wer wegen ausländerrechtlicher Vorgänge dorthin kommt, bekommt künftig auch Beratung, Hilfen bei der Anerkennung von Qualifikationen und Informationen über Bildungsmöglichkeiten. Außerdem wird das Landesamt vor allem für genug qualitativ gute Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte sorgen müssen. Dazu braucht es eine transparente Auswahl und vertragliche Absicherung der Betreiber\*innen, ihre rechtzeitige Bezahlung, aber auch regelmäßige Qualitätskontrollen. Jeder Bezirk braucht darüber hinaus als erste Anlaufstelle für Geflüchtete und neu eingewanderte Menschen ein Willkommenszentrum. Es dient der Erstorientierung, gibt einen Überblick über die im Bezirk angebotenen Leistungen und bietet

diese, soweit möglich, auch direkt vor Ort an. Solche Zentren können z. B. in den

P17 Projekt 17: Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Ankommen in einem neuen Zuhause: Wohnen für Geflüchtete

- Angesichts der desaströsen Bedingungen in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen wir so
- rasch wie möglich bessere Unterkünfte für Geflüchtete. Wir wollen keine seelenlosen Einweg-
- 4 Bauten aus Beton, sondern setzen auf Holzfertighäuser. Diese Holzmodulbauten können
- 5 nachträglich zu Wohnungen umgebaut, erweitert oder aufgestockt werden, sie sind schneller
- 6 und darüber hinaus kostengünstiger zu bauen. Holzhäuser sind außerdem ökologisch und
- 7 nachhaltig und gut geeignet für dezentrale Unterkünfte überall in der Stadt. Außerdem
- schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass auch in Berlin leerstehende
- Gewerbeimmobilien für die Unterbringung von Geflüchteten beschlagnahmt und umgebaut werden
- können. So schaffen wir es, die Turnhallen so rasch wie möglich wieder für den Sport zur
- 11 Verfügung zu stellen. Wir sehen die Unterbringung von Geflüchteten auch als Chance, um
- planerische Gewohnheiten zu hinterfragen und Innovationen zu fördern. Dazu zählen neue
- Wohnformen wie Sharing-Modelle und flexible Strukturen mit zuschaltbaren Flächen. Da diese
- Gebäude so flexibel sind, können sich auch die zukünftigen Bewohner\*innen am Planungsprozess
- beteiligen. Bis die neuen Gebäude stehen, müssen aber auch in Notunterkünften
- Mindeststandards gelten, wie insbesondere der Schutz vor jeder Form von Gewalt,
- Rückzugsmöglichkeiten für schwangere und stillende Frauen, Spielflächen und
- Betreuungsangebote für Kinder sowie Sozial- und Konfliktberatung. Familien sollen nicht
- 19 länger als drei bis höchstens sechs Monate in Notunterkünften bleiben müssen.

P18 Projekt 18: So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

So rasch wie möglich in den Schulen ankommen: Integration in Bildung

Wir sorgen dafür, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche so rasch wie möglich im Berliner Bildungssystem ankommen. Berlinweit schaffen wir mobile Kitas als aufsuchende Hilfe, die in die Wohnheime gehen und Familien möglichst rasch mit unseren Kitas und Schulen vertraut machen. Wir errichten in allen Bezirken weitere Willkommensklassen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die geflüchteten Kinder so rasch wie möglich am gemeinsamen Regelunterricht teilnehmen. Solange ihre Sprachkenntnisse dafür noch nicht ausreichen, bieten sich gemeinsame Zeiten im Musik-, Kunst- und Sportunterricht sowie beim Mittagessen an. Den 8 Schulen ermöglichen wir gesetzlich, Plätze in den Regelklassen für geflüchtete Kinder freizuhalten. Das geht nur mit einem ehrgeizigen Schulneubauprogramm, so wie wir es bereits vorgelegt haben. Wir führen ein Bonusprogramm für Schulen mit Willkommensklassen ein. Dieses Budget kann z. B. für Lerntherapeut\*innen mit dem Schwerpunkt Deutsch als Fremdsprache, Fortbildungsangebote für Lehrkräfte bei der Sprachförderung oder die Anschaffung zusätzlicher Sachmittel zur Förderung der Integration eingesetzt werden. In den Verträgen 14 mit den Trägern von Unterkünften schreiben wir fest, dass es Sozialarbeiter\*innen gibt, die die Eltern beim Kontakt zu Schulen, Schulaufsicht bzw. bezirklichen Koordinierungsstellen unterstützen und dafür sorgen, dass die Kinder so rasch wie möglich in den Schulen ankommen. Mit den Hochschulen vereinbaren wir, dass es auch Studienplätze für Geflüchtete gibt.

P19 Projekt 19: Für die Integration in den Arbeitsmarkt: Kompetenzzentrum und Ausbildungsinitiative

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Unterkünfte und Einrichtungen.

Für die Integration in den Arbeitsmarkt: Kompetenzzentrum und Ausbildungsinitiative

Die Teilhabe Geflüchteter am Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für eine dauerhafte Integration. Dafür erkennen wir ausländische Abschlüsse so rasch und unbürokratisch wie möglich an. Viele der geflüchteten Menschen haben zwar in der Heimat gearbeitet, haben aber keine formalen Ausbildungen durchlaufen. Dennoch sollen sie nicht bei Null anfangen müssen. Wir wollen auch ihre nicht formalen Kompetenzen frühzeitig herausfinden und anerkennen. Das kann in Kooperation mit den Kammern in einem Kompetenzzentrum geschehen. Außerdem bauen wir Integrationsteams in den Jobcentern auf, die sowohl berufs- und ausbildungsfördernde wie 8 auch -begleitende Förderungen anbieten können. Berliner Unternehmen, die Praktika und Qualifizierungsangebote bereitstellen, unterstützen wir mit einem Landesförderprogramm. Für geflüchtete Jugendliche starten wir zusammen mit IHK, HWK, Gewerkschaften, Oberstufenzentren, außer- und überbetrieblichen Ausbildungsträgern, der Agentur für Arbeit und Bezirken eine Ausbildungsinitiative. Unser Ziel ist es, dass die jungen Menschen berufsqualifizierende Abschlüsse erwerben. Dafür richten wir ein Mentor\*innen-Programm für die Azubis mit einer berufsbezogenen Sprachförderung und eine Begleitung für die ausbildenden Betriebe ein. Die Ausländerbehörde wird angewiesen, jungen Menschen ein Bleiberecht mindestens bis zum Abschluss der Ausbildung zu garantieren, wenn sie einen Ausbildungsplatz oder einen Studienplatz vorweisen können oder dabei sind, einen Schulabschluss nachzuholen. Parallel dazu schaffen wir im Rahmen gemeinwohlorientierter Arbeit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete innerhalb der

P20 Projekt 20: Raus aus den Massenunterkünften: Schutz für minderjährige unbegleitete

Flüchtlinge

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Raus aus den Massenunterkünften: Schutz für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

In Berlin leben mehr als 4.000 minderjährige unbegleitete Geflüchtete. Es sind Kinder und

Jugendliche, die alleine eine lange und gefährliche Reise auf sich genommen haben, um in

4 Sicherheit leben zu können oder die ihre Eltern auf der Flucht verloren haben. Viele von

ihnen haben in der Heimat und auf der Flucht traumatisierende Erfahrungen gemacht und

benötigen daher unseren besonderen Schutz und unsere Fürsorge. Wir sorgen dafür, dass die

Jugendlichen sobald wie möglich einen Vormund erhalten, der sie rechtlich vertritt, die

8 richtigen Anträge für sie im Asylverfahren stellt und ihnen bei Entscheidungen hilft.

Freiwillige, die solche Aufgaben übernehmen wollen, unterstützen wir durch Schulungen. Dafür

stellen wir die erforderlichen finanziellen Mittel bereit und gewährleisten zusammen mit den

Wohlfahrtsverbänden die Begleitung und Qualitätssicherung. Das Zusammenwirken von Hauptamt

und Ehrenamt fördern wir. Wir beschleunigen das Clearingverfahren, um Hintergründe und

Umstände der Flucht zu klären und schnell Kontakte zu Eltern und/oder Verwandten

4 herzustellen. Bei der Altersfeststellung sorgen wir dafür, dass im Zweifel zugunsten der

Betroffenen entschieden wird. Für uns hat oberste Priorität, dass unbegleitete minderjährige

Flüchtlinge aus den Massenunterkünften herausgeholt und gemäß dem Jugendhilfegesetz

untergebracht und betreut werden. Dafür schaffen wir geeignete betreute Wohngruppen und

bauen vorhandene Jugendhilfeeinrichtungen aus.

P21 Projekt 21: Lebendige Erinnerungskultur: Berlins koloniale Vergangenheit aufarbeiten

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

- Lebendige Erinnerungskultur: Berlins koloniale Vergangenheit aufarbeiten
- Im geschichtsträchtigen Berlin ist ein Kapitel unserer Vergangenheit seltsam abwesend: Die
- deutsche Kolonialgeschichte, einschließlich des Genozids an den Herero und Nama in Namibia,
- dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, bei dem zwischen 1904 und 1908 deutsche
- 5 Kolonialtruppen Zehntausende getötet haben. Wir werden in Zusammenarbeit mit der
- 6 Zivilgesellschaft ein gesamtstädtisches Erinnerungskonzept entwickeln und umsetzen. Dazu
- gehört, dass die Landesregierung den Völkermord an den Herero und Nama in Namibia offiziell
- anerkennt und die Bundesregierung auffordert, ihrer Verantwortung nachzukommen. Menschliche
- 9 Gebeine sollen unter würdigen Umständen in die Ursprungsländer rücküberführt und
- Eigentumsrechte geraubter Kulturgüter geklärt werden. Namen öffentlicher Orte, die den
- deutschen Kolonialismus verharmlosen, möchten wir mit der breiten Beteiligung aller
- Betroffenen umbenennen. Hier schließen wir an grüne Erfolge in Friedrichshain-Kreuzberg an.
- Genozid und deutsche Kolonialverbrechen sollen fester Bestandteil der Berliner
- Bildungspolitik werden. Die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Windhoek wollen wir
- weiter ausbauen und verlässlich finanzieren. Außerdem werden wir die Pläne für ein Eine-
- Welt-Zentrum vorantreiben. Schließlich gehört zu einem umfassenden Konzept auch eine
- 7 Gedenkstätte mit ständiger Ausstellung zur deutschen Kolonialgeschichte und zum Völkermord,
- die Lernerfahrungen bietet und Ort der Erinnerung ist.

P22 Projekt 22: Europa in Berlin: ein Welcome-Center für EU-Bürger\*innen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

entlastet auch die Bürgerämter.

Europa in Berlin: ein Welcome-Center für EU-Bürger\*innen

Wir Grüne stehen zu Europa. Dank der europäischen Freizügigkeit kommen Menschen aus der ganzen EU nach Berlin, um hier zu leben und zu arbeiten. Diese Einwanderung macht unsere Stadt bunt und dynamisch und ist gleichzeitig Motor für Berlins Wirtschaft. Damit Berlin seinem Ruf als europäische Metropole gerecht wird, wollen wir den Übergang in den Arbeitsmarkt für Europäer\*innen diskriminierungsfrei und reibungslos gestalten: mit einer modernen, effizienten Verwaltung, die mit ihren Angeboten auf Menschen zugeht. Denn wer neu nach Berlin kommt, steht vor großen Herausforderungen: Sprachbarrieren oder unklare behördliche Zuständigkeiten erschweren den Weg in die Arbeit. Daher wollen wir eine Anlaufstelle schaffen, die für alle Belange erste Ansprechpartnerin ist – ein Welcome-Center für EU-Bürger\*innen. Das Welcome-Center soll interkulturell sein und den Neuankommenden Wertschätzung entgegen bringen. Das Welcome-Center unterstützt von Anfang an: bei der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, der Vermittlung von Sprachkursen und passgenauen Weiterbildungsmaßnahmen, bei Existenzgründungen oder in Rechtsfragen. Online-14 Informationen und Formulare sind mehrsprachig. Beraten wird mindestens auf Englisch, Französisch, Polnisch und Spanisch. Dabei setzen wir auf enge Kooperation mit den

Sozialpartner\*innen. Das erspart den Menschen den Gang durch den Behördendschungel und

P23 Projekt 23: TTIP und CETA stoppen!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

# TTIP und CETA stoppen!

2 Die Handelsabkommen TTIP und CETA müssen in ihrer jetzigen Form gestoppt werden. Denn auch

in Zukunft sollen die Berliner\*innen entscheiden können, ob eine Dienstleistung besser in

der öffentlichen Hand oder bei privaten Anbieter\*innen aufgehoben ist. Die Daseinsvorsorge

gehört nicht auf den Weltmarkt. Mit den Abkommen TTIP und CETA steigt jedoch der

6 Privatisierungsdruck und Rekommunalisierungen wie im Bereich der Wasser- oder

7 Energieversorgung werden nahezu unmöglich gemacht. Wir lehnen Sonderklagerechte für

internationale Konzerne ab. Die Abkommen würden ihnen erlauben, vor privaten

Schiedsgerichten (ISDS) oder einem Investitionsgerichtshof (ICS) gegen Staaten oder Länder

zu klagen, wenn ein neues Gesetz geplante Gewinne zunichtemacht. Diese Sonderrechte höhlen

Rechtsstaat und Demokratie aus. Gesetzliche Regelungen wie die Mietpreisbremse oder das

2 Nachtflugverbot könnten künftig womöglich vor einem solchen Schiedsgericht gekippt werden.

Auch sozial-ökologische Kriterien im Vergaberecht wären bedroht. Dazu kommt: Ausgerechnet

einheitliche Standards für den Maschinenbau, die unsere Unternehmen brauchen, sollen jetzt

von CETA ausgenommen werden. Wir müssen das europäische Vorsorgeprinzip verteidigen und

niedrigere Standards im Umwelt-, Daten- und Verbraucher\*innenschutz verhindern. Wir streiten

deshalb dafür, die Abkommen auf transparenter Grundlage und mit anderen Zielen neu zu

verhandeln.

P24 Projekt 24: Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagsschulen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Gutes Aufwachsen in der Schule – mit guten Ganztagsschulen

Wir wollen Schulen, in denen Kinder und Jugendliche zeigen können, wer sie sind, was in ihnen steckt und in denen sie sich in einer Welt voller Herausforderungen bewähren können. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder in den Schulen gut aufgehoben sind. Wir setzen dabei insbesondere auf gute Ganztagsschulen: mit längerem gemeinsamen Lernen, individueller Förderung, einem warmen Mittagessen mit guten Lebensmitteln aus der Region und Angeboten für Musik, Sport oder soziales Engagement am Nachmittag. Wir geben jeder Schule ein echtes eigenverantwortliches Schulbudget. Denn die Pädagog\*innen, 8 Schüler\*innen und Eltern wissen selbst am besten, was ihre Schule vor Ort am meisten braucht. Eine demokratische Schulkultur, in der transparent darüber entschieden wird, wie die Mittel verwendet werden, ist für uns zukunftsweisend. Darüber hinaus wollen wir allen Kollegien an den Schulen Teamzeit verschaffen. Denn wo verschiedene Berufsgruppen – gerade im Ganztag – tätig sind, da braucht es Absprachen und Koordination, Zeit für konzeptionelle Arbeit und Erfahrungsaustausch. Daneben liegt uns insbesondere die Stärkung der Grundschule 14 am Herzen. Für uns ist klar: Die Arbeit der Grundschullehrkräfte muss aufgewertet machen. Deshalb passen wir ihr Gehalt an das in den Oberschulen an und machen damit deutlich, dass sich die Arbeit zwar inhaltlich, aber nicht von der Bedeutung her unterscheidet.

P25 Projekt 25: Schulsanierung und Schulneubau endlich angehen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Schulsanierung und Schulneubau endlich angehen

Der Kernauftrag von Schule ist es, eine Lernumgebung zu schaffen, die Begabungen weckt und fördert. Das können viele Schulen in unserer Stadt nur schwer erfüllen, weil sie baulich in einem katastrophalen Zustand sind – eine Zumutung für Kinder und Pädagog\*innen. Insgesamt ist unser Ziel: Alle Schulen in Berlin sollen Orte des Lebens und Lernens sein. Alle Eltern sollen sicher sein können, dass es einen geeigneten Schulplatz für ihr Kind gibt, auch wenn die Bevölkerung der Stadt weiter wächst. Achtjährige Planungsverläufe beim Neubau und unklare Zuständigkeiten bei der Sanierung kann sich Berlin nicht mehr leisten. Container als Unterrichtsräume lehnen wir ab, denn sie sind keine angemessenen Lernorte. Vielmehr setzen wir auf die Gründung von Schulgebäudeverwaltungen, die mit gebündelter Kompetenz im Auftrag der Bezirke zeitnah gute neue Schulen bauen und den Sanierungsstau von rund zwei Milliarden Euro bei den Schulgebäuden auflösen. Die Gelder dazu fließen direkt in die Bezirkshaushalte statt sie über die zahlreichen Sonderprogramme umzulenken, die meist nur für mehr Bürokratie sorgen. Gute Schulgebäude sind machbar – wenn man den Mut hat zur Reform hat. Wir haben ihn.

P26 Projekt 26: Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Von der Kita bis zum Abschluss: individuelle Förderung von Anfang an

Von der Kita bis zum Oberstufenzentrum: In unserer Stadt leben und lernen Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Biografien, Eigenheiten und Bedürfnissen. Je früher sie gefördert werden, desto besser. Deshalb wollen wir die Kitas stärken – mit einem besseren Betreuungsschlüssel von höchstens vier Kindern pro Pädagog\*in und mehr Personal. Dafür werden wir die Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen ausbauen und den Wieder- und Ouereinstieg erleichtern. Auch die Schulen sollen noch besser werden. Wir wollen, dass jede Schule die Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen übernimmt, die sie aufnimmt. Damit das funktioniert, unterstützen wir die Gymnasien dabei, ihre Schüler\*innen individuell noch besser zu fördern und ebnen ihnen den Weg zu Ganztagsschulen. Dann können wir im Gegenzug das Probejahr und das Sitzenbleiben am Gymnasium abschaffen. An allen Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen wollen wir den Weg zum Abitur mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder mit Schulverbünden anbieten. Dabei fördern wir insbesondere Kooperationen mit Oberstufenzentren, denn auch Abiturient\*innen brauchen berufliche Bildung, damit Aufstieg 14 durch Bildung kein leeres Versprechen bleibt. Weil das für uns auch beim Übergang von der Schule in den Beruf gilt, wollen wir Jugendberufsagenturen für ganz Berlin. Das ist für uns der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer Berliner Ausbildungsgarantie. Für uns gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss und für jedes Kind und jeden Jugendlichen die bestmögliche Förderung, in jeder Kita, in jeder Schule.

P27 Projekt 27: Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Wahlalter 16: Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

2 Demokratie fällt nicht vom Himmel, sondern muss gelebt werden um gelernt zu werden. Alle

Kinder und Jugendlichen sollen die Erfahrung machen können, dass es auf sie ankommt, dass

sie gebraucht werden, und dass sie ihre Potenziale entfalten, mitentscheiden, mitgestalten

und teilhaben können. Denn eine funktionierende Demokratie lebt von mündigen Bürger\*innen.

6 Deshalb unterstützen wir Jugendverbände und die bezirklichen Kinder- und

Jugendfreizeitstätten und wollen die offene Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken

strukturell ausfinanzieren. Wir unterstützen Kinder- und Jugendbüros sowie -parlamente in

allen Bezirken und setzen für uns für eine auskömmliche Finanzierung des Jugend-

Demokratiefonds ein. Und wir sorgen dafür, dass Demokratieerziehung und politische Bildung

in den Lehrplänen mehr Gewicht bekommen. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin die

Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die politischen Entscheidungen von heute beeinflussen

3 vor allem das Leben der Erwachsenen von morgen. Wir finden: Jugendliche sollten schon mit 16

Jahren darüber mitentscheiden können, wer ihre Interessen im Abgeordnetenhaus vertritt.

15 Warum sollte im Land falsch sein, was sich in unseren Bezirken als richtig erwiesen hat?

P28 Projekt 28: Berlin, Stadt für Familien

Gremium: Landesvorstand

besonders Alleinerziehenden zugutekommt.

Beschlussdatum: 17.03.2016

# Berlin, Stadt für Familien

Aktuell leben in unserer Stadt 400.000 Familien – Tendenz steigend. Wir arbeiten geduldig und hartnäckig daran, dass Berlin familienfreundlicher wird. Das heißt für uns vor allem: Entlastung, mehr Zeit füreinander und bessere Serviceangebote. Um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können, brauchen Eltern – egal ob als Paar oder alleinerziehend – flexible Betreuung auch jenseits der Kita-Offnungszeiten. Deshalb bauen wir die ergänzende Kindertagespflege als ein sozial gestaffeltes Gutscheinsystem aus, damit jedes Kind in guten Händen ist und Eltern beruhigt ihrer Arbeit nachgehen können. Dazu gehört für uns auch ein Bring- und Abholdienst. Dabei halten wir den gesetzlichen Mindestlohn ein und tragen dafür Sorge, dass alle Betreuer\*innen über die notwendigen Basisqualifikationen verfügen. Die Verwaltung unserer Stadt soll familienfreundlich sein, denn der Alltag der meisten Menschen mit Kindern ist hektisch genug. Für uns heißt das: Familien sollen alle Familienleistungen und entsprechende Beratung an einer Stelle bekommen können. Deshalb richten wir bei den Jugendämtern der Bezirke Familien-Servicebüros ein und sorgen für familienfreundliche 14 Öffnungszeiten. Auch der öffentliche Dienst als Arbeitgeber soll familienfreundlich werden. Deshalb ermöglichen wir mehr Führungsstellen in Teilzeit und mehr Teilzeitausbildungen, was P29 Projekt 29: Migrant\*innen an die Bildungsspitze!

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Migrant\*innen an die Bildungsspitze!

Berlin ist attraktiv durch seine Vielfalt und Weltoffenheit, aber in den Schulen gelingt es noch nicht, diese Vielfalt umfassend zu fördern. Weil es nach wie vor zu wenig Lehrer\*innen und Erzieher\*innen mit Migrationshintergrund gibt, fehlt es Kindern oft an Vorbildern. Zudem mangelt es neben Sprachangeboten für Türkisch, Arabisch und Kurdisch auch an solchen für osteuropäische Sprachen. Daher bauen wir das Angebot an zweisprachiger Erziehung und Bildung konsequent aus. Das neue Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung öffnen wir interkulturell und werben in diesem Rahmen insbesondere dafür, dass sich mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für pädagogische Berufe entscheiden. Mit den Berliner Hochschulen vereinbaren wir konkrete Nachqualifizierungsmodule, um Menschen, deren ausländischer Bildungsabschluss hier nicht voll anerkannt wird, einen Weg ins Lehramt zu ermöglichen. Und wir unterstützen eingewanderte Erzieher\*innen besser, in der Bundesrepublik eine staatliche Anerkennung zu bekommen. Unsere Kitas und Schulen sind Orte, an denen ein friedliches, tolerantes und fröhliches Miteinander eingeübt werden kann und soll. Wir unterstützen 14 Schulen daher zum Beispiel durch Diversity-Trainings bei dieser Arbeit. Außerdem richten wir ein Kompetenz- und Beratungszentrum für interkulturelle Pädagogik ein, an das sich alle Pädagog\*innen und Kollegien wenden können.

P30 Projekt 30: Medienbildung von klein auf

Gremium: Landesverband Beschlussdatum: 17.03.2016

# Medienbildung von klein auf

Kinder lernen die Wischbewegung auf dem Smartphone heute oft früher, als sie allein auf die Toilette gehen können. Es bringt aber nichts, nur über die Gefahren von Medien und Internet zu reden. Es braucht stattdessen einen eigenverantwortlichen Umgang mit Inhalten wie auch das kritische Einordnen, das Wissen um Alternativen und die Fähigkeit, Werkzeuge und Inhalte selbst zu erstellen bzw. anzupassen. Gerade für Kinder im Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule sorgen wir für mehr Informationen zu Mobbing und Gewalt, gerade auch gegenüber Mädchen und Frauen, sowie für entsprechende Angebote zur Hilfe und Prävention. 8 Medienbildung muss aber generationenübergreifend erfolgen. Erzieher\*innen und Lehrer\*innen müssen umfänglich fortgebildet werden. Wir entwickeln dafür das Fach Informatik in weiterführenden Schulen weiter. Dort soll es künftig nicht nur ums Programmieren gehen, sondern auch um ethische, datenschutzrechtliche und soziale Fragen rund um die Digitalisierung. Solche Inhalte müssen künftig auch verstärkt in die Ausbildung von Informatiklehrer\*innen einfließen. Mit einem Treffen Medienbildung bei der Medienanstalt 14 Berlin-Brandenburg entwickeln wir gemeinsam mit schulischen und außerschulischen Akteuren Lern- und Lehrinhalte und bauen die Angebote für Schulungen für Eltern und Interessierte aus. Statt auf staatliche Kontrolle und Bevormundung setzen wir auf Eigenverantwortung. Um es Eltern zu erleichtern, mit ihren Kindern die Nutzung von Internet, Smartphone, Konsole und Fernsehen zu klären, unterstützen wir sie mit Angeboten der Selbstregulierung.

P31 Projekt 31: Vereinssport stärken

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

# Vereinssport stärken

Der Sportverein ist für viele Berliner\*innen die erste Adresse, wenn es um Sport geht. Ohne Vereinssport ist der Kinder- und Jugendsport, sind Integration und Inklusion und die Förderung von Leistungssport nicht zu denken. Ehrenamtliches Engagement und eine feste Verankerung im Gemeinwesen sind zentrale Pfeiler dieses Modells, und das wollen wir weiter stärken. Deswegen setzen wir uns für eine verbindlichere Sportförderung ein, von der auch die ehrenamtlichen Trainer\*innen profitieren. Wir wollen mit dem Landessportbund einen Vertrag schließen, in dem sowohl die Ziele der Sportförderung als auch die Landesmittel festgelegt werden. So wird diese Arbeit unabhängig von Lottomitteln. Fortbildungsangebote der Vereine und Schwerpunktaktivitäten zum Beispiel im Mädchensport oder bei der Inklusion sollen besser finanziert werden. So unterstützen wir Verbände und Vereine darin, sich neuen Zielgruppen zu öffnen, und bringen damit den organisierten und den unorganisierten Sport einander näher. Sport und Bewegung müssen für alle möglich sein – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status oder Behinderung. Wir werden Initiativen für Frauen-14 und Mädchensport, Integration von Flüchtlingen und Initiativen gegen Homo- und Transphobie stärker unterstützen. Inklusion im Sport braucht bauliche Barrierefreiheit, aber auch die aktive Aufnahme und Integration von Parasportler\*innen in Vereine und Sportgruppen. Jugend trainiert für Olympia/für Paralympics macht vor, was Inklusion sein kann, selbst innerhalb der engen Regeln des leistungsorientierten Sports.

P32 Projekt 32: Wissenschaft als Beruf, von dem man auch leben kann

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Forschungsgelder nach Berlin zu holen.

# Wissenschaft als Beruf, von dem man auch leben kann

In Berlin arbeiten über 60.000 Menschen in der Wissenschaft. Ein Großteil dieser Arbeitsverhältnisse ist jedoch befristet und durch Abhängigkeitsverhältnisse geprägt, wovon gerade junge Wissenschaftler\*innen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Prekarisierung, Befristung und Outsourcing von Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Wir wollen, dass öffentliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen gute, existenzsichernde Arbeit für den wissenschaftlichen Nachwuchs anbieten. Wir wollen länger laufende Verträge, die eine planbare Karriere in der Wissenschaft, eine langfristige Lebensplanung und die Gründung einer Familie ermöglichen. Wir verbessern sowohl die Promotionsbedingungen als auch die Personalstrukturen besonders für Postdocs und schaffen attraktive Karrierewege vor und neben der Professur. Wir verbessern sowohl die Situation der Lehrbeauftragten als auch die Tarifverträge für Tutor\*innen deutlich. Anders als der rot-schwarze Senat sind wir bereit, die Personalstrukturen der Wissenschaftsinstitutionen zu reformieren und eine Pflicht zur nachhaltigen Personalentwicklung an den Hochschulen einzuführen. Und wir setzen der 14 Tarifflucht durch Outsourcing von Personal ein Ende; das hat die Linkspartei immer gefordert, es aber in zehn Jahren Regierungsbeteiligung nicht verhindert. Mit diesen Maßnahmen erhalten wir zugleich die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Wissenschaftslandschaft. Unser Ziel ist es, exzellente Wissenschaftler\*innen und zusätzliche

P33 Projekt 33: Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

# Unfreiwillige Studienabbrüche verhindern

- Mangelnde Unterstützung ist einer der häufigsten Gründe für einen unfreiwilligen
- 3 Studienabbruch. Gerade junge Menschen, die nicht aus Akademikerfamilien kommen, brauchen
- 4 mehr Unterstützung. Wir Grüne wollen, dass die Entscheidung für ein Studium unabhängig von
- 5 Herkunft und finanzieller Lage wird. Wir wollen die soziale Infrastruktur für das Studium
- ausbauen. Dazu gehört auch eine bessere Finanzierung des Studentenwerks, um die
- Sozialbeiträge für die Studierenden stabil zu halten. Niedrigschwellige Angebote müssen gut
- 8 und erreichbar sein, damit Hilfe ankommt. Das werden wir im nächsten Rahmenvertrag mit dem
- Studentenwerk verankern. Studiengebühren lehnen wir ab. Die Attraktivität Berlins zeigt sich
- auch bei der Zusammensetzung der Studierendenschaft: Über 50 Prozent der Studierenden kommen
- nicht aus Berlin. Wir haben sowohl überdurchschnittlich viele Studierende aus finanziell
- besser gestellten Familien als auch aus Nicht-Akademikerhaushalten. Dazu kommen relativ
- viele ältere Studierende und solche mit Familie und Kindern. Das alles erfordert gezielte
- 14 Beratungs- und Unterstützungsangebote. Eines der dringendsten Probleme ist dabei die
- 15 Wohnungsfrage. Dabei setzen wir nicht allein auf die landeseigenen
- 16 Wohnungsbaugesellschaften, sondern wollen auch mit Genossenschaften und anderen
- 17 gemeinwohlorientierten Akteur\*innen auf dem Wohnungsmarkt Projekte entwickeln.

P34 Projekt 34: Innovationshauptstadt Berlin

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

# Innovationshauptstadt Berlin

- 2 Berlins Gründungskultur ist ein Impulsgeber der Stadt. Als Politik wollen wir den
- Gründer\*innen nicht reinreden, sondern Rahmenbedingungen für erfolgreiche Innovationen
- schaffen. Dafür werden wir Flächen sichern, günstige Mieten für Gründer\*innen vorhalten,
- neue Coworking-Spaces unterstützen und Orte des Netzwerkens und Förderns mit etablierten
- 6 Unternehmen und Wagniskapitalgeber\*innen ermöglichen. Wir holen mehr Risiko- und
- 7 Wachstumskapital sowie Business Angels nach Berlin und werden Kontakte zu Investor\*innen und
- etablierten Unternehmen erleichtern. Wir werden Bürokratie ab- und die vorhandenen
- Beratungsstellen ausbauen. Zur Förderung der besten Ideen werden wir die Regeln der
- Geldvergabe der Investitionsbank Berlin-Brandenburg an die neuen Wirtschaftsmodelle
- anpassen, damit schneller und nach den Bedürfnissen der Gründer\*innen investiert wird. Dafür
- brauchen wir eine neue Kultur des Scheiterns, die zweite und dritte Chancen gewährt. Im
- Rahmen von Wettbewerben werden soziale und ökologische Innovationen, etwa aus den Bereichen
- 14 Umweltschutz, Demokratie, Bildung und Integration, stärker gefördert. Außerdem soll ein
- spezielles Mentoringprogramm aufgelegt werden, insbesondere um Frauen zu (Aus-)Gründungen
- aus dem universitären Umfeld zu ermutigen. Teilzeitgründungen werden stärker in den Fokus
  - gerückt und Gründungen im Rahmen einer Nachfolgeregelung durch die Mitarbeiter\*innen oder
  - aus der Arbeitslosigkeit heraus werden stärker unterstützt.

P35 Projekt 35: Mittelstand 4.0

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Mittelstand 4.0

Immer mehr Unternehmen und Startups erkennen, dass sie mit grünen Ideen schwarze Zahlen

schreiben können. Wir wollen, dass die Berliner Wirtschaft im Zusammenspiel von

4 Digitalisierung und Nachhaltigkeit weiter wächst. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der

5 Digitalwirtschaft sowie Handwerksbetriebe und Selbständige werden wir dafür gezielt fördern.

Berlin hat als Zentrum digitaler Startups und innovativer Unternehmensgründungen beste

Voraussetzungen, dass die Berliner Wirtschaft insgesamt von der Digitalisierung profitiert.

Wir schaffen den Rahmen dafür: mit einer Digitalisierungsstrategie, die in allen relevanten

Bereichen von Bildung über Energie bis hin zur Infrastruktur greift. Im Senat richten wir

eine zentrale Stabsstelle ein, die alle digitalisierungsrelevanten Aktivitäten der einzelnen

Senatsverwaltungen federführend koordiniert. Die Energie- und Ressourcenwende wird mithilfe

neuer Speichertechnologien, intelligenter Energienetze und vernetzter Mobilität vollzogen.

Das Management von Energieangebot und -bedarf ist ohne Digitalisierung nicht mehr denkbar.

Der gezielte Einsatz von Smart-Grid-Technologie für ein intelligentes Stromnetz hilft auch

5 Unternehmen bei der Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Insbesondere Start-ups

und mittelständische Unternehmen der digitalen Wirtschaft sind auf ein leistungsfähiges,

schnelles Internet angewiesen. Wir wollen daher bis 2021 den flächendeckenden Ausbau des

Breitbandnetzes mit zukunftsfähigen glasfaserbasierten Internetanschlüssen erreichen.

P36 Projekt 36: Solidarische Ökonomie gezielt fördern

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Solidarische Ökonomie gezielt fördern

Berlin ist die Hauptstadt der Solidarischen Ökonomie. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Unternehmen, Startups und Initiativen, die gemeinwohlorientiert wirtschaften und mit unternehmerischen Mitteln soziale und ökologische Ziele verfolgen. Diesen Trend wollen wir unterstützen und gezielt fördern. Dafür werden wir die Förderung der Solidarischen Ökonomie bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft institutionell verankern. Es braucht qualifizierte Beratungsstellen, die neben dem nötigen betriebswirtschaftlichen Know-how auch einen Überblick über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Unternehmensmodelle bieten. Insbesondere Genossenschaftsmodelle können zu einer echten Alternative werden. Sie bieten sowohl für klassische solidarische Unternehmungen als auch für Startups die Möglichkeit, gemeinschaftliches Eigentum zu bilden. Für Startups braucht es eine Änderung des Genossenschaftsrechts, um auch digitale Mitgliedschaften zu ermöglichen. Zudem muss das Fördersystem neu justiert werden und künftig neben der Rentabilität auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen. So können künftig innovative solidarische Gründungen früher und leichter als förderwürdig eingestuft werden.

P37 Projekt 37: Ein Preis für die Migrantische Ökonomie

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Ein Preis für die Migrantische Ökonomie

können.

Von Berliner\*innen mit Migrationsgeschichte geführte Betriebe machen heute rund 20 Prozent aller Unternehmen aus. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag für die Wirtschaft Berlins. Wir wollen migrantische Unternehmen gezielt fördern – auch, um auf diese Weise ausländische Direktinvestitionen und Handelsbeziehungen zu aktivieren, Fachkräfte anzulocken und innovative Gründungen anzustoßen. Deshalb loben wir einen Wirtschaftspreis für die Migrantische Ökonomie Berlins aus. Er soll migrantische Unternehmen mit positiver Entwicklung auszeichnen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen oder sich beispielhaft interkulturell engagieren. Der Gründungsprozess von Migrant\*innen soll mit passgenauer Beratung besser unterstützt werden, insbesondere was die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Banken, Behörden und Wirtschaftsverbänden betrifft. Häufig entwickelt sich auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zum Stolperstein. Sei es, weil die Dokumente nicht in deutscher Übersetzung vorliegen; sei es, dass die Originale nicht mehr vorhanden sind, wie es bei Geflüchteten oftmals der Fall ist. Hier ist eine spezialisierte 14 Beratung und Unterstützung notwendig. Für Neuankommende in Deutschland wollen wir ein Business-Coaching einrichten, das dabei hilft, sich im Behördendschungel zurechtzufinden. Damit auch die Geflüchteten baldmöglichst in der Berliner Wirtschaft selbst aktiv werden

P38 Projekt 38: Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Lieferzonen für E-Fahrräder eingerichtet werden.

Nachhaltiger Wirtschaftsverkehr: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge

Zahlreiche Handwerksbetriebe, Dienstleister\*innen und natürlich Logistik- und Transportunternehmen sind auf ihren Fuhrpark angewiesen. Um diese Betriebe bei der Umrüstung auf umweltschonende Fahrzeuge zu unterstützen, legen wir ein Förderprogramm zur Anschaffung von Elektrofahrzeugen auf. Ob der Transporter eines Heizungsfachbetriebs, die Fahrzeugflotte im ambulanten Pflegedienst, die Autos eines Taxi-Unternehmens oder die Lieferwagen eines Paketdienstleisters: Für jedes neu angeschaffte Elektrofahrzeug soll es eine Förderung geben. Außerdem schlagen wir eine "Abwrackprämie" vor, die Gewerbetreibende für jedes alte Benzin- oder Dieselfahrzeug erhalten, das sie abschaffen. Damit sich Elektromobilität auch für kleinere Betriebe rentiert, treiben wir den Ausbau einer öffentlich zugänglichen Lade-Infrastruktur in Berlin voran. Zusätzlich wollen wir den Ausbau der Elektromobilität durch ein Förderprogramm der Investitionsbank Berlin (IBB) unterstützen: Mittelständische und kommunale Unternehmen sowie Selbstständige können zinsgünstige Darlehen für Forschungsvorhaben und Projekte erhalten, die dem Ausbau der Infrastruktur, Technologien der 14 Elektromobilität und dem Aufbau von elektrischen Fahrzeugflotten dienen. In Gebieten mit akutem Parkplatzmangel führen wir für den Lieferverkehr eine neue Regelung ein: Elektrofahrzeuge dürfen dort ausgewiesene Fahrspuren privilegiert nutzen. Außerdem fördern wir die Belieferung mittels Lastenfahrrädern, indem Fahrradspuren angepasst sowie

P39 Projekt 39: Fachkräftemangel beheben

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

ein Bürokaufmann – und umgekehrt.

# Fachkräftemangel beheben

Auch in Berlin leiden einige Branchen unter einem akuten Fachkräftemangel. Um die Zahl der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich zu erhöhen, wollen wir gemeinsam mit den Gesundheitsinstitutionen nach Wegen suchen, um Menschen mit einfacheren Qualifikationen in Ausbildung und Arbeit zu bringen. Gerade für viele Geflüchtete kann dies ein Weg in die Beschäftigung sein. Viele ältere Mitbürger\*innen mit Migrationshintergrund wünschen sich für die häusliche Pflege Menschen gleichen Geschlechts. Um dem entgegenzukommen, wollen wir gezielt auch junge Männer für Gesundheitsberufe gewinnen. Wir unterstützen die Einrichtung zusätzlicher IT-Professuren an Berliner Hochschulen und wollen dafür mehr Frauen gewinnen. Auch wenn sich derzeit die Young Digitals gern in der Stadt niederlassen, müssen wir vorsorgen und das Qualifikationsniveau halten. Denn nur so haben wir auch in Zukunft genug Fachkräfte für die Digitalisierung der Berliner Wirtschaft und Verwaltung. Um den Einstellungsstopp der vergangenen 20 Sparjahre einigermaßen aufzuholen, braucht die Berliner Verwaltung eine Ausbildungsoffensive. Deshalb werden wir die Ausbildungskapazitäten in der 14 Hauptverwaltung, vor allem aber in den Bezirken, erhöhen und auskömmlich finanzieren. Gleichzeitig wollen wir den öffentlichen Dienst durchlässiger machen und für andere berufliche Qualifikationen öffnen. Was eine Verwaltungsangestellte kann, kann sicher auch

P40 Projekt 40: Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

# Gute Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

- Es ist Ziel grüner Gesundheitspolitik, dass Krankheiten gar nicht erst auftreten und
- Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich verhindert wird. Deswegen setzen wir neben einer
- guten medizinischen Versorgung auf ein starkes Angebot an Prävention und
- 5 Gesundheitsförderung. Dafür werden wir insbesondere den Öffentlichen Gesundheitsdienst
- besser ausstatten und für Mitarbeiter\*innen attraktiver machen, damit vorhandene Stellen
- überhaupt mit Personal besetzt werden können. In den Bezirken brauchen wir ausreichend
- vernetzte und auf die Bedürfnisse älterer und armutsbedrohter Menschen ausgerichtete
- 9 Unterstützungs- und Beratungsangebote, insbesondere Pflegestützpunkte und
- Mobilitätshilfedienste. Die bezirkliche Altenhilfe muss besser ausgestattet werden und eng
- mit der Behindertenhilfe und dem Gesundheitswesen zusammenarbeiten. Um den Pflegeberuf
- attraktiver zu machen, ist eine durchlässige Ausbildung von der Hilfskraft bis zum
- akademischen Grad wichtig. Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung, bessere
- 14 Arbeitsbedingungen und eine bessere Qualitätssicherung in der Pflege ein. Eine Pflegekammer
- mit niedrigen Beiträgen kann die Situation der Pflege durch mehr Selbstverwaltung
- verbessern. Wir wollen zudem der Tatsache Rechnung tragen, dass der Anteil von älteren
- Menschen mit Migrationshintergrund stetig wächst, insbesondere in Berlin. Um ihren
- Bedürfnissen gerecht zu werden, schaffen wir mehr interkulturelle Angebote in der Pflege.

P41 Projekt 41: Grüne Oasen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Grüne Oasen

- 2 Berlin ist eine grüne Stadt. Doch sie ist nicht überall gleich grün. Gerade in der
- Innenstadt fehlen in vielen Kiezen Parks und Grünflächen. Dort, wo bisher Beton, Asphalt und
- 4 Brachflächen dominieren, wollen wir "grüne Oasen" entstehen lassen. Dabei soll
- gemeinschaftliche Gestaltung mehr Raum erhalten von der begrünten Baumscheibe über
- 6 experimentelle Freiräume und grün gestaltete Spielstraßen bis hin zu Kleingärten, die sich
- in die Kieze öffnen. Zusammen mit den Grünflächenämtern entwickeln wir naturnahe
- 8 Pflegekonzepte und unterstützen Projekte für die Beteiligung der Bürger\*innen an der
- Entwicklung und Pflege "ihrer" Grünflächen. Wir wollen urbanes Gärtnern in der gesamten
- Stadt fördern und Berlin zusammen mit den Bezirken zur "Essbaren Stadt" machen. Dies
- schließt bessere Bedingungen für die Bienenhaltung etwa durch Wildblumenwiesen und mehr
- 12 Aufstellplätze für Bienenvölker ebenso ein wie die Unterstützung von Kita- und
- Schulgärten. Grünzüge, die die Stadt gliedern, den Weg zu Seen, Wäldern und
- Naherholungsgebieten weisen und frische Luft durch die Stadt leiten, wollen wir schützen und
- weiterentwickeln. Berlin braucht grüne Freiräume, wenn die Lebensqualität erhalten bleiben
- soll. Dazu gehört auch ein verlässlicher Umgang mit Kleingärten, ihre planungsrechtliche
- Sicherung sowie der Ankauf der Flächen, die für zusätzliche Grünflächenerforderlich sind.

P42 Projekt 42: 1.000 Grüne Dächer und 10.000 neue Straßenbäume für Berlin

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### 1.000 Grüne Dächer und 10.000 neue Straßenbäume für Berlin

die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Der rot-schwarze Senat gibt dem Wachstum unserer Stadt keine Richtung vor - wir wollen, dass unsere Stadt grün wächst. Deshalb starten wir ein Förderprogramm für 1.000 grüne Dächer für Berlin. Die Dachbegrünung wird das Stadtklima verbessern, das Regenwassermanagement optimieren und Erholungsräume für die Menschen in Berlin schaffen. Nach unserer Vorstellung wird das Rote Rathaus ein grünes Dach bekommen, als Vorbild mit Strahlkraft für die ganze Stadt. Die Begrünung wird auch in den Hinterhöfen Berlins weitergehen. Insbesondere die Pflanzung von Straßenbäumen wird konsequent angegangen. Zukünftig werden deutlich mehr Bäume gepflanzt als gefällt; bisher sieht das leider noch anders aus. Unser Ziel sind 10.000 zusätzliche Straßenbäume bis Ende 2021. Jeder Baum bekommt eine Mailadresse zugewiesen, um Schäden an die zuständigen Ämter zu melden oder Patenschaften zur Pflege zu übernehmen. Flächen für das Urban Gardening werden wir gemeinsam mit den Bezirken ausweisen und fördern, auch als Zwischennutzung. Schulen und Kitas werden eingeladen sich daran zu beteiligen, um

P43 Projekt 43: Berliner Luft: Endlich mal tief durchatmen können

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Berliner Luft: Endlich mal tief durchatmen können

Gesunde Berliner Luft um durchzuatmen – das können alle Berliner\*innen von ihrer Stadt erwarten. Leider verschmutzt besonders der Verkehr unsere Luft. Mit dem Blauen Engel sorgen wir dafür, dass der Fuhrpark des Landes Berlin zum Vorbild für niedrige Emissionen wird. Neu angeschafft werden nur Fahrzeuge mit geringen Emissionen und höchsten Abgasstandards. So lange die Abgaswerte so schlecht sind, kommen Dieselfahrzeuge für uns nicht in Frage. Die Berliner Taxiunternehmen unterstützen wir bis Ende 2020 dabei, 1.000 zusätzliche Umwelttaxis auf die Berliner Straßen zu bringen. Den zunehmenden Reisebusverkehr regulieren wir mit umweltfreundlichen Auflagen und orientieren uns dabei an anderen Großstädten wie zum Beispiel London. Für bessere Luft an der Spree sorgen Rußpartikelfilter für Schiffe. Das Förderprogramm für deren Einbau darf nicht auslaufen, deshalb setzen wir es fort. Hundert Smiley-Anzeigen werden vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen das Tempo der vorbeifahrenden Autos anzeigen, damit dort die reduzierten Geschwindigkeiten eingehalten werden. Auch auf dem Bau packen wir an: Baumaschinen der öffentlichen Hand schaffen wir ausschließlich mit 14 Filtertechnologien für weniger Schmutz an, die vorhandenen rüsten wir um. Auf Baustellen der öffentlichen Hand und bei Bauprojekten in Wohngebieten setzen wir nur noch emissionsarme Baumaschinen ein.

P44 Projekt 44: Lärm von Flugzeugen und Autos: Mehr Ruhe für Berliner\*innen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Lärm von Flugzeugen und Autos: Mehr Ruhe für Berliner\*innen

Lärm macht krank und beeinträchtigt unsere Lebensqualität. Wenn der BER öffnet, sind in Tegel zwar hunderttausende Berliner\*innen vom Fluglärm befreit, gleichzeitig werden aber im Berliner Süden viele Menschen neu oder stärker von Lärm betroffen sein. Wir sorgen für ihre Entlastung indem wir das Schallschutzprogramm, aber auch das Nachtflugverbot zwischen 22.00 und 6.00 Uhr ohne Einschränkungen durchsetzen. Den Bau einer dritten Startbahn lehnen wir ab. Wir setzen uns besonders für alle denkbaren Lärm mindernden An- und Abflugverfahren sowie für Lärmpausen durch die Nutzung von je einer Start- und Landebahn in zeitlichen Intervallen ein, obwohl der Einfluss Berlins auf Flugrouten gering ist. Die Entgeltordnung des Flughafens soll an die Lautstärke der Flugzeuge angepasst werden, um jene mit weniger Lärm zu bevorzugen. Viel Lärm und Abgase gibt es zudem insbesondere an den Hauptstraßen unserer Stadt. Werden die Fahrbahnbeläge instandgesetzt oder ausgetauscht, der Straßenraum umgestaltet, oder der Verkehrsfluss verbessert, wirkt sich das auf auch die Gesundheit der Anwohner\*innen aus. Lärm verbannen wir auch aus der Stadt, wenn Güter auf der Schiene 14 transportiert werden. Das ist zugleich umweltfreundlicher, klimaschonender, flächensparender und sicherer als der Transport auf der Straße. Mit lärmabhängigen Trassenpreisen, Schienenwegdämpfern beim Neubau, der Überprüfung der Verkehrswege für den Güterverkehr sowie einem Lärm-Monitoring in den Wohnvierteln reduzieren wir den Lärm in der Stadt – das ist gut für alle.

P45 Projekt 45: Flussbaden in Berlin: Für eine saubere Spree

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

# Flussbaden in Berlin: Für eine saubere Spree

Durch Berlin fließt immer noch die Spree, das hat schon Marlene Dietrich gesungen. Die Spree fließt durch sechs Bezirke und verbindet West und Ost. Berlin hat viel Wasser: Seen zum Baden und Erholen, Flüsse wie die Panke oder die Wuhle zum Spazierengehen. Wir schützen die Berliner Gewässer als Natur- und Erholungsraum. Dabei hilft unsere grüne Wasserstrategie. Mit dezentralem Regenwassermanagement fließt bei Starkregen nicht länger ungeklärtes Abwasser mit Hundekot und Reifenabrieb in die Spree. Dann können bei Sonnenschein, vor der Kulisse der Museumsinsel, Menschen in einen sauberen Fluss springen. Diese Vision wird mit dem Flussbad an der Museumsinsel real. Dort und an vielen anderen Stellen, wie zum Beispiel der Rummelsburger Bucht, wird man zukünftig baden können. Die Versäumnisse beim Verbessern der Wasserqualität und der Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie werden wir angehen. Mit einer Umweltlotterie für die Berliner Gewässer unterstützen wir gute Ideen finanziell. Auch die sichere Trinkwasserversorgung packen wir an: Das Sulfat aus Brandenburgs

Braunkohletagebauen ist eine Gefahr, die wachsenden Medikamentenrückstände aus den

5 Klärwerkabwässern auch. Das Ende des Braunkohleabbaus und bessere Aufklärung wie Alt-

Medikamenten entsorgt werden können, stellt sauberes Trinkwasser sicher. Das gilt so auch

für nötige ökologische Investitionen der Berliner Wasserbetriebe, zum Beispiel in eine

vierte Reinigungsstufe in den Klärwerken.

P46 Projekt 46: Artenreichtum in der Stadt: Berlins biologische Vielfalt erhalten

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Artenreichtum in der Stadt: Berlins biologische Vielfalt erhalten

Biologische Vielfalt ist von zentraler Bedeutung für unsere Natur, sie ist unser aller Lebensgrundlage. Berlin ist die artenreichste Großstadt Europas und hat die Chance, eine europäische Vorzeigemetropole in Sachen Biodiversität zu werden. Wir wollen diese Vielfalt erhalten und für die Menschen zugänglich und erfahrbar machen. Das ist kein Selbstläufer, denn 44 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten sind in Berlin gefährdet. Deshalb werden wir die "Strategie Biologische Vielfalt", die seit 2012 beschlossen ist, endlich umsetzen und durch einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan ergänzen. Die Förderung von Biodiversität erhält mit uns stärkeres Gewicht im Naturschutzgesetz sowie in der Stadt- und Verkehrsplanung. Wir sorgen für eine bessere Pflege für die mehr als 2.500 Parks und Grünanlagen in der Stadt und naturnah gestaltete Berliner Gewässer und Uferbereiche. Das Land Berlin verfügt außerhalb seiner Grenzen über rund 14.000 Hektar an Stadtgütern. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Flächen durchweg ökologisch bewirtschaftet werden. Immer mehr Berliner\*innen engagieren sich für die biologische Vielfalt in ihrer Stadt. Wir 14 unterstützen das durch zusätzliche Mittel und Beratungsangebote: etwa durch eine\*n Beauftragte\*n für Urban Gardening oder die Ausweisung öffentlicher Flächen für Bienenvölker. In der Umweltbildung setzen wir auf eine bessere Kooperation der Schulen mit Umweltbildungszentren, Waldschulen und Naturpädagog\*innen.

P47 Projekt 47: Weniger Abfall, mehr verwerten

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Weniger Abfall, mehr verwerten

In unserer Stadt werden pro Stunde 30.000 Plastiktüten verbraucht. Wir stellen die Weichen

dafür, dass weniger Abfall anfällt oder besser verwertet wird. Für den Kaffee oder Tee

unterwegs ist der mehrfach nutzbare "Berlinbecher" eine Alternative zu den Einwegbechern und

5 überquellenden Mülltonnen. Teilnehmende Cafés und Geschäfte geben einen Preisnachlass. Statt

auf Einmal-Plastiktüten setzen wir auf Mehrwegbeutel, aus Jute oder hochwertigem

Recyclingplastik. Diese Mehrwegsysteme schaffen wir gemeinsam mit dem Einzelhandel, der

Gastronomie und der Berliner Stadtreinigung (BSR). Falls trotzdem Abfall anfällt, wie zum

Beispiel Elektroaltgeräte, werden diese erst getestet, um sie weiter zu nutzen oder zu

verkaufen, bevor sie verschrottet werden. Für eine echte Kreislaufwirtschaft, in der sämtliche Haupt-, Zwischen- und Nebenprodukte als Rohstoffe wieder in den technischen oder

biologischen Weislauf einschracht werden In der Dietenne wellen wir bingegen mehr Abfall

biologischen Kreislauf eingebracht werden. In der Biotonne wollen wir hingegen mehr Abfall sehen. Diese soll flächendeckend kostenfrei angeboten werden. Statt mit dem Hausmüll

verbrannt, wird der Bioabfall in einer neuen Bioabfallbehandlungsanlage bearbeitet. Die

5 Glassammlung in der Tonne im Hinterhof erhalten wir, damit engagierte Mülltrennung nicht

noch mit langen Wegen bestraft wird.

P48 Projekt 48: Da geht viel mehr: Fahrradstadt Berlin

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

# Da geht viel mehr: Fahrradstadt Berlin

Wir wollen noch mehr Menschen für das Fahrrad begeistern. Dafür brauchen wir eine Radverkehrsinfrastruktur, auf der alle Berliner\*innen sicher unterwegs sein können – egal ob sie zehn Jahre alt sind oder 80. Einige wollen möglichst schnell und ohne Umwege ans Ziel gelangen. Andere wollen das Radfahren genießen und entspannt ans Ziel kommen, ohne sich Lärm und Abgasen auszusetzen. An allen Hauptstraßen richten wir breite und komfortable Radverkehrsanlagen ein. Diese sollten schon heute nach Möglichkeit zwei bis drei Meter breit sein, um unterschiedlich schnellen Radfahrer\*innen gerecht zu werden. Wir bauen ein Netz aus Fahrradstraßen auf und verknüpfen es optimal mit der vorhandenen Fahrradinfrastruktur. Radschnellwege von den Außenbezirken ins Zentrum ergänzen das Angebot. Wir gehen durch Kontrollen und bauliche Mittel gegen zugeparkte Radfahrstreifen vor. Auf stark befahrenen Straßen werden die Radstreifen vom Auto- und Fußverkehr getrennt. An gefährlichen Kreuzungen schaffen farbige Markierungen, vorgezogene Haltelinien für Radfahrer\*innen oder vorzeitiges Grün an Fahrradampeln Sicherheit. Wir brauchen deutlich mehr sichere Fahrradabstellanlagen 14 in der Nähe von U- und S-Bahnhöfen, vor Geschäften, aber auch im öffentlichen Straßenland. An den wichtigsten Knotenpunkten fehlen Fahrradparkhäuser. Um den Ausbau deutlich schneller

voranzutreiben und Kreuzungen sicherer zu gestalten, verdreifachen wir die Ausgaben für den

Radverkehr und verstärken das Personal in der Senatsverwaltung und den Bezirken.

P49 Projekt 49: Schneller mit dem Rad: Ein Fahrradstraßennetz für Berlin

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Schneller mit dem Rad: Ein Fahrradstraßennetz für Berlin

Fahrradstraßen werden in Berlin immer beliebter. Sie bieten Routen abseits des Autoverkehrs, ohne Lärm und Gestank, mit genügend Platz, um auch zu zweit nebeneinander zu fahren oder stressfrei zu überholen. Es entstehen in Berlin zwar immer mehr Fahrradstraßen, oft enden diese jedoch unvermittelt an Bezirksgrenzen oder an Straßen ohne Infrastruktur für den Radverkehr. Wir kombinieren ein Netz aus Fahrradstraßen mit komfortablen Fahrradrouten, auf denen Radfahrer\*innen Vorfahrt haben und sicherer und schneller durch die Stadt kommen. Es verbindet die wichtigsten Kieze miteinander und bezieht die Knotenpunkte des Öffentlichen Nahverkehrs mit ein. Um die Attraktivität der Fahrradstraßen zu erhöhen, sollten sie möglichst als Vorfahrtsstraßen eingerichtet werden. Fahrradstraßen sind nicht nur gut für Fahrradfahrer\*innen. Von Fahrradstraßen profitieren auch die Anwohner\*innen, weil der Durchgangsverkehr aus den Wohngebieten herausgehalten wird. Fahrradstraßen können aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie von der Bevölkerung angenommen und akzeptiert werden. Wir beteiligen die Anwohner\*innen von Anfang an, um Missverständnisse zu vermeiden und ihre 14 Wünsche aufzunehmen. Insbesondere zwei Pilot-Routen, von Nord nach Süd und von Ost nach West, wollen wir realisieren. Die erste führt von Pankow über Prenzlauer Berg und Mitte nach Kreuzberg und Schöneberg, die zweite von Charlottenburg über Schöneberg und Kreuzberg nach Neukölln. Beide Routen werden in weiten Teilen schon jetzt von Fahrradfahrer\*innen stark genutzt.

P50 Projekt 50: Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger\*innen planen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Schneller zu Fuß: Verkehr für Fußgänger\*innen planen

Die Statistik ist eindeutig: Die meisten Wege werden in Berlin zu Fuß zurückgelegt. Das

werden wir in der Verkehrsplanung stärker berücksichtigen. Zu Fuß gehen soll attraktiver und

sicherer werden – und schneller zum Ziel führen. Bisher sind Kinder zwischen neun und 14

Jahren, die zu Fuß gehen oder Rad fahren, besonders gefährdet. Künftig wird beim Planen oder

Umgestalten von Straßen immer die Perspektive der Kinder einbezogen. Barrieren, die

7 Fußgänger zu Umwegen zwingen, führen zu gefährlichen Situationen. Wir bauen sie ab –

beispielsweise mit Gehwegvorstreckungen, Mittelinseln und Zebrastreifen. Die Eckbereiche von

Kreuzungen bleiben frei. Die Ordnungsämter und die Polizei werden personell besser

ausgestattet, damit sie Falsch- und Eckenparken konsequent ahnden können. Es ist ärgerlich

und gefährlich, wenn die Querung auch breiter Straßen zu Fuß nicht in einem Zug möglich ist

oder die Wartezeiten lang sind. Wir schaffen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen

mit kurzen Umlauf- und Wartezeiten sowie längeren Grünphasen. Regelmäßige

14 Geschwindigkeitskontrollen vor Schulen und Kindergärten müssen nicht nur zu

5 Schuljahresbeginn stattfinden. Verkehrsberuhigende Maßnahmen gerade in diesem Umfeld erhöhen

statistisch nachweisbar die Sicherheit gerade der kleinsten Verkehrsteilnehmer\*innen. Ihre

7 Verkehrserziehung wird gestärkt, schulisches Mobilitätsmanagement als fester Bestandteil im

Schulprogramm verankert.

P51 Projekt 51: Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Die Bärenkarte: Bezahlbare Tickets für die Öffentlichen

Alle Berliner\*innen wollen und müssen mobil sein. Aber die stetig steigenden Ticketpreise schließen immer mehr Menschen aus oder lassen das Auto attraktiver erscheinen. Wir wollen mehr Menschen für Bus und Bahn begeistern, indem wir die Fahrpreise senken. Insbesondere Berliner\*innen mit geringem Einkommen sind auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen, da sie selten über ein Auto verfügen. Der ist aber gerade für Bezieher\*innen von Transferleistungen kaum erschwinglich. Das Berliner Sozialticket kostet 36 Euro im Monat, im ALG-II Regelsatz sind jedoch nur 25 Euro dafür vorgesehen. Wir wollen das Ticket auf diesen Beitrag senken. Mittelfristig arbeiten wir an einem Bürger\*innenticket für alle. Mit unserer "Bärenkarte" erhalten alle Berliner\*innen ab 18 Jahren ein Monatsticket für den gesamten öffentlichen Verkehr. Sie soll außerhalb der Hauptverkehrszeiten sehr preisgünstige Mobilität ermöglichen. Die Bärenkarte kostet ungefähr 15 Euro und erlaubt die Nutzung aller Verkehrsmittel, außer zwischen 7.00 und 10.00 Uhr morgens. Im Berufsverkehr sind Busse und Bahnen überfüllt. Deshalb zahlen diejenigen, die zu dieser Zeit öffentliche Verkehrsmittel 14 nutzen wollen extra, aber nur noch die Hälfte der heutigen Fahrpreise. Damit wird der ÖPNV für alle günstiger. Pflegebedürftige, Schwerbehinderte und Empfänger\*innen von Transferleistungen werden auf Antrag vom Beitrag befreit. Fahrräder können außerhalb der Stoßzeiten kostenfrei mitgenommen werden.

P52 Projekt 52: Straßenbahnen: Schnelle Wege für ganz Berlin

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Straßenbahnen: Schnelle Wege für ganz Berlin

Die Straßenbahn ist ein attraktives und modernes Verkehrsmittel, das von immer mehr

Berliner\*innen angenommen wird. Sie ist leistungsstark und umweltfreundlich. Der Neubau von

4 Tram-Strecken ist mit verhältnismäßig geringen Kosten und überschaubaren Bauzeiten

verbunden. Wir planen jährlich durchschnittlich weitere zehn Kilometer Straßenbahnnetz. Wir

beziehen das ehemalige Westberlin in das Streckennetz ein, damit künftig alle Berliner\*innen

die Möglichkeit haben, dieses Verkehrsmittel zu nutzen. Wir drängen auf neue,

leistungsfähige Linien, wie die Verlängerung der M4 über den Potsdamer Platz hinaus, oder

die Verlängerung der M10 bis zum Hermannplatz. Neue Stadtgebiete wie das Kurt-Schumacher-

Quartier in Tegel wollen wir über die Tram anbinden. Außerdem sollen Lückenschlüsse wie die

Strecke von Mahlsdorf zur Riesaer Straße die Straßenbahnstrecken noch attraktiver machen.

2 Auch die Außengebiete sollen durch eine bessere Anbindung profitieren, etwa durch die

13 Verlängerung der Tram von Johannisthal bis zum Zwickauer Damm. Darüber hinaus beschleunigen

wir konsequent den Straßenbahn- wie den Busverkehr und nutzen die freiwerdenden

5 Fahrzeugumläufe für Taktverdichtungen. Alle Beispiele zeigen, dass mit jeder Taktverdichtung

das Fahrgästeaufkommen steigt. Dieser Schritt ist also für die Qualität des Angebots ein

17 Muss und zugleich ein Gebot der Wirtschaftlichkeit.

P53 Projekt 53: Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Außenbezirke und Speckgürtel: besser mit den Öffentlichen anbinden

Wir stärken die umweltfreundliche Mobilität in den Außenbezirken, denn auch am Stadtrand muss ein Leben ohne eigenes Auto möglich sein. Wir entwickeln hierfür attraktive Mobilitätsalternativen. Erreichen können wir dies, indem wir verschiedene Verkehrsmittel besser kombinierbar machen. Dazu schaffen wir Park&Ride-Parkplätze und Fahrradparkhäuser, ein flächendeckendes Leihfahrradsystem sowie ein verlässliches Car-Sharing-Angebot, das bis in die Außenbezirke reicht. Wir verbessern den öffentlichen Verkehr vom Zentrum bis an den Stadtrand und darüber hinaus. Wir wollen dafür die Nahverkehrstangente von Oranienburg oder vom Karower Kreuz über Springpfuhl zum Grünauer Kreuz mit weiterer Anbindung zum Flughafen BER realisieren. Auch die Wissenschaftsstandorte Buch und Adlershof können so wesentlich besser angebunden werden. Eine besondere Bedeutung hat diese Strecke für die Anbindung des Flughafen BER in Schönefeld mit den Berliner Ostbezirken, aber auch für den Berliner Norden und das angrenzende Brandenburger Umland. Der Wiederaufbau stillgelegter Bahnstrecken wie die Heidekrautbahn oder die Kremmener Bahn soll den Pendler\*innen aus dem Speckgürtel, aber auch den Anwohner\*innen in den Außenbezirken schnellere Bahnverbindungen in die Innenstadt bieten.

P54 Projekt 54: Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

## Berlin unter freiem Himmel: Stadträume zurückgewinnen

Unterwegs mit dem Rad, zu Fuß oder vor dem Café sitzen – in Berlin boomt das Leben unter freiem Himmel. Gerade im Sommer aber fehlen öffentliche Räume im Freien – ohne Lärm und Abgase. Daher wollen wir Straßen außerhalb der Hauptverkehrszeiten in den sommerlichen Abendstunden (etwa zwischen 18.00 und 22.00 Uhr) temporär zum Flanieren, Treffen, Essen und Trinken öffnen, so wie es auch in vielen südeuropäischen Ländern üblich ist. Kiezfeste und temporäre Spielstraßen sollen rechtlich erleichtert werden. Im vergangenen Jahrhundert lag in Berlin der Fokus auf dem Auto. Andere Verkehrsteilnehmer\*innen werden dadurch bis heute benachteiligt. Das wollen wir durch temporäre beziehungsweise dauerhafte Verkehrsberuhigung ändern. Die historische Mitte kann so wieder zu einem beliebten Zentrum und die Straße Unter den Linden am Wochenende zur Flaniermeile werden, die nur für Fußgänger\*innen, Rad- und Busverkehr geöffnet ist. Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen könnten die Plätze unserer Stadt, zum Beispiel den Breitenbachplatz oder den Bundesplatz wieder stärker nutzen so wie früher. Aus den Sünden der Vergangenheit haben rot-rote und rot-schwarze Landesregierungen 14 nichts gelernt. Sie haben eine Verlängerung der Stadtautobahn A100 zunächst von Neukölln nach Treptow und danach quer durch Friedrichshain bis zur Storkower Straße geplant. Die Folgen für zehntausende Berliner\*innen in den anliegenden Kiezen: Mehr Verkehr, Lärm und Luftverschmutzung zu Lasten von Gesundheit, Wohn- und Lebensqualität. Verkehrsprobleme würden durch die massiven Eingriffe in das Stadtbild nicht gelöst. Diesen verkehrspolitischen Unsinn gilt es zu verhindern!

P55 Projekt 55: Für die Patient\*innen: Grünes Krankenhaus

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Für die Patient\*innen: Grünes Krankenhaus

Kooperationen besser vernetzen.

Der enorme Investitionsstau in den Berliner Kliniken führt immer wieder dazu, dass ganze Krankenhausflure gesperrt sind. Das Gießkannenprinzip, mit dem der Senat die Mittel verteilt, zwingt die Krankenhäuser zu einer medizinischen Versorgung, die immer stärker an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist. Von unserem Leitbild für ein Grünes Krankenhaus ist das weit entfernt, denn das rückt bei allen Entscheidungen den Menschen in den Mittelpunkt und schont Ressourcen auf allen Ebenen. Für die Versorgung der Patient\*innen arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen im Krankenhaus auf Augenhöhe eng zusammen. Sie bilden Netzwerke mit den niedergelassenen Arztpraxen und Pflegediensten in der Umgebung, um den Aufenthalt in der Klinik durch gute Vor- und Nachsorge so kurz wie möglich zu halten. Beim Personalmanagement stehen die Bedürfnisse der Mitarbeiter\*innen an erster Stelle. Sie werden durch Fort- und Weiterbildungen, ein aktives Gesundheitsmanagement und flexible Arbeitszeitmodelle bei ihrer Work-Life-Balance unterstützt. Im Grünen Krankenhaus wird auf Nachhaltigkeit seiner Prozesse geachtet: Vom Energieverbrauch über den Einkauf der 14 Lebensmittel bis hin zum Abfall- und Recyclingsystem. Diese Leitideen wollen wir realisieren, indem wir einen Teil der Gelder bevorzugt für Investitionen bereitstellen, die solchen Qualitätskriterien entsprechen. Die beiden großen landeseigenen Krankenhausträger Charité und Vivantes wollen wir durch abgestimmte Unternehmensstrategien und intensivere

P56 Projekt 56: Nichtraucher\*innen: besser schützen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Nichtraucher\*innen: besser schützen

- Wir Grüne treten seit jeher für einen konsequenten Nichtraucher\*innenschutz ein. Bei dem
- Thema verbinden sich unsere Ziele eines guten Gesundheits-, Verbraucher\*innen- und
- 4 Umweltschutzes. Wir verbieten niemandem das Rauchen. Wichtig ist uns, insbesondere Kinder
- und Jugendliche, aber auch Gäste und Arbeitnehmer\*innen der Gastronomie sowie Besucher\*innen
- 6 öffentlicher Einrichtungen effektiv vor den Gesundheitsrisiken durch Passivrauchen zu
- schützen. Das Nichtraucherschutzgesetz von Berlin gewährleistet das in seiner bisherigen
- Form nicht. Schon bei der Verabschiedung 2009 haben wir die zahlreichen Schlupflöcher und
- Ausnahmen kritisiert, die das Gesetz zulässt. Wir fordern deswegen Nachbesserungen. Auf
- 10 Kinderspielplätzen haben Glimmstängel nichts verloren, das haben schon andere Bundesländer
- so festgelegt. Ebenso sollten Kliniken und Haltestellen rauchfreie Zonen sein. Die Ausnahmen
- in der Gastronomie haben sich nicht bewährt, deswegen fordern wir wie im
- 13 Nichtraucherschutzgesetz von NRW auch in diesem Bereich lückenlosen Schutz vor
- Passivrauchen. Durch gezielte Prävention wollen wir weiter dafür sorgen, dass Kinder und
- Jugendliche über die Risiken des Rauchens gut aufgeklärt sind und möglichst gar nicht erst
- damit anfangen oder aber zumindest leicht Hilfe und Unterstützung finden, wenn sie damit
- 17 aufhören wollen.

P57 Projekt 57: Traumatisierte Geflüchtete: Die richtigen Hilfen anbieten

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Traumatisierte Geflüchtete: Die richtigen Hilfen anbieten

Viele der Geflüchteten, die hier ankommen, sind traumatisiert durch das, was sie hinter sich

haben. Therapeutische Hilfe wird durch die neu eingeführte Gesundheitskarte aber nicht

abgedeckt. Wir wollen dafür sorgen, dass Geflüchteten schon bei den medizinischen

5 Erstuntersuchungen angeboten wird, therapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen. In

Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften kann eine psychologische (Erst-)Betreuung

zunächst auch über mobile Teams von Psycholog\*innen, psychiatrisch ausgebildeten Ärzt\*innen

oder Sozialarbeiter\*innen erfolgen. Sie weisen bei Bedarf auf weiterführende Hilfsangebote

hin und unterstützen beim Beantragen ambulanter Therapien. Dafür werden die psychosozialen

Zentren finanziell und personell besser aufgestellt. Menschen, die aufgrund ihrer

traumatischen Erfahrungen besonders schutzbedürftig sind, müssen in geeigneten Unterkünften

untergebracht werden. Wir wollen aber nicht nur den Zugang zur Gesundheitsversorgung für

Geflüchtete verbessern. Es gibt in Berlin zahlreiche Menschen, die keine gesetzliche

14 Krankenversicherung und damit keine reguläre Gesundheitsversorgung haben: Obdachlose,

Selbstständige oder Künstler\*innen mit geringem Einkommen, EU-Migrant\*innen und Menschen

ohne legalen Aufenthaltsstatus. Wir schlagen einen staatlich finanzierten Notfallfonds für

die Versorgung nichtversicherter Menschen im akuten Krankheitsfall vor. Aus diesem Fonds

wird ein anonymisierter Krankenschein vor allem für Menschen ohne Aufenthaltsstatus

19 finanziert.

P58 Projekt 58: Saubere Stadt: Giftfrei leben

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Saubere Stadt: Giftfrei leben

Gifte sind keine Entdeckung des Industriezeitalters. Neu aber sind die Vielfalt und Mengen,

in denen giftige Stoffe freigesetzt werden. Sie sind eine Ursache für den dramatischen

Verlust an Tier- und Pflanzenarten, aber sie vergiften auch uns Menschen und können zu

schweren Krankheiten, oft mit Todesfolge, führen. Berlin darf hier nicht länger untätig

bleiben. Unsere Vision ist, das Leben in Berlin giftfrei oder doch zumindest giftärmer zu

gestalten. Dazu bereiten wir einen Aktionsplan vor, der die bekannten gesundheitlichen

Folgen von Umweltgiften aller Art benennt und konkrete Gegenmaßnahmen ergreift. Wir wollen 8

den krebserregenden Dieselruß und Feinstaub im Berliner Verkehr reduzieren. Wir starten eine

Kampagne gegen den Einsatz von Pestiziden – für eine pestizidfreie Landwirtschaft und mehr

Biokost in allen Schulen, Kitas und öffentlichen Kantinen. Wir ergreifen Maßnahmen zur

Beseitigung von Medikamentenrückständen, Mikroplastik und giftigen Chemikalien im Berliner

Abwasser. Und wir setzen uns für die zügige Beseitigung von Asbest in sämtlichen Gebäuden

und Wohnungen der Stadt ein, insbesondere von Schadstoffen in Kitas und Schulen. Berlin 14

braucht eine Informationsstelle zu den Risiken von Umweltgiften aller Art, ob in

Holzschutzmitteln oder Kinderspielzeug. Zusätzlich werden wir die unabhängige toxikologische

Forschung an den Berliner Universitäten ausbauen.

P59 Projekt 59: Urbane Lebensmittelproduktion: Eine andere Welt ist pflanzbar!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Urbane Lebensmittelproduktion: Eine andere Welt ist pflanzbar!

In Berlin ist eine neue Bewegung für gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung entstanden. Nachfrage und Angebot wachsen. Wir fördern diese Bewegung: Unser Ziel ist eine bäuerliche Landwirtschaft ohne Massentierhaltung, und die gibt es nur, wenn immer mehr Menschen anders kochen und essen. Und wenn es uns gelingt, mehr Lebensmittel regional zu produzieren und weiterzuverarbeiten. Als Bio-Hauptstadt kann Berlin vorangehen. Der Erfolg des "Stadt-Land-Food"-Festival zeigt, dass vielen Berliner\*innen gesunde und nachhaltige Ernährung wichtig ist. Immer mehr junge Unternehmen entdecken das Handwerk der 8 Lebensmittelproduktion wieder. Wir fördern solche Unternehmen, denn so entstehen Arbeitsplätze, das Geld bleibt in der Region, die nachhaltige Lebensmittelproduktion wird zum Berliner Standortfaktor, und gleichzeitig tun wir viel für den Klimaschutz. Für Unternehmensgründungen und Arbeitsplätze im Lebensmittelhandwerk halten wir geeignete Liegenschaften vor. Innovative Unternehmungen fördern wir durch konzeptgebundene Vergaben. Öffentliche Flächen in Berlin und in Stadtnähe stellen wir für Urban Gardening zur 14 Verfügung. In Parks und Grünflächen sollen Obst und Gemüse gepflanzt werden, die kostenlos gepflückt werden dürfen. Wir wollen, dass Berlin "Essbare Stadt" wird und sich dem neuen Bündnis der Bio-Städte anschließt. Lokale Lebensmittelproduzent\*innen wollen wir mit Kitas,

Schulen, Kantinen und Restaurants zusammen bringen. Mit dem "Berliner Ernährungsrat"

entwickeln wir ein zukunftsfähiges Ernährungssystem für die Region.

P60 Projekt 60: Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Bewusst konsumieren: Berlin wird Fairtrade-Town

Viele deutsche Großstädte und Berliner Bezirke sind schon als Fairtrade-Towns anerkannt wir wollen, dass Berlin als Ganzes nachzieht und zur Hauptstadt des fairen Handels wird. Das Label als faire Stadt kann Berlin auch im Standortwettbewerb nutzen, wenn wir auch in puncto qute Arbeit, Nachhaltigkeit und ökologische Produkte höhere Standards setzen. Um das zu schaffen, reformieren wir das Vergabegesetz, führen insbesondere die alte Wertgrenze wieder ein und stärken die Nachweis- und Kontrollpflicht. Mit uns wird der Vergabebericht aussagekräftiger. Wir sehen eine Anhörung der Verbände und mehr Befugnisse für die 8 bestehende Kontrollkommission vor. Die öffentliche Beschaffungs- und Vergabepraxis werten wir hinsichtlich ihrer ökologischen und sozialen Kriterien regelmäßig aus. Grüne Verbraucher\*innenpolitik geht weiter: Wir schaffen Rahmenbedingungen für einen Konsum, der nicht auf Kosten von zukünftigen Generationen oder von Menschen in anderen Erdteilen geht und der Raum für Natur lässt. Wir unterstützen Nachhaltigkeitsprojekte wie Tauschbörsen, Umsonstläden und Orte, an denen überschüssige Lebensmittel abgeben können. Wie sich unser 14 Konsum global auswirkt und was Verbraucher\*innen beachten sollten, verankern wir in die Bildung unserer Kinder. Für entsprechende Angebote in Schulen unterstützen wir die Verbraucher\*innenzentralen.

P61 Projekt 61: Berlin forscht alternativ: Ohne Tierversuche

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Berlin forscht alternativ: Ohne Tierversuche

2 Tierversuche findet niemand gut, aber vielen erscheinen sie als notwendiges Übel. Das muss

nicht sein, wenn wir für Ersatzmethoden sorgen, zumal die meist bessere und mehr belastbare

Forschungsergebnisse bringen. Mit uns steigt Berlin schnellstmöglich aus Tierversuchen aus

und wird zum Zentrum von Alternativ- und Ersatzmethoden. Diese fördern wir und sorgen dafür,

dass sie in Lehre, Ausbildung und Forschung zum Schwerpunkt werden. Wir unterstützen

7 Ersatzmethoden in allen Bereichen der Wissenschaft und beginnen damit schon im Studium.

8 Dafür soll an einer Berliner Universität eine Professur eingerichtet werden, deren

9 Kernaufgabe die Erforschung, Überprüfung und Etablierung von Ersatzmethoden sowie die Lehre

hierzu ist. In einem Fonds, angesiedelt bei der zuständigen Senatsverwaltung, werden

konkrete Forschungsprojekte zu Ersatzmethoden gefördert. Wir wollen, dass diese Drittmittel

allen Wissenschaftler\*innen und auch für Promotionsprojekte zugänglich sind. Der Fonds wird,

wenn möglich, auch aus einer Tierversuchsabgabe gespeist.

P62 Projekt 62: Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Stadtquartiere: Das zu Hause der Zukunft

Neuen, bezahlbaren Wohnraum mit Lebensqualität: Das brauchen wir in Berlin. Ein solches

Quartier der Zukunft entsteht auf dem Flughafengelände in Tegel. Künftiges Wohnen

veranschaulichen wir in diesem Modellquartier. Die grünen, im Industrie- und Gewerbepark

Tegel entwickelten und produzierten Technologien werden hier angewendet. So entstehen

energetisch und ökologisch vorbildliche Gebäude in einem autoarmen Wohngebiet mit einer

innovativen Verkehrsplanung. Damit stellen wir uns den Herausforderungen des Klimawandels.

8 Wir wollen die neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Berliner\*innen bauen, denn Neubau wird

nur dann akzeptiert, wenn er Vorteile für die bisherigen Anwohner\*innen bietet. Dazu braucht

es eine größere Vielfalt: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten,

Restaurants und Cafés, Arztpraxen, Senioren- und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und

2 Sportplätze, Grünflächen und öffentliche Verkehrsmittel planen wir von Anfang an mit. So

erhalten wir sozial gemischte Nachbarschaften mit verschiedenen Eigentümer- und

Mietpreisvarianten. Mit geförderten Wohnungen sowie kostengünstigem und trotzdem

architektonisch anspruchsvollem Neubau bleibt Wohnen bezahlbar. Mit kompakten, neuartigen

Grundrissen und mit Unterstützung der künftigen Bewohner\*innen erreichen wir das.

P63 Projekt 63: Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

## Stadtquartiere II: Ankommen im neuen zu Hause

Geflüchteten ein neues zu Hause zu schaffen ist ein wesentlicher Baustein für gelungene Integration. Unser Ziel ist eine neue Willkommensarchitektur! Wir planen mit kleineren, dezentralen Standorten, da dort besonders gute Voraussetzungen für Integration bestehen. Bei allen Neubau- und Nachverdichtungsplanungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sehen wir Wohnungskontingente für Geflüchtete vor. Durch gutes Baulückenmanagement, Aufstockungen landeseigener Gebäude oder umgenutzte Bürogebäude erschließen wir kleinteilige Standorte. Die größeren entwickeln wir sozial gemischt. Wir geben dafür Teilflächen an Genossenschaften, Baugruppen, das Studierendenwerk oder Wohnungsbaugesellschaften. So können stufenweise funktionierende Wohnquartiere entstehen. Damit Integration gelingt, planen wir die modularen Unterkünfte mit städtebaulichen Qualitäten: Wir umgeben sie mit Grünflächen, sozialer Infrastruktur, Gewerbe und Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr. Wir nutzen die Vorteile von Holzmodulbauten, entwickeln dafür Prototypen und bauen ein Beratungsangebot mit den Berliner Forsten auf. Die Herausforderungen dabei, Geflüchteten ein neues zu Hause zu 14 schaffen, sind für uns Anlass, planerische Gewohnheiten zu hinterfragen und Innovationen, wie Wohn-Sharing-Modelle, zu fördern. Wir denken bei der Planung der Unterkünfte an flexible Strukturen ohne Raumhierarchien und mit zuschaltbaren Flächen, sowie kompakte Grundrisse. So

können wir sie in den nächsten Jahrzehnten als normalen Wohnraum nutzen und sparen Kosten.

P64 Projekt 64: Stadtplanung: neu denken und die Menschen beteiligen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

## Stadtplanung: neu denken und die Menschen beteiligen

die sozial gerechte und nachhaltige Stadtentwicklung.

Zu spät erkannter Handlungsbedarf beim Neubau von Wohnungen und eine überzogene Sparpolitik haben zur Aushöhlung demokratischer Planung und Beteiligung geführt. Schwindende Akzeptanz für viele Bauvorhaben ist die Folge. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir transparente Planungs- und Abwägungsverfahren und die breite Beteiligung der Öffentlichkeit. Wir sagen: Schluss mit unkontrollierter Befreiungspraxis bei Baugenehmigungen und der Vorfahrt für Investor\*inneninteressen! Wir stellen den Flächennutzungsplan neu auf. Dazu beziehen wir die Berliner\*innen ein und denken Grünflächen und die gewachsenen Ansprüche an die Bebauung gleich mit. In den Bezirken wollen wir die Bereichsentwicklungsplanung wiederbeleben. Das heißt, wir machen die Entwicklung von Bebauung, Infrastruktur und Grünflächen nachvollziehbar, denken Alternativen mit und beteiligen die Öffentlichkeit. Berlin braucht eine Wachstumsstrategie, die sich aus den Quartieren heraus entwickelt. Die Bezirke erhalten für diese Planungsaufgaben mehr Personal und Mittel. Sie brauchen aber noch mehr: eine transparente und nachhaltige Liegenschaftspolitik, die diesen Namen verdient. Wir unterstützen daher den "Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik"

Grundstücke und Gebäude bieten die wirksamsten Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für

und die gezielte Entwicklung von Flächen durch das Land Berlin. Denn landeseigene

P65 Projekt 65: Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

unabhängiger von Öl, Kohle und Erdgas.

Das Grüne Klimastadtwerk: für die Energiewende in der Stadt

Der Aufbau eines starken Klima-Stadtwerks für Berlin ist ein zentrales Ziel für eine grüne Beteiligung am Senat. Wir wollen ein kraftvolles, zu 100 Prozent landeseigenes Stadtwerk, das in erneuerbare Energien investiert und die Ressourcen des Landes und seiner Unternehmen für die Energiewende nutzt: Es finanziert Solarpanele auf Bahnhöfen, Bürgerämtern und Schulen und sorgt dafür, dass Berlins Straßenlaub und Klärschlämme in Wärme und Strom umgewandelt werden. Es bietet Dienstleistungen für Energieeffizienz an und verkauft erneuerbaren Strom und Wärme – erst an öffentliche Eigentümer\*innen und dann schrittweise 8 auch an Privatkund\*innen. Das grüne Stadtwerk bietet den vielen kleinen, innovativen Unternehmen Berlins ein Schaufenster und stößt mit ihnen Pilotprojekte an. Durch Energiesparberatung soll es auch Energiearmut entgegenwirken. Die Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten am Stadtwerk bauen wir aus. Dazu werden wir das Klimastadtwerk gesetzlich auf unabhängige Füße stellen und schnell handlungsfähig machen. Wir wollen es schrittweise mit 500 Millionen Euro Eigenkapital ausstatten (das ist 50mal mehr als das 14 Bonsai-Stadtwerk von SPD und CDU hat). So kann es schon in der nächsten Legislaturperiode über eine Milliarde Euro investieren: In erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Einsparmaßnahmen. Das schafft regionale Wertschöpfung und macht Berlin langfristig

P66 Projekt 66: Kohleausstieg für Berlin: Der Dreck muss weg

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Kohleausstieg für Berlin: Der Dreck muss weg

Berlin muss bis spätestens 2030 raus aus der Kohle. Die von uns Grünen angestoßene Enquetekommission "Neue Energie für Berlin" hat das sogar mit den Stimmen aller Parteien empfohlen. Doch nichts passiert beim rot-schwarzen Senat. Wir Grünen sind die Partei, die den Kohleausstieg in Berlin umsetzen wird. Wir wollen binnen zwei Jahren aus der Nutzung der Braunkohle in Berlin aussteigen. Das letzte Berliner Braunkohlekraftwerk in Rummelsburg kann auch mit Gas betrieben werden, bis ein neues Gaskraftwerk gebaut ist. Vattenfall wollen wir auf die Zusage verpflichten, das Steinkohlekraftwerk Reuter C bis 2020 vom Netz zu nehmen. Für die verbleibenden Kohlekraftwerke legen wir mit den Betreibern verbindliche Ausstiegsfahrpläne bis spätestens 2030 fest. In einem Wärmegesetz sichern wir das ab, indem wir CO2-Grenzwerte für das Fernwärmenetz festlegen und so schrittweise die dreckige Kohle aus dem Markt drängen. Denn diese verstopft den Berliner Markt für innovative saubere Energielösungen und behindert die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Gemeinsam mit den Brandenburger Grünen wollen wir neue Braunkohletagebaue verhindern. Dazu werden wir die 14 Möglichkeiten der gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg nutzen. Tagebaue in der Lausitz verockern schon heute die Spree und lassen Sulfatwerte in unserem Trinkwasser ansteigen, während Kohleschlote in Berlin giftiges Quecksilber in die Luft pusten. Wir wollen wieder eine Spree, in der man baden kann. Der Kohleausstieg ist für uns deshalb auch ein Anstieg der Lebensqualität!

P67 Projekt 67: Kein Geld für die Energie von gestern - Berlin macht Divestment

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Kein Geld für die Energie von gestern - Berlin macht Divestment

In den letzten Jahren engagieren sich weltweit – auch in Berlin – immer mehr Menschen für "Divestment". Divestment ist der Abzug von Kapital aus Kohle- und Ölkonzernen. Wir wollen, das Berlin hier voran geht und das Land alle Gelder aus der fossilen Wirtschaft abzieht. Ungefähr 10 Millionen Euro hat das Land Berlin als Teil seiner Versorgungsrücklagen in Konzernen wie Total, Eon oder RWE angelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Anlagen abgestoßen werden und das Land Berlin stattdessen ein ethisches Anlagekonzept verfolgt und keine direkten oder indirekten Finanzanlagen mehr an Konzerne, deren Rendite auf ethisch und ökologisch besonders problematischen Geschäftspraktiken beruhen, investiert. Jeder Euro für fossile Konzerne ist schlecht für das Klima. "Divestment" ist aber auch finanziell sinnvoll, denn perspektivisch werden die Investitionen in fossile Energien hohe Kosten nach sich ziehen. Nach dem Beschluss der Pariser Klimakonferenz müssen rund 80 Prozent von Kohle, Öl und Gas im Boden bleiben. Dadurch werden Konzerne an Wert verlieren, die solche Ressourcen besitzen oder mit Umwelt-Ausbeutung Geld verlieren. Wir wollen nicht, dass öffentliche 14 Kassen, Pensionsfonds oder Versicherungen am wirtschaftlichen Wohlergehen von CO2-Schleudern hängen. Berlin will bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt werden, die nicht auf Kosten der Zukunft wirtschaftet. Dazu gehört, dass unsere Stadt ihre Geldanlagen aus den Konzernen der fossilen Energiewirtschaft abzieht.

P68 Projekt 68: Energiewende von unten: von allen für alle

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Energiewende von unten: von allen für alle

und Bürgerenergie.

Energiewende wird in Berlin von unten gemacht: Die Bürgerinnen und Bürger haben das von Vattenfall und der SPD gewollte neue Kohlekraftwerk Rummelsburg verhindert. Startups entwickeln in der Stadt innovative Energielösungen. Eine Energiegenossenschaft tritt gegen Vattenfall an. Beim Volksentscheid "Neue Energie für Berlin" haben 600.000 Berliner\*innen für ein neues Stadtwerk und für eine Bewerbung des Landes um das Stromnetz gestimmt. Wir wollen auf dieser Dynamik aufbauen und dieses politische, ökologische und unternehmerische Engagement der Berliner\*innen aufgreifen. Denn nur durch ihr Engagement können wir alle 8 geeigneten Dachflächen für Sonnenenergie nutzen, alte Heizungen ersetzen, dezentrale Energieanlagen intelligent vernetzen, um die fluktuierenden Energiequellen besser zu nutzen. Wir wollen die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) überall dort stärken, wo das Fernwärmenetz nicht hinreicht, und streben eine Verzehnfachung der existierenden 1.000 dezentralen KWK-Anlagen an. Damit legen wir die Energiewende in die Hände der Bürger\*innen. Da in Berlin 86 Prozent der Menschen zur Miete wohnen, ist es an der Zeit, noch stärker auf 14 "Mieterstrom"-Projekte zu setzen, bei denen die Bewohner\*innen voranging vom eigenen Dach oder eigenen Keller versorgt werden. Das Grüne Klimastadtwerk soll hier der starke Partner sein und Berlin zur Mieterstrom-Hauptstadt machen. Die Energiewende braucht Bürgerengagement P69 Projekt 69: Berlins Kultur braucht Platz

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Berlins Kultur braucht Platz

2 Berlins Kulturlandschaft ist einzigartig. Berlin braucht die Kunst und Kultur, aber Kunst

und Kultur brauchen auch bezahlbare Räume in Berlin. Zahlreiche Theater, Galerien,

4 Proberäume und Clubs mussten schon schließen – weil andere Nutzungen mehr Profit bringen.

5 Wir wollen die Vielfalt der Kultur in Berlin erhalten und dazu gehört für uns auch die

6 Vielfalt der kulturellen Orte. Bei der Stadtplanung wollen wir versuchen, diese Flächen

städtebaulich zu sichern. Dafür soll es möglich sein, in begründeten Ausnahmefällen Räume

und Flächen auch unterhalb des Verkehrswertes zu vergeben, damit finanzschwache Gruppen wie

zum Beispiel Kulturschaffende überhaupt eine Chance haben, Raum für Kultur zu schaffen. Das

Land Berlin muss Grundstücke zur kulturellen Nutzung wieder ankaufen und die Vergabe in

Erbbaupacht stärken. Viele Flächen und Räume können übergangsweise für Kulturprojekte zur

Verfügung gestellt werden. Wir werden uns für eine Zwischennutzungsagentur einsetzen, die

Künstlerinnen und Künstlern Räume zeitlich begrenzt vermittelt. Anders als die großen

14 Theater erhalten Gruppen der freien Szene keine Investitionszuschüsse, um ihre Räume

s auszubauen oder zu sanieren. Wir schlagen deshalb einen Investitionsfonds mit jährlich zehn

Millionen Euro vor. Neben der Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen sollen temporäre

Mietkostenzuschüsse sowie Zuschüsse für den Erwerb von Immobilien möglich sein.

P70 Projekt 70: Freie Kulturszene stärken

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Freie Kulturszene stärken

Wir werden die Freie Szene im Kulturbereich stärken. Sie trägt mit ihrem kreativen Potential zum internationalen Renommee Berlins bei: Über Festivals, Programmarbeit in allen Kiezen bis zur nächtlichen Club- und Konzertszene machen sie Berlin attraktiv, für Berliner\*innen genauso wie für Besucher\*innen unserer Stadt. Die Förderinstrumente und das bisherige Fördervolumen werden der stetig steigenden Bandbreite, Qualität und Professionalität der Freien Szene schon lange nicht mehr gerecht. Die Freie Szene braucht eine Förderpolitik, die flexibel auf die aktuellen Notwendigkeiten reagiert. Wir stehen für eine Kulturpolitik, die Möglichkeiten zum neuen künstlerischen Produzieren ins Gleichgewicht mit dem Bewahren des kulturellen Erbes setzt. Dazu werden wir neben der Förderung von künstlerischer Arbeit vor allem Räume und die Infrastruktur der Freien Szene sichern: Produktions- und Projekträume, Spielstätten, Ateliers, Galerien, Studios, aber auch Büros und Lagerräume. Die Mittel aus der City-Tax wollen wir für Kulturförderung nutzen. Dies gelingt auch in Zusammenarbeit mit den Ressorts Tourismus und Sport. Wir werden in Kulturförderfonds investieren, die auf 14 aktuelle künstlerische Entwicklungen zu gesellschaftlichen Fragen reagieren: Der Ausbau von Festivalförderung und Kooperationsformaten zwischen freier Szene und Kulturinstitutionen ist dazu ein erster Schritt.

P71 Projekt 71: Bibliotheken erhalten und für die Zukunft gut aufstellen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

## Bibliotheken erhalten und für die Zukunft gut aufstellen

Bibliotheken sind die meistbesuchten Kultur- und Bildungseinrichtungen in Berlin. Jährlich nutzen knapp acht Millionen Menschen die Bibliothek um die Ecke oder die Zentral- und Landesbibliothek. Wir finden: Die Bibliotheken in den Bezirken sind enorm wichtig, weil sie offen für alle sind, zum Erhalt des kulturellen Erbes beitragen und den Nutzerinnen und Nutzern gleichzeitig helfen können, den digitalen Wandel zu bewältigen. Gerade für Kinder und Jugendliche sind sie wichtig, aber auch für die Integration der Geflüchteten. Viele Standorte sind jedoch wegen der finanziellen Engpässe der Bezirke in Gefahr. Die Bibliotheken brauchen, um für die Menschen attraktiv zu bleiben, eine moderne Ausstattung vom klassischen Buch bis zu den neuen digitalen Medienangeboten. Das Personal braucht interkulturelle Kompetenz genauso, wie es versiert mit digitalen Medien umgehen können muss. Auch sollte das Angebot an fremdsprachigen Medien ausgeweitet werden. Dafür wollen wir in Zusammenarbeit von Land und Bezirken neue Finanzierungsmodelle erarbeiten. Wir wollen eine moderne und attraktive Zentral- und Landesbibliothek (ZLB). Dafür kommt es nicht nur auf den 14 Standort an. Nötig ist eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Personal und Räumen und ein zukunftsweisendes Konzept: Welches Medienangebot braucht diese zentrale Kultur- und Bildungseinrichtung, wie soll die programmatische Ausrichtung aussehen? Diese Fragen müssen schnell beantwortet werden, um so für eine baldige Perspektive an einem neuen Standort zu sorgen.

P72 Projekt 72: Der Berlin-Tag: kostenlose Kultur für Berliner\*innen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

## Der Berlin-Tag: kostenlose Kultur für Berliner\*innen

Kultur ist für alle da. Die städtischen und staatlichen Museen in Berlin beherbergen Kunstwerke und Kulturgüter, die aus öffentlichen Mitteln finanziert, erworben, restauriert und ausgestellt werden. Deswegen sollten diese Sammlungen auch für alle, unabhängig von Einkommen, sozialem Status oder Herkunft, zugänglich sein. Dafür wollen wir mindestens zwölf Mal im Jahr, beispielsweise an jedem ersten Donnerstag im Monat, die Museen unserer Stadt für alle Berliner\*innen kostenfrei zugänglich machen. Das ist für uns auch ein Beitrag zur kulturellen Bildung. Wir wollen, dass die staatlichen und städtischen Museen mit ihren Schätzen im täglichen Leben der Menschen eine größere Rolle einnehmen können und viele, die ansonsten vielleicht zuhause bleiben, in die Museen kommen. Städte wie London, Bordeaux oder Köln, Museen in Essen, Paris oder selbst in Wewelsburg im Kreis Paderborn sind hier weiter als Berlin und haben mit Erfolg unterschiedliche Lösungen gefunden, damit ihre Museen zeitweilig ohne Eintrittsgeld zu besuchen sind. In Berlin gibt es bislang unterschiedlichste Regelungen in den staatlichen und städtischen Museen. Manche sind manchmal für einige 14 unentgeltlich, bei anderen gibt es Ermäßigungen oder freien Eintritt für bestimmte Personengruppen. Unabhängig davon wollen wir, dass an einem festgelegten Tag im Monat (Berlin-Tag) alle Menschen, deren erster Wohnsitz Berlin ist, generell kostenlosen Eintritt in allen staatlichen und städtischen Museen erhalten.

P73 Projekt 73: Werbefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

schaffen.

#### Werbefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Der mediale Dschungel wird dichter: Mit Print, im Netz und im TV. Die Frage lautet heute nicht mehr: Wo finde ich Informationen? Sondern immer mehr: Sind sie relevant und kann ich ihnen vertrauen? Wir sehen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach wie vor als Garant für kompetente Orientierung in unserer Gesellschaft. Er liefert seriösen Qualitätsjournalismus bei Information und Bildung, aber auch im Sport und in der Unterhaltung. Damit dies so bleibt, müssen sich die öffentlich-rechtlichen Programme qualitativ von den rein kommerziellen Angeboten unterscheiden. Ein Weg dahin ist der Verzicht auf Werbung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist beitragsfinanziert und daher im Gegensatz zum privaten Rundfunk und zur frei finanzierten Medienlandschaft nicht von Werbeeinnahmen abhängig. Dieses Alleinstellungsmerkmal garantiert Unabhängigkeit und diese Glaubwürdigkeit gilt es zu stärken. Für die vergleichsweise geringen Werbeeinnahmen (drei bis vier Prozent des Gesamtetats) müssen natürlich Kompensationen gefunden werden. Die Umstellung auf die Haushaltsabgabe hat die Einnahmen bereits gesteigert. Es gibt weitere Möglichkeiten, z.B. 14 mittels struktureller Maßnahmen in Verwaltung und Technik sowie über Weitervermarktung von hochwertigen Inhalten, zusätzliche Gelder freizusetzen und einzunehmen. Die Folgen eines Werbe- und Sponsoringverzichts für die Sportberichterstattung wollen wir mit den Gremien und Vertreter\*innen des RBB weiter diskutieren und gegebenenfalls gesonderte Regelungen

P74 Projekt 74: Antidiskriminierungsgesetz: Endlich Schutz vor Diskriminierung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

## Antidiskriminierungsgesetz: Endlich Schutz vor Diskriminierung

- Der Schutz vor Diskriminierung gehört zu den elementaren menschenrechtlichen
- Verpflichtungen. Gleichwohl sind die Berliner\*innen gerade vor Benachteiligungen durch den
- Staat nur unzureichend geschützt. Dies gilt von der Schule über die Gesundheitsversorgung
- bis zur Versorgung mit Wohnraum insbesondere für Roma. Mit einem
- Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir daher den Schutz vor rassistischer
- Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der
- Religion, der Weltanschauung, wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, wegen
- des Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status verbessern. Betroffene
- sollen sich bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Entschädigung und Schadensersatz durch
- Verbände vertreten lassen können. Zur Verhinderung struktureller Diskriminierung soll vorab
- geprüft werden, ob bei neuen Regelungen diskriminierende Auswirkungen zu befürchten sind.
- Die Kompetenz der Mitarbeiter\*innen im öffentlichen Dienst im Umgang mit Vielfalt wollen wir
- stärken und zum Kriterium für Einstellung und Aufstieg machen. Wir schaffen eine starke, 14
- unabhängige Antidiskriminierungsstelle mit klaren Aufgaben und Befugnissen und richten in
- Schulen und bei der Polizei Beschwerdestellen ein. Auch den diskriminierenden Ausschluss von
- Wahlen und Abstimmungen von Menschen, die seit Jahren in Berlin leben, wollen wir beenden.
- Wir werden daher einen neuen Vorstoß für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und
- Migranten unternehmen.

P75 Projekt 75: Teilhabe und Teilsein durch echte Partizipation

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

## Teilhabe und Teilsein durch echte Partizipation

Integration und soziale Teilhabe fördert.

Sechs Jahre nach Inkrafttreten des Integrations- und Partizipationsgesetzes müssen dringend neue Entwicklungen darin aufgenommen werden. Dafür wollen wir das Gesetz evaluieren und auf seine Wirksamkeit überprüfen. Klar ist, dass es Nachbesserungsbedarf gibt: unter anderem muss der Migrationshintergrund erfasst, bei der interkulturellen Öffnung der Unternehmen mit Landesbeteiligung nachgebessert, interkulturelle Kompetenz und die Durchsetzung gleichberechtigter Teilhabe gefördert werden. Wir sorgen dafür, dass es wieder einen unabhängigen Integrationsbeauftragten gibt – einen Posten, den Rot-Schwarz de facto abgeschafft hat. Auch die Mitbestimmungsstrukturen und die Kooperation mit den Migrant\*innen-Selbstorganisationen (MSO) wollen wir weiterentwickeln. Die MSO sind längst unverzichtbarer Teil der interkulturellen Öffnung der Regeldienste geworden. Jobcenter, Schulen, Berufsbildung, Kulturarbeit – das Zusammenleben in den Kiezen lebt von der Aktivität und der Kompetenz der MSO. Darum entwickeln wir eine solide und transparente Fördersystematik, die der Rolle der MSO gerecht wird. Vom dabei sein in besonderer Weise 14 ausgeschlossen sind noch immer Roma. Die Europäische Romastrategie adressiert die Probleme und stellt Mittel bereit. Berlin wird darin aufgefordert insbesondere den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung zu verbessern und Roma-Organisation an der Umsetzung zu

beteiligen. Wir sorgen dafür, dass politisches Handeln Ausgrenzung von Roma abbaut sowie

P76 Projekt 76: Religiöse und weltanschauliche Pluralität gewährleisten

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

# Religiöse und weltanschauliche Pluralität gewährleisten

- Berlin ist auch religiös und weltanschaulich eine vielfältige Stadt. Wir stehen für
- Religions- und Bekenntnisfreiheit und für die Gleichbehandlung aller anerkannten Religions-
- 4 und Weltanschauungsgemeinschaften, denn nur so funktioniert Pluralität. Wir stehen auch zum
- 5 Ethikunterricht für alle ab der 7. Klasse. Allerdings wollen wir mit den Religions- und
- 6 Weltanschauungsgemeinschaften gemeinsam die religionskundlichen Aspekte im Ethikunterricht
- weiterentwickeln. Außerdem wollen wir Verhandlungen mit den großen christlichen Kirchen
- aufnehmen, um die historischen Staatsleistungen abzulösen, die das Land Berlin nach wie vor
- als Entschädigung für Enteignungen kirchlicher Güter in der Zeit der Säkularisation zahlt.
- Die Gebühren für den Kirchenaustritt sollen in Zukunft von den Kirchen übernommen werden.
- Der Austritt sollte genauso leicht möglich sein wie der Eintritt; bislang tragen diejenigen,
- die austreten wollen, die entsprechenden Verwaltungskosten selbst. Zudem werden wir dafür
- Sorge tragen, dass künftig die Gefangenenseelsorge auch für muslimische und andere
- Angehörige kleinerer und noch nicht anerkannter Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
- gewährleistet wird und zwar durch qualifiziertes und geeignetes Personal.

P77 Projekt 77: Die Hälfte der Macht für Frauen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Die Hälfte der Macht für Frauen

Gleichberechtiqung auf dem Arbeitsmarkt bedeutet für uns Grüne mehr als Quoten für Spitzenjobs. Natürlich freuen wir uns über die Frauen, die Berliner Landesunternehmen leiten. Wir wollen auch dafür sorgen, dass es künftig mehr von ihnen geben wird. Uns geht es aber um Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Arbeitsbereichen. Frauen in Berlin verdienen heute immer noch deutlich weniger als Männer. Das liegt daran, dass Frauen öfter in Teilzeitjobs, geringfügiger Beschäftigung und schlechter bezahlten Berufen tätig sind und es liegt an den Gehaltsunterschieden zu vergleichbaren Jobs, die Männer haben. Das wollen 8 wir ändern. Unser Ziel lautet: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Erreichen wollen wir dies mit einem Verbandsklagerecht im Landesgleichstellungsgesetz. Das Landesgleichstellungsgesetz verpflichtet das Land Berlin zu Gleichstellung und der Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen in landeseigenen Unternehmen. Wir streiten für die Aufwertung und bessere Entlohnung von Pflege- und Erziehungsberufen, in denen überwiegend Frauen tätig sind. Neben gerechten Löhnen wollen eine andere Arbeitskultur: 14 flexible Arbeitszeitmodelle, die sich stärker an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer\*innen orientieren, sind Grundlage dafür, dass Frauen und Männer sich Beruf und Familie partnerschaftlich teilen. Essenziell für gleichberechtigt berufstätige Eltern sind auch qualitativ qute Betreuungsangebote. Die landeseigenen Unternehmen und den Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber werden wir hier zum Vorbild machen.

P78 Projekt 78: Schutz vor Missbrauch und sexualisierter Gewalt

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Schutz vor Missbrauch und sexualisierter Gewalt

Berufsgruppen integriert werden.

Sexualisierte Gewalt und sexueller Missbrauch führen bei Betroffenen, insbesondere bei Kindern, zu schwersten Verletzungen der Psyche und wirken ein Leben lang nach. Welche schlimmen Folgen die Tabuisierung des Themas oder falsch verstandene Toleranz haben können, mussten wir Grünen durch unsere eigene Geschichte erfahren. Wir setzen auf Prävention – also Aufklärung, Information und Beratung, um Anzeichen sexualisierter Gewalt frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Kinder müssen Grenzüberschreitungen empfinden und aussprechen können. Erwachsene müssen vor allem im professionellen Umfeld in der Lage sein, erste Anzeichen zu erkennen und durch vertrauensvolle Hilfe gegenzusteuern. Wir schätzen die Expertise bestehender Projekte und fordern weiterhin die langfristige finanzielle Sicherung der Präventionsarbeit, aber auch der Intervention und psychotherapeutischen Nachsorge. Insbesondere in Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Fachberatungsstellen wollen wir mehr Ressourcen für diese Aufgaben bereitstellen. Kontinuität in der Aufklärung, Prävention und Intervention muss auch in der Erwachsenenarbeit erreicht werden. Beratung für 14 Betroffene übers Netz und Online-Kurse für medizinisch-therapeutische Berufe können neue Wege sein. Nicht zuletzt muss die Sensibilisierung für das Thema sexualisierte Gewalt und

der Umgang mit davon Betroffenen flächendeckend in die Ausbildung aller relevanten

P79 Projekt 79: Situation von Sexarbeiter\*innen verbessern

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Situation von Sexarbeiter\*innen verbessern

Prostitution ist ein Thema, das in Berlin seit Jahren diskutiert wird – ohne konkrete Ergebnisse. Der Senat lässt die Bezirke mit den Problemen seit Jahren allein, anstatt gemeinsam mit den Betroffenen und zuständigen Stellen nach Lösungen zu suchen. Dies ist aber notwendig, da es für die vielfältigen Probleme zwischen Straßenstrich, Begleitservice, Sex als einfache Dienstleistung und Gewerbe, exklusiven Luxusetablissements mit Erotikangebot sowie Menschenhandel keine einfachen Lösungen gibt. Gemeinsam mit Bezirken und Betroffenen richten wir einen "Runden Tisch Prostitution" nach dem Vorbild von NRW ein. Ziel soll es sein, ein Handlungskonzept für die Verbesserung der Situation von Sexarbeiter\*innen, der Situation in den Bezirken, sowie Vorschläge für landesrechtliche Anpassungen zu erarbeiten und dabei auch den gesellschaftlichen Diskurs weiter voranzubringen. Für Frauen, die Opfer von Menschenhandel sind, wollen wir Perspektiven für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben eröffnen. Sie müssen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, unabhängig davon, ob sie durch Zeug\*innenaussagen bei der Aufklärung und Bekämpfung von Verbrechen mitzuwirken 14 vermögen. Wir wollen uns im Rahmen der länderübergreifenden Zusammenarbeit dafür einsetzen, dass alle Maßnahmen im Kampf gegen Menschenhandel hinsichtlich ihrer Folgen für die Opfer, im Besonderen für Frauen, geprüft werden und die Betroffenen ihre Ansprüche auf Entschädigung in Deutschland durchsetzen können.

P80 Projekt 80: Mehr Schutzräume für Frauen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Mehr Schutzräume für Frauen

14

Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten - sie geschieht jeden Tag. Die Dunkelziffer ist hoch und viel zu oft werden Frauen mit ihren Erfahrungen allein gelassen. Wir wollen in Berlin eine Polizei und Justiz schaffen, die umfassender als bisher in Bezug auf sexualisierte und häusliche Gewalt geschult ist. Unser Ziel ist, dass Beamt\*innen auf allen Ebenen und in allen Einsatzlagen für solche Vergehen sensibilisiert und für den Umgang mit Betroffenen qualifiziert sind. Die vorhandenen Schutz- und Beratungsstellen reichen nicht aus. Die Berliner Frauenhäuser sind überfüllt und Beratungsstellen überlastet. Ihre durchgängige Erreichbarkeit ist nicht gegeben. Wir wollen im Berliner Landeshaushalt ausreichend und dauerhaft Mittel für mehr Schutzräume und Beratungsangebote bereitstellen. Frauen und ihre Kinder müssen schnell und unbürokratisch in Frauenhäusern bzw. Zufluchtswohnungen Schutz finden. Das Angebot an barrierefreien und interkulturellen Beratungsstellen werden wir aufstocken. Das umfasst auch mehr qualifiziertes und angemessen bezahltes Personal - und Sprachmittler\*innen, die wir für die Betreuung und den Schutz

nicht-deutschsprachiger Frauen brauchen. Präventionsarbeit wollen wir stärker fördern.

P81 Projekt 81: Stadt der Vielfalt: Berlin queer denken

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

## Stadt der Vielfalt: Berlin queer denken

Berlin queer zu denken heißt, die Vielfalt sexueller Identitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen unserer Stadt als Chance zu begreifen und Diskriminierung abzubauen – am Arbeitsplatz, im Sport, in der Aus- und Weiterbildung, in der Verwaltung oder in Kinder- und Familieneinrichtungen. Der Fokus muss auf jenen liegen, die besonders von Ausgrenzung betroffen sind, etwa weil sie mehrfach diskriminiert werden oder nur über eine geringe Lobby verfügen. Geflüchtete Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTTI) sind selbst in Berlin vor Anfeindungen und Gewalt oftmals nicht sicher. Wir fordern eine sichere Unterbringung für sie. In den zuständigen Behörden braucht es LSBTTI-geschulte Ansprechpartner\*innen und Dolmetscher\*innen. Die queeren Projektträger der Flüchtlingshilfe müssen ausreichend ausgestattet werden. Die Situation von LSBTTI-Jugendlichen ist trotz aller gesellschaftlichen Fortschritte eine Herausforderung. In allen Lebensbereichen sind sie noch immer Ausgrenzung, verbalen und auch körperlichen Angriffen ausgesetzt. Schulen und Jugendeinrichtungen müssen daher zu Räumen des Respekts werden, in 14 denen LSBTTI angstfrei ihr Coming-out haben können. Wir wollen zudem ein queeres Jugendzentrum für ganz Berlin. Die Belange von LSBTTI im Alter und mit Pflegebedarf müssen stärker Berücksichtigung finden. Dafür braucht es eine verbesserte Ausbildung über sexuelle Vielfalt in den sozialen Berufen, mehr queere Senior\*innenprojekte sowie den Abbau von

Barrieren in der queeren Community selbst, um Teilhabe zu ermöglichen.

P82 Projekt 82: Stadt der Vielfalt: "Initiative sexuelle Vielfalt" neu starten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Stadt der Vielfalt: "Initiative sexuelle Vielfalt" neu starten

Berlin ist eine Stadt der gesellschaftlichen Vielfalt. Doch Homophobie, Biphobie und

Transphobie bleiben ein Problem- in der Öffentlichkeit, in der Schule oder in der

4 Verwaltung. Die Zahl der Straf- und Gewalttaten gegen queere Menschen verharrt auf hohem

Niveau, die Dunkelziffer ist hoch. Das wollen wir nicht hinnehmen. Angeregt durch einen

grünen Antrag hat das Abgeordnetenhaus 2009 die "Initiative sexuelle Vielfalt" (ISV)

beschlossen, um die Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen,

Transgendern und Intersexuellen (LSBTTI) zu erhöhen. Der Aktionsplan setzte bundesweit

Maßstäbe. Unter Rot-Schwarz versank er allerdings in der Bedeutungslosigkeit. Insbesondere

die Derliner CDII getete wit der Ablebaure der Ebeäfferung für Leeben und Cebruile auf

die Berliner CDU setzte mit der Ablehnung der Eheöffnung für Lesben und Schwule auf
Diskriminierung statt auf neue queerpolitische Impulse. Wir fordern einen Neustart der ISV

unter enger Einbindung der queeren Community. Dabei wollen wir den Fokus auf vernachlässigte

Aspekte wie LSBTTI und Behinderung, Regenbogenfamilien sowie Diversity richten. Die ISV soll

auf eine breite Akzeptanzförderung in allen gesellschaftlichen Bereichen zielen. Die ISV

braucht verlässliche Rahmenbedingungen, mehr Transparenz und eine kontinuierliche

Weiterentwicklung, Best-Practice-Projekte müssen in die Regelförderung überführt werden. So

entsteht Spielraum für innovative Ideen und die ISV kann zu einem Projektlabor für eine

8 moderne, offene Stadtgesellschaft werden. Damit wollen wir Berlin wieder zu einer

progressiven Stimme in Sachen Gleichstellung machen.

P83 Projekt 83: Rechte von trans\*- und intersexuellen Menschen stärken

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Rechte von trans\*- und intersexuellen Menschen stärken

demütigender und langwieriger bürokratischer Verfahren bedarf.

Als Grüne unterstützen wir trans\*- und intersexuelle Menschen beim Kampf um ihre grundlegenden Menschenrechte. Wir lehnen die Stigmatisierung von Trans- und Intersexualität als Krankheit ab. Wir werden uns deshalb über den Bundesrat genauso für die längst überfällige Reform des Transsexuellengesetzes einsetzen wie für die Selbstbestimmung intersexueller Menschen über ihren Körper. Sogenannte geschlechtszuweisende Operationen an intersexuellen Menschen ohne deren Einwilligung oder ohne medizinische Indikation darf es nicht mehr geben. Wir fordern, dass trans\*- und intersexuellen Menschen bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen alle geeigneten medizinischen Leistungen zur Verfügung stehen. Die oft langwierigen Verfahren bei den Krankenkassen zur Kostenübernahme müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Psychologie und Medizin, die ärztlichen Standesvertretungen und alle im Gesundheitswesen Tätigen müssen bereits in der Ausbildung für die Anliegen von trans\*- und intersexuellen Menschen sensibilisiert werden. Dies gilt für Jugendämter und Schulen genauso wie für die Verwaltung. Gleichzeitig müssen berlinweit 14 adäquate Beratungs- und Unterstützungsstrukturen geschaffen werden. Auf Bundes- und auf Berliner Landesebene setzen wir uns für eine rechtliche Anerkennung von trans\*- und intersexuellen Menschen ein, wie sie derzeit vorbildhaft in Argentinien existiert. Dort kann jeder Mensch die Änderung des Vornamens und des eingetragenen Geschlechts beantragen, wenn diese nicht mit der eigenen Geschlechtsidentität übereinstimmen, ohne dass es dafür

P84 Projekt 84: Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Mehr Sicherheit im Öffentlichen Raum

Rückfälle vermeiden.

Wir wollen, dass Berlin sicherer wird. Unsere Bahnhöfe, Straßen, Parks und Plätze dürfen keine Angsträume sein. Der Staat muss für mehr Sicherheit und schnelle Hilfe, gerade in öffentlichen Räumen sorgen, damit sich jede\*r in Berlin überall frei bewegen kann. Wir setzen auf bessere Beleuchtung und Einsehbarkeit sowie Notrufmöglichkeiten. Es war ein Fehler, Personal auf den Bahnhöfen zu reduzieren und die Polizei aus der Fläche zurückzuziehen. Wir wollen insbesondere nachts wieder mehr Sicherheitspersonal auf den Plätzen und Bahnsteigen. An großen Bahnhöfen und anderen Hot-Spots wollen wir mit gezielter Polizeipräsenz und Einbindung der Anwohner\*innen für mehr Sicherheit sorgen. Wir setzen dafür auf flexible und mobile Einheiten der Polizei, statt auf symbolische Großeinsätze, die viel kosten und wenig Sicherheit bringen. Polizei und Feuerwehr wollen wir endlich wieder so ausstatten, dass sie schnell und zuverlässig helfen können. Opfer von Straftaten, insbesondere von Sexualdelikten, wollen wir besser schützen. Dazu müssen wir die Prävention ausbauen. Projekte wie Kein-Täter-Werden und die Anti-Stalking-Beratungen, aber auch 14 Gewaltschutzambulanzen und anonyme Spurensicherungen werden wir deutlich besser ausstatten und in geeigneten Fällen den Täter-Opfer-Ausgleich stärken. Polizei und Justiz sollen bei

Gewaltdelikten schnell ermitteln. Außerdem kann ein besser aufgestellter Strafvollzug

P85 Projekt 85: Bürgernahe Polizei

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

## Bürgernahe Polizei

eine bürgernahe Polizei.

Nach vier Jahren CDU-Innensenator hat Berlin die höchste Kriminalität seit 2004 und die niedrigste Aufklärungsquote seit 1997. Die Prävention und Polizeipräsenz vor Ort in den Kiezen sinkt. Wir wollen diesen Trend umkehren. Berlin braucht mehr Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, qut geschult und auf Augenhöhe mit den Sorgen der Bürger\*innen sind. Wir wollen mehr Fußstreifen von Polizeibeamten und die Wiedereinführung von Kontaktbereichsbeamten. Um das zu schaffen, entlasten wir die Polizei von unnötiger Arbeit. Schwarzfahrer\*innen oder Cannabis-Kleinstmengen sollen nicht mehr von ihnen verfolgt werden. Durch den Abbau von Bürokratie und mehr Unterstützung vom Bund können wir mindestens 500 Stellen für mehr sichtbare Sicherheit einsetzen. Wir wollen eine weltoffene und moderne Großstadtpolizei. Um komplizierter gewordene Kriminalität besser zu verfolgen, werden wir die Spezialisierung unserer Sicherheitsbehörden vorantreiben. Ziele sind hier zum Beispiel ein sichereres Vorgehen gegen die massive Zunahme von Hass-Delikten im Internet oder die florierende Wirtschaftskriminalität. Wir wollen außerdem die interkulturelle Vielfalt der 14 Polizei stärken, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sie besser ausrüsten. Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir wollen eine unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsstelle, die ganz konkrete Hilfestellung und ein unkompliziertes Angebot für Bürgerinnen und Bürger bietet. So schaffen wir mehr Vertrauen in

P86 Projekt 86: Sichere Versorgung im Notfall

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

## Sichere Versorgung im Notfall

- 2 Durch Personalmangel und die schlechte materielle Ausstattung der Berliner Notfallversorgung
- sind im Berliner Rettungswesen inzwischen große Lücken entstanden, die nicht mehr länger
- 4 hingenommen werden können. Wir wollen, dass alle Menschen in Berlin sicher sein können, im
- 5 Notfall rasch Hilfe zu bekommen. Wir werden das Berliner Rettungswesen fit machen für die
- 6 Herausforderungen der wachsenden Stadt und des demografischen Wandels. Der Bund hat im
- 7 Notfallsanitätergesetz den Beruf des Rettungsassistenten zum Notfallsanitäter
- weiterentwickelt, mit längerer Ausbildung, besserer Bezahlung und mehr Befugnissen.
- Notfallsanitäter\*innen können damit künftig Aufgaben der Notärzt\*innen übernehmen. In Berlin
- wurden die Chancen dieser Reform bisher zu wenig genutzt. Wir fordern mehr entsprechende
- Ausbildungsplätze und ein Konzept für Nachschulungen. Außerdem muss die Leitstelle so
- weiterentwickelt werden, dass Notärzt\*innen die Notfallsanitäter\*innen an ihren Einsatzorten
- anleiten können unter anderem durch Telemedizin. Dazu mangelt es an Ausstattung,
- Fahrzeugen und Stützpunkten. Wir stehen dazu, dass mehr Geld in die Verbesserung der
- Notfallrettung investiert werden muss. Wir wollen außerdem zurück zu einer vertrauensvollen
- Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, denn wir sehen sie als einen wichtigen Partner bei der
- 17 Finanzplanung.

P87 Projekt 87: Waffenmissbrauch wirkungsvoll verhindern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

## Waffenmissbrauch wirkungsvoll verhindern

Immer wieder kommen Menschen durch Waffen ums Leben oder werden schwer verletzt. In einigen Fällen war das nur möglich, weil Unbefugte viel zu leicht auf Waffen und Munition zugreifen konnten – so beim Amoklauf von Winnenden im Jahr 2009, wo ein Jugendlicher Zugang zum Waffendepot seines Vaters, eines Sportschützen hatte. Nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht boomt der Handel mit Waffen, auch in Berlin. Was bei manchen Käufer\*innen das subjektive Sicherheitsgefühl steigern mag, macht die Stadt insgesamt unsicherer. Wir setzen uns für strengere Waffengesetze und eine bessere Kontrolle bei der Aufbewahrung von Waffen und Munition ein. Momentan werden Waffenbesitzende in Berlin rechnerisch nur alle 50 Jahre kontrolliert. Auch andere gesetzliche Bestimmungen werden in Berlin lediglich ungenügend umgesetzt. Wir wollen die unangekündigten Kontrollen zur Lagerung von Waffen und Munition deutlich erhöhen und sicherstellen, dass jede\*r Waffenbesitzer\*in innerhalb von drei Jahren mindestens einmal kontrolliert wird. Finanziert werden soll dies durch eine Kontrollgebühr nach Bremer Vorbild. Außerdem wollen wir eine Initiative starten, mit dem Ziel, dass Waffen 14 und Munition zukünftig getrennt aufbewahrt werden müssen. Ferner setzen wir uns für eine erneute Amnestie für illegale Waffen ein, bei der diese Waffen anonym abgegeben werden können.

P88 Projekt 88: Gebt das Hanf frei!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Gebt das Hanf frei!

14

Die Drogenpolitik der simplen Verbote ist gescheitert. Nirgends ist dies augenscheinlicher als beim Verbot von Cannabis. Der Schwarzmarkt beschert der organisierten Kriminalität hohe Gewinne und führt zu einer Kriminalisierung der Konsument\*innen. Das halten wir für falsch. Denn diese Politik zieht hohe Schäden und Kosten nach sich, schränkt den Drogenkonsum aber nicht ein. Dazu kommt: Jugend- und Verbraucherschutz kann unter diesen Bedingungen nicht funktionieren – Dealer fragen nicht nach dem Ausweis. Der Drogenhandel macht den öffentlichen Raum unsicher und Menschen Angst. Der teils erhebliche Einsatz von Polizei zur Bekämpfung des Drogenhandels hat an all dem nichts ändern können. Deshalb wollen wir neue Wege gehen und setzen auf einen regulierten Cannabis-Markt, der die Jugendlichen und Verbraucher\*innen schützt sowie Prävention ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass landeseigene bzw. durch das Land lizensierte Cannabis-Verkaufsstellen eingerichtet werden, der Anbau von Cannabispflanzen für den Eigenbedarf entkriminalisiert und eine

Suchtprävention mit dem Cannabis-Verkauf verknüpft wird. Dafür werden wir ein Modellprojekt

zum kontrollierten Cannabisverkauf gemäß §3 Betäubungsmittelgesetz beantragen und die

gesetzlichen Spielräume in Sachen Eigenbedarfsregelung nutzen.

P89 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

- Neue Wege in der Drogenpolitik für mehr Jugendschutz und Prävention
- 2 Wir wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe,
- Schadensminderung und Entkriminalisierung. Das bedeutet mehr Jugendschutz und Prävention –
- 4 egal ob bei derzeit illegalen oder legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin. Drogenkonsum ist
- 5 nicht gesund. Aber durch die Förderung von Safer-Use-Maßnahmen wie zum Beispiel
- 6 Spritzentausch können zumindest vermeidbare Gesundheitsrisiken vermieden werden. Die
- 7 Berliner Fachstelle für Suchtprävention soll die Prävention an Schulen und im
- 3 Jugendfreizeitbereich koordinieren, dazu braucht es qualifiziertes Personal.
- Strafverfolgungsbehörden sind für eine zeitgemäße Suchtprävention ungeeignet. Zur
- Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen wollen wir die Bezirke mit mehr Mitteln
- ausstatten. Konsequenter Jugendschutz heißt auch, dass landeseigene Flächen nicht mehr für
- Alkohol- und Tabakwerbung genutzt werden dürfen und Berlin sich für ein generelles Verbot
- von Alkohol- und Tabakwerbung einsetzt. Im Berliner Nachtleben wollen wir ein umfassendes
- 14 Konzept zur Gesundheitsförderung ausbauen mit Schulungen von Veranstaltern und Personal
- uie auch Vor-Ort-Prävention durch die Drogen- und Aidshilfe. Wir wollen Drugchecking, also
- die chemischen Analyse dieser Substanzen, ermöglichen und durch Beratungsangebote
- 7 flankieren. Mit Drugchecking werden auch Konsument\*innen erreicht, an denen die Angebote der
- Suchthilfe sonst vorbeigehen. Substitutionsprogramme und ärztliche Originalstoffvergabe
- wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Substituierten soll der Zugang zu Drogenkonsumräumen
- nicht weiterhin verwehrt werden. Auch Gefangene müssen Zugang zu den bewährten
- 21 therapeutischen und schadensminimierenden Angeboten erhalten.

P90 Projekt 90: Konsequent gegen Rechts

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

# Konsequent gegen Rechts

2 Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit ist in erster Linie ein Kampf für eine weltoffene Gesellschaft. Wir

setzen uns für die finanzielle Förderung entsprechender zivilgesellschaftlicher Initiativen,

Vereine und Organisationen ein und wollen die Mittel im Haushalt für das Landesprogramm

gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verdoppeln. Um die wehrhafte

Demokratie zu stärken, fordern wir, dass Zeit und Ort von Demonstrationen transparent

8 gemacht und Gegenproteste zugelassen werden. Das V-Leute-System muss abgeschafft, der

polizeiliche Staatsschutz neu aufgestellt und der Einsatz von V-Leuten in der Polizei

10 gesetzlich geregelt und kontrolliert werden. Der NSU-Komplex macht deutlich:

Institutioneller Rassismus ist ein ernstes Problem im Bereich unserer Sicherheitsorgane.

Deshalb brauchen wir insbesondere eine Reform der Aus- und Fortbildung für Polizei und

Justiz. Für eine Verbesserung der Analyse und Erfassung rechtsmotivierter Straftaten und die

Anerkennung der Opfer rechter Gewalt fordern wir eine größere Offenheit gegenüber

15 unterschiedlichen Ermittlungsrichtungen und eine Überarbeitung des polizeilichen

Kriterienkatalogs "Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – rechts" sowie die Einführung

7 einer Verlaufsstatistik. Wir setzen uns auch für die Einführung eines "Berlin-Monitors" zur

8 Erhebung von Einstellungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und

19 Demokratie ein.

P91 Projekt 91: Internet und WLAN für alle – auch in der U-Bahn

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

#### Internet und WLAN für alle – auch in der U-Bahn

Ob in der U-Bahn, am Stadtrand oder mitten in Berlin: der Internetzugang ist nicht immer

schnell. Daher werden wir zu einem Runden Tisch "Internet für Alle" einladen. Ziel ist es

gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wie der Initiative "Freifunk Berlin", mit

5 Telekommunikationsfirmen, den Landesunternehmen und den Berliner Wirtschaftsverbänden einen

Fahrplan auf den Weg zu bringen, um möglichst in allen öffentlichen Einrichtungen, in U-

Bahn, S-Bahn, Trams und Bussen und an öffentlichen Plätzen und Einkaufsstraßen offenes,

sicheres und freies WLAN anzubieten. Was der Senat in zehn Jahren nicht geschafft hat,

werden wir bis zum Ende der kommenden Legislatur umsetzen. Eckpfeiler wird der

10 flächendeckende Glasfaserausbau sein, um leistungsfähige Übertragungsraten zu erreichen.

Dafür erwarten wir die notwendigen privatwirtschaftlichen Investitionen, werden die

Landesunternehmen wie die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die Wasserbetriebe in die

Planungen einbeziehen und stärker für Bundesmittel und europäische Fördermittel werben,

damit Berlin nicht abgehängt wird. Die Liegenschaften des Landes Berlin werden wir notfalls

selber vernetzen. Um Ausbau, Sicherheit und Netzneutralität zu gewährleisten, ist für uns

die Gründung einer landeseigenen Netzgesellschaft eine Option. Den Zugang zum Internet im

Strafvollzug werden wir mit einem System freigegebener Webseiten – einer Positivliste mit

Nachrichten-, Job- und Wohnungsportalen - ermöglichen.

P92 Projekt 92: Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

digitale Wende zu einem Erfolg für Berlin.

Berlin wird Vorreiterin bei der Digitalisierung – mit einer Digitalwende-Agentur

Wir machen Berlin zur Vorreiterin bei der Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien. EGovernment, vernetzte Mobilität und digitale Steuerungstechniken werden eine
Selbstverständlichkeit, ebenso wie eine forschungsfreundliche digitale Infrastruktur in der
Wissenschaft. Dafür werden wir mit der Digitalwende-Agentur eine starke Akteurin in
öffentlicher Trägerschaft gründen, der die Digitalisierung unserer Landesunternehmen sowie
der Öffentlichen Verwaltung unterstützt. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sowie das
Handwerk stehen bei der Digitalisierung vor einer besonderen Herausforderung, da sie häufig
nicht über eigene IT-Abteilungen verfügen. Zudem reichen ihre Investitionsmittel kaum aus,
um externe und komplexe Lösungen einzukaufen. Doch gerade für mittelständische Unternehmen
liegen in innovativen Softwarelösungen und eBusiness-Abläufen enorme Effizienzpotenziale
sowie vielseitige neue Geschäftsmodelle. Die Digitalwende-Agentur initiiert Pilotvorhaben,
etwa unter Beteiligung der Berliner Hochschulen und außeruniversitären Institute. Sie
initiiert Forschungs-, Entwicklungs- und Investitionsprozesse. Vor allem aber berät und
unterstützt die Agentur kleine und mittlere Unternehmen in der Umsetzung ihrer individuellen

Digitalisierungsstrategie und bei der Ausschöpfung vorhandener Fördermittel. So wird die

P93 Projekt 93: Gewalt im Internet nicht hinnehmen sondern bekämpfen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

- Gewalt im Internet nicht hinnehmen sondern bekämpfen
- 2 Ob Hass und Hetze gegen Geflüchtete und ihre Helfer\*innen oder Vergewaltigungsdrohungen
- gegen Aktivistinnen: immer mehr Menschen sind von Gewalt im Internet betroffen.
- 4 Präventionsarbeit für Schüler\*innen ist richtig und wichtig, erreicht aber nicht alle.
- 5 Deshalb wollen wir Aufklärungs- und Informationskampagnen auch für erwachsene Berliner\*innen
- 6 fördern, damit sie ausreichend und niedrigschwellig darüber informiert werden, wie man
- Gewalt im Internet erkennt, einordnet und damit angemessen umgeht. Internet-Gewalt betrifft
- auch zunehmend das Berufsleben, weshalb wir die Stadt Berlin als Arbeitgeber\*in zum Vorbild
- machen möchten: Für alle Mitarbeiter\*innen im öffentlichen Dienst, die in ihrem
- Arbeitsbereich von Gewalt im Internet betroffen sind, gibt es regelmäßige Weiterbildungs-
- und Beratungsangebote. Darüber hinaus möchten wir erreichen, dass die Berliner Polizei
- flächendeckend geschult wird, damit Betroffene von Internet-Gewalt mit ihrem Anliegen
- 13 überall auf offene und kompetente Beamt\*innen treffen. Für die Bearbeitung und
- Strafverfolgung der Anzeigen werden wir bei Polizei und Staatsanwaltschaft spezialisierte
- Stellen einrichten. Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutische
- 16 Einrichtungen sind oftmals noch nicht für diese neue Form der Gewalt gerüstet. Wir wollen
- sie in die Lage versetzen, den neuen und speziellen Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu
- 18 werden.

P94 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 17.03.2016

Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Über uns werden mehr Daten erhoben. Das Smartphone in der Hosentasche speichert jeden

Schritt den wir gehen und der intelligente Stromzähler erkennt, wann morgens die

Espressomaschine läuft. Statt dem Fortschritt abzusagen, wollen wir ihn gestalten und dabei

auch auf die europäische und Bundesgesetzgebung Einfluss nehmen. Die Vorratsdatenspeicherung

gehört zurückgenommen und die europäische Datenschutzgrundverordnung umgesetzt. Die

Möglichkeiten des Landes Berlin werden wir nutzen, um die informationelle Selbstbestimmung

su stärken und die Sicherheit der IT und unserer Daten zu erhöhen. Gemeinsam mit den

Universitäten, der Verbraucherzentrale, dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin des Landes (ITDZ) und der Datenschutzaufsicht schaffen wir eine Informationsstelle IT-Sicherheit,

beispielsweise bei der Digitalwende-Agentur angesiedelt sein kann. Diese wird

beispielsweise bei der bigitatweilde-Ageritat angestedett sein kann. biese wird

2 Verschlüsselungstechnologie bewerben, den Mittelstand und die vielschichtige Berliner

13 Vereinslandschaft bei der IT-Sicherheit beraten und unterstützen und universitäre und

unternehmerische Entwicklungen aus Berlin - insbesondere offene Software - in die praktische

Nutzung überführen. Das Personal für die Berliner Datenschutzaufsicht werden wir aufstocken,

damit Gesetze endlich durchgesetzt werden. Zudem müssen auch unangemeldete Kontrollen

stattfinden, zum Beispiel bei Verstößen gegen den Datenschutz am Arbeitsplatz. Die Berliner

Verwaltung machen wir im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung zum Vorbild für IT-

Sicherheit. Wir wollen den Missbrauch unserer Daten verhindern.